

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement: Preis pränumerando: Vierteljährlich 3.50 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Multiplikatoren Sonntagsbeilage. Die Neue Welt 10 Pf. Welt-Abonnement: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Ungarn, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erhältlich täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 10 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (letztgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengeluche und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Nach jeder 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Wittwoch, den 1. Mai 1907.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Der erste Mai!

Nichts Sinnloferes als der Jubel unserer Scharfmacher über den Aufruf des Parteivorstandes, der die Ohnmacht der Sozialdemokratie gegenüber den kapitalistischen Mächten offen bekannt habe. Wie habe man damit renommirt, daß alle Räder stillständen, wenn der starke Arm des Proletariats es wolle — und jetzt zeige sich, daß der Arm des Unternehmertums, der Besitzenden und Herrschenden, doch stärker sei, als der des Proletariats! Die Sozialdemokratie habe eine schmachvolle Niederlage erlitten, und der Aufruf des Parteivorstandes bestätige diesen Triumph der Herrschenden.

Welch eine Entdeckung, daß das Klassenbewußte Proletariat zurzeit im Kampfe mit den Mächten der Reaktion noch der schwächere Teil ist. Als ob es nicht eine allbekannte, nie geleugnete Tatsache wäre, daß der Sozialismus zurzeit noch eine Minderheit bildet, daß er noch bei weitem nicht die Gesamtheit der proletarischen Bevölkerung umfaßt, daß infolgedessen sowohl in den politischen wie den wirtschaftlichen Kämpfen das Klassenbewußte Proletariat unmöglich einen vollen Sieg über die herrschende Klasse erringen kann. Jeder Erfolg des Proletariats kann einstweilen nur ein Teilerfolg sein, und jeder Erfolg kann, je nach den wechselnden Umständen, wieder bestritten werden, da sich der Emanzipationskampf des Proletariats in einer unübersehbaren Kette von Einzelkämpfen abspielt. Das Vordringen des Proletariats gleicht der weitgedehnten Schlachtlinie eines Heeres, das gegen die Positionen eines Gegners anstürmt. Nicht auf der ganzen Linie ist das Vordringen ein gleichmäßiges. Hier und da treten Rückschläge ein, je nach der Ungunst des Terrains, der Stärke der feindlichen Verschanzungen, nach der Verschiebung und Konzentration der feindlichen Macht auf gewisse, besonders gefährdete Punkte. Aber nicht die momentane Preisgabe einer vorgeschobenen Stellung ist ausschlaggebend für die Chancen des Angriffs, sondern die Gesamthaltung der Angriffslinie. Und in dieser Beziehung hat das deutsche Proletariat, sowohl was die Stärke der verfügbaren Truppenzahl wie deren Haltung anlangt, nicht die mindeste Ursache zu irgendwelcher Entmutigung!

Die Maifeier sollte eine Demonstration sein, eine Demonstration für den Achtjundentag, für den sozialen Fortschritt, für die internationale Völkerverbrüderung. Um diese Demonstration möglichst eindrucksvoll zu gestalten, sollte sie nach Möglichkeit durch umfassende Arbeitsruhe begangen werden. Aber keinen Augenblick täuschte man sich — das beweist der Wortlaut der auf den internationalen Kongressen und nationalen Parteitagen beschlossenen Resolutionen und der Inhalt der Diskussionen — darüber, daß eine allgemeine Arbeitsruhe völlig ausgeschlossen sei. Setzte doch eine solche Arbeitsruhe die völlige Einseitigkeit und organisatorische Geschlossenheit des Proletariats voraus und zudem die völlige Niederwerfung des Unternehmertums. Aber trotzdem oder vielmehr gerade deshalb schätzte die Mehrheit der Partei die agitatorische und demonstrative Bedeutung der Arbeitsruhe so hoch ein. Sie sollte eine Probe des Kampfesmutes, der Opferfreudigkeit, des Idealismus, des prinzipiellen Verständnisses der Arbeiterklasse sein. Wohl zeugen auch die gewerkschaftlichen Kämpfe in hohem Maße für diese Eigenschaften: aber die opferbereite Begeisterung für eine Idee, ein Prinzip, eine Weltanschauung gelangt gleichwohl in der Arbeitsruhe am 1. Mai, von der direkte und augenblickliche ökonomische Vorteile für die Feiernden nicht zu erwarten sind, zu ganz besonderem Ausdruck!

Und daß der Gedanke der allgemeinen Arbeitsruhe erst nach langen schweren Kämpfen triumphieren kann, daß er nicht den Ausgangspunkt, sondern einen Endpunkt der Kämpfe des Proletariats darstellt, liegt ja für jeden einsichtigen proletarischen Massenkämpfer auf der Hand. Ihm ist es klar, daß die Maifeier zwar nicht den Inhalt und das Kampfobjekt, wohl aber einen Gradmesser der jeweiligen Spannung und Intensität der allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Kämpfe bildet. Je verzweifelter sich die Bourgeoisie in der Verteidigung ihrer Klassenprivilegien zum Widerstande aufrafft, desto erbitterter muß auch der Kampf um die Maifeier werden. Daß nach der enormen Kraftanstrengung des Blocks der Besitzenden bei der letzten Reichstagswahl, daß bei den wütenden Kraftproben des Unternehmertums bei den Lohnkämpfen und Aussperrungen auch der Widerstand gegen die Maifeier ein ganz ungewöhnlicher sein würde, lag auf der Hand.

Nun gebietet es aber die taktische Klugheit, den Kampf zu einer Zeit und an einem Orte zum Austrag zu bringen, den sich das Proletariat selbst gewählt hat. Aber es kommt noch das andere Moment hinzu: Die in manchen Erwerbszweigen bereits merklich einsetzende Krise, die dem Unternehmertum selbst bei sonst gleichen Kampfbedingungen schon allein das entscheidendste Übergewicht verleiht. Wenn deshalb das deutsche Proletariat für den Augenblick einer Kraftprobe ausweicht, so zeugt das nicht von Erschlaffung und Kleinmut, sondern von der selbstsicheren Kraft kampferprobter Veteranen, die die dreisten Provokationen eines arglistigen Gegners verachten und scharf nach einer Blöße dieses Gegners spähen, um bei der ersten Gelegenheit wieder mit unerschüttertem Ungestüm vorzudringen.

Dem wenn sich die Gegner einbilden sollten, der Maifeier für alle Zeiten das Rückgrat gebrochen zu haben, so befinden sie sich in törichter Selbsttäuschung. Die ganze politische und wirtschaftliche Situation mit ihrer Verschärfung der Klassegegensätze, ihrer Aufspaltung des Ehrgefühls und der Kampfesenergie des Proletariats muß immer schärfere Formen des Massenkampfes gebären. Der Bahn der Kolonialbegeisterung, mit dem die Gottentottentwahl breite Massen der Bevölkerung umnebelt hat, wird gar bald zerrinnen. Einzelne Unternehmungskreise, die Schiffbreeder, die Panzerplattenfabrikanten, die Rensenspekulanten, werden zwar bei der Kolonial- und Weltmachtpolitik fetter Gewinnsüße einheimfen, aber die Massen werden dabei um so schwerer bluten. Und wenn auch das Gros des Mittelstandes in aller politischer Ratlosigkeit umhertaumeln sollte: Das Proletariat, von dem man in erster Linie die Steuern an Gut und Blut heischt, wird sich immer zahlreicher, immer Klassenbewußter der Sozialdemokratie anschließen, sich immer fester zu politischen und gewerkschaftlichen Kampforganisationen zusammenschließen. Die übermütige Haltung des koalitierten Unternehmertums mit seinen Aussperrungsgelüsten wird nicht minder zur Verbreitung des Klassenbewußtseins beitragen. Sollte gar eine allgemeine Krise über die Nation hereindringen, so würde dadurch der letzte Optimismus und das letzte blinde Vertrauen in die Herrlichkeit unserer „göttlichen“ Weltordnung zerstört werden, das sich noch in Proletariatskreisen gefunden hatte. Sache der Partei und der Gewerkschaften aber ist es, diesen Zusammenbruch aller Illusionen, diese instinktive Empörung gegen die Sinnlosigkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung durch rasioselbste, gründlichste Belehrung zum zielklaren Klassenbewußtsein zu entwickeln! Aus diesem Klassenbewußtsein, aus dem von Idealismus durchlobernten prinzipiellen Bekenntnis zum Sozialismus heraus ist aber die ideale Demonstration der Maifeier geboren! Die Pflege des sozialistischen Ideals wird deshalb auch die Idee der Maifeier, in der sich der Lichtgedanke der kulturellen Neugeburt, der Menschheitsbefreiung und der Völkerverbrüderung, also die Idee des Sozialismus selbst kristallisiert hat, immer tiefer, feuriger, fruchtbarer in die Herzen des Proletariats hineinsinken!

Die weltumgestaltende Arbeit des sozialistischen Proletariats vollzieht sich zweiseitig. Einmal in zäher, unaufhaltsamer praktischer Reformarbeit. So arbeiten wir im Parlament, in den Gewerkschaften, in den Wirtschaftsgenossenschaften an der politischen Befreiung und sozialen Besserstellung der Arbeiterklasse. Jeder geringste Fortschritt auf diesen Gebieten ist ein Schritt zur Befreiung der Arbeiterklasse, ein Triumph des proletarischen Emanzipationskampfes. Dabei und darüber hinaus aber arbeiten wir auch an der Revolutionierung der Hirne und Herzen, an der Aufklärung, Bildung, Massenkampfschulung der Massen. Der weiterneuernde revolutionäre Gedanke des Sozialismus liegt all unserem Wirken zugrunde, beflügelt unsere Taten, erfüllt uns mit Schaffensfreude und unbesieglischem Kampfesmut. Und ein Ausdruck dieses innersten Drängens und Strebens, eine Massenkundgebung und Massentverbung des Sozialismus, ein Ausbruch der Frühlingstaitkraft der breiten Proletariatsmassen ist die Maifeier! Und so lange dieser Prometheusfunken des sozialistischen Widerstandes, der sozialistischen Tatkraft im Proletariate nicht erlischt, ist auch die Maifeier unsterblich!

In diesem Geiste, im Gelöbnis der Pflege dieses Geistes begehen wir auch diesmal den 1. Mai!

Kampf dem Klassenstaat!

Vorwärts für die Kulturbefreiung des Proletariats!

Nieder mit der kapitalistischen Volksverheerung!

Hoch der internationale Menschheitsverbrüderungsgedanke!

Die nächste Nummer des „Vorwärts“ erscheint wegen der Maifeier am Freitag, den 3. Mai, früh. Redaktion und Verlag des „Vorwärts“.

Die Bedeutung der Maifeier würdigen wir in einer besonderen Beilage unserer heutigen Nummer.

Die bürgerliche Anti-Maidemonstration.

Der neue Regierungsblock hat heute der Regierungspolitik in auswärtigen Angelegenheiten carte blanche erteilt. Er hat sich nicht nur gegen die Forderung des Zentrumsantrages ausgesprochen, dem Reichstag periodisch Material zur Beurteilung der internationalen Beziehungen zugehen zu lassen, sondern er hat auch dem Fürsten Bülow, den Verantwortlichen der unverantwortlichen His-Sa- und Beunruhigungspolitik der Regierung sein vollstes Vertrauen ausgesprochen! Es ist unerhört, daß die deutsche Bourgeoisie im Gegensatz zu den Volkvertretungen anderer Länder just unserer Politik des persönlichen Regiments, an der doch selbst ein Wasserhahn seinerzeit sein gutes Haar gelassen, gerade in kritischer, verhängnisvollster Situation das unbegrenzteste Vertrauen entgegenbringt. Welch schamlose Heuchelei, das persönliche Regiment zu bekräftigen und zu verhöhnern, um ihm gerade dann, wenn es gilt, selbst die Bügel der auswärtigen Politik in die Hand zu nehmen, unbegrenzte Vollmachten auszustellen! Freilich, diese Bekräftigung ist für unsere bürgerlichen Oppositionslöwen nur die Draperie, hinter der sich die schamlosesten entwürdigendsten Machenschaften mit dem feudal-militaristischen Absolutismus vollziehen. Die Bourgeoisie hat sich ja zum Schutzhunden der Militär-autokratie entwürdigt. Sie tut nur gelegentlich spröde, um ihre politische Prostitution nach außen hin zu beschönigen.

Seit Wochen tobt der chauvinistische Kampf der halb-offiziösen Presse gegen das „verfide Albion“, die Einkreisungspolitik Eduards VII., die Quadrupelalliance der Mittelmeerstaaten und England. Was die Boulanger-Presse seinerzeit geleistet, wird durch das deutsche halb-offizielle Pressegekläpper in den Schatten gestellt. Gerade nach bürgerlicher Logik müßte ein ernstlicher Völkerkonflikt in drohendster Nähe gerückt sein — und trotz alledem hat sich Bülow, dieser Konflikt-schnüffler, so fern es harmlose Auslassungen der sozialdemokratischen Presse angeht, mit seiner berühmten Rhinoceroshaut umpanzert!

Wie notwendig wäre es da für die bürgerlichen Parteien gewesen, sich einen Einblick in das politische Getriebe zu verschaffen, der Zentrumsinterpellation mit Zustimmung auf die momentane Lage zuzustimmen. Aber im Gegenteil, die ganze Blockhorte von Winkler bis Wiemer beteuerte der Regierung ihr blindes Vertrauen, leistete Verzicht auf jede Erörterung der außerpolitischen Lage vor dem Forum der parlamentarischen Öffentlichkeit!

Und mehr noch! Gerade der Liberalismus hat stets mit der bürgerlichen Friedensidee kokettiert. Sollte man da nicht annehmen, daß wenigstens die liberalen Friedensphrasen die Erörterung der internationalen Abrüstung gerade zur See durch das Haager Schiedsgericht freudig begrüßt hätten? Daß sie der obstruierenden deutschen Regierung den Standpunkt klar gemacht und sie zu zwingen versucht hätten, doch wenigstens an einer Diskussion dieses so aktuellen Problems teilzunehmen? Aber der Liberalismus ließ das Brauenmäntelchen mit agnithischer Randalbalance fallen — gleich Herrn Wassermann erklärte der freisinnige Herr Wiemer, daß er von einer solchen Diskussion nichts erwarte, und daß das verlogene „Wenn Du den Frieden willst, bereite den Krieg vor“, das einzige Mittel der Erhaltung des Friedens sei!

Unter solchen Umständen benutzte natürlich der Reichskanzler die Erklärungen der bürgerlichen Parteien zum Vorspann für seine abenteuerliche Politik. Er konnte das umso mehr, da selbst die augenblicklich in die Opposition gedrängte Zentrumspartei ihren geschmeiblichsten Diplomaten, Herrn v. Hertling, vorgeführt hatte, der ebenso wie die nachfolgenden Redner des Regierungsblocks am Strange der Regierung zog und nach einer Ableitung altbekannter diplomatischer Redensarten der Regierung eine Blankovollmacht anstellte für ihre Absicht, sich nicht an der Diskussion der Frage einer Rüstungseinschränkung auf der Haager Konferenz zu beteiligen!

An diesem Bankrott der bürgerlichen Parteien änderte es auch nichts, daß die Rede Bülows, der den politischen Einwichen des Bürgertums seinen verbindlichsten Dank aussprach, äußerlich den Charakter einer Chamade trug. Er hatte alles erreicht, was er erreichen wollte, und konnte deshalb den Wunsch des Zentrums mit um so souveränerer Rücksichtigung abtun.

Fürst Bülow will so gnädig sein, Rede und Antwort im Reichstag zusehen, wenn er über auswärtige Angelegenheiten befragt wird, aber als „ein Feind diesen Redens“, wie der Redefelge unter Gallendem Gelächter des Hauses sich selbst apostrophierte, will er nur solche Fragen erörtern, von deren Behandlung er sich Nützliches verspricht! Und wenn trotz alledem der Reichstag die Resolution des Zentrums annähme, würde er sich so lange mit dieser reichskanzlerischen Sentenz bescheiden müssen, als er nicht nachdrücklichere Mittel zur Erfüllung seiner Forderungen anwenden wird. Solche Mittel sind aber bei der Klauheit aller unserer bürgerlichen Parteien völlig ausgeschlossen!

Bezeichnend für die parlamentarische Nichtachtung des Reichskanzlers war es, daß Fürst Bülow sich sehr bald aus dem Staube machte, als Genosse Bollmar die charakteristischen Züge der Regierungspolitik in einer sehr eindrucksvollen Rede besprach.

Bollmar forderte energisch die Anteilnahme des Reichstags an auswärtigen Angelegenheiten, weil nur dadurch eine ruhigere, stetigere und sachlichere Politik garantiert werde. Und nun besprach Bollmar die auswärtige Lage, deren offiziöse Schwarzmalerei in den letzten Wochen gezeichnet sei, dem deutschen Uebermilitarismus jedweden Vorbehalt zu leisten. Das internationale Unbehagen, die Spannung sei aber nur eine Folge der allgemainen Rüstung, und außerdem werde das Mißtrauen im Ausland durch ländernde Worte, nervöse Telegramme usw. noch gesteigert. Es erzeuge im Ausland keinerlei Respekt, daß man dort wisse, daß das deutsche Volk keinerlei Einfluß auf die auswärtige Politik übe, die

Bollmar geteilte den Chauvinismus unfähiger Politiker aller Länder, er brandmarkte die Verdrehung und Verheugung der deutschen bürgerlichen Presse in der Wiedergabe einzelner Reden Clemenceaus und des Königs von Spanien sowie der chauvinistisch gefärbten Deutung der Reisen des englischen Königs. Die Aktionen Eduards VII. besäßen keinerlei absolutistische Bedeutung, während die Rette der Kundgebungen der deutschen Regierung den Schlüssel zu der unerquicklichen internationalen Lage der Gegenwart böten. Als einen schweren politischen und faktischen Fehler bezeichnete es Bollmar, wenn sich die deutsche Regierung nicht an einer Diskussion der Abrüstungsfrage im Haag beteilige. Deutschlands Nichtbeteiligung sei nur eine läppische politische Obstruktion, die etwaigen Gegnern Deutschlands nur Wasser auf die Mühle liefere. Bollmar forderte schließlich eine ehrliche Friedenspolitik, wie sie die Masse des Deutschen und des französischen Volkes wünscht.

Diese Demonstration gegen die Abrüstung, gegen die Völkerverbrüderung, gegen die gemeinsamen Kulturinteressen entspricht durchaus den kulturfeindlichen Interessen und Tendenzen unserer herrschenden Klassen! Umso deutlicher wird am 1. Mai das deutsche Proletariat seine Vorkäuflichkeit der internationalen Volksherrschaft und der internationalen Völkerverbrüderung verkünden!

Kriegsbege.

Die schwarzen Vögel, die sich in den letzten Wochen am politischen Horizont zusammengezogen hatten, haben sich ziemlich zerstreut. Die englische Presse schlägt einen anderen Ton an und betont die Notwendigkeit einer Verständigung zwischen England und Deutschland. Einigen deutschen Blättern paßt das nicht in ihre Politik. Fast scheint es, als hätten sie es im Dienste gewisser kriegslüsterner Interessencliquen gar nicht ungern gesehen, wenn die Spannung der letzten Wochen zu einem „befreienden“ Kriege geführt hätte. Obenan steht unter diesen Blättern die „Deutsche Tageszeitung“. Während sie die Unfähigkeit der offiziellen deutschen Außenpolitik völlig ignoriert und sogar dem Fürsten Bülow, da sie sein Verhalten im Amt vorläufig noch als nützlich für ihre agrarische Politik befindet, Ruhmeskränze um die Denkerstirne schiebt, verhöhnt sie die friedlichen Versicherungen der englischen Blätter, wie z. B. der „Tribune“ und des „Daily Graphic“, als Heuchelei und kluge Verbedung der englischen Absichten. Sie ist die patriotische Toga hüllend, schreibt spöttisch das Blatt der Landjunker und ihres militärischen Anhanges:

„Und wer diesen englischen Blättern noch nicht glauben wollte, daß König Eduard der gute Friedensonkel ist, dessen Sinnen und Trachten einzig auf das Wohl der ganzen Menschheit gerichtet ist, dem sagte eine amtliche Erklärung der englischen Regierung, der dann auch eine solche der spanischen gefolgt ist, daß der angeblich gegen Deutschland und Oesterreich gerichtete Blerbund England, Frankreich, Spanien, Italien gar nicht existiere. Was will man also noch mehr? Lieb Vaterland, laßst ruhig sein! Die Berliner Börsen, die ja die Blüte des deutschen Vaterlandes und des deutschen Volkes verfolgt, hat sich denn auch von ihrer anfänglichen Befürchtung schnell wieder erholt. Nun ist doch alles in Ordnung? ...“

Daß sie (die englisch-spanischen Dementis) den Tatbestand richtig wiedergeben, wenn sie behaupten, daß kein Mittelmeer-Blerbund abgeschlossen sei, daran zweifeln wir gar nicht. Daß es zu einem formellen Bündnis gekommen sei, glauben auch wir nicht. Aber daß England im gegebenen Falle wenigstens Spanien und Italien in seiner Hand haben wird, das erscheint uns vollkommen sicher. Brauchen wir erst auseinanderzusetzen, welchen Nutzen England davon haben würde? Der liegt doch auf der Hand. Zunächst ist England die Sorge um die Gefährdung Gibraltar's los, das vom spanischen Algeriras aus schwer bedroht werden könnte. Im Bunde mit Spanien aber fällt nicht nur diese Befürchtung weg, sondern England beherrscht auch, da Ceuta ihm nummehr gleichfalls im Kriegsfall zur Verfügung steht, die Straße von Gibraltar, es kann die Einfahrt in das mittelländische Meer in jedem beliebigen Augenblick sperren. Das bedeutet im Verein mit dem englisch-italienischen Bündnis die englische Herrschaft über das Mittelmeer. Davon wird Deutschland direkt zwar weniger berührt, um so mehr aber indirekt. Denn bei dem wachsenden Gegensatz der orientalischen Politik Italiens und Oesterreich-Ungarns kann es um so leichter zu einem Zusammenstoß zwischen diesen beiden Mächten kommen, je sicherer Italien sich der maritimen Bundesgenossenschaft Englands fühlt. Und dieser Zusammenstoß könnte eventuell gerade in dem Moment stattfinden, wo zwischen Deutschland und Oesterreich der osasus foedaris einträte. Oesterreich wäre dann nach anderer Seite beschäftigt und viele als Faktor in unserer Rechnung aus. Je größer der Kreis der englischen Bundesgenossen wird, desto sicherer glaubt England in der Lage zu sein, den Zeitpunkt zu bestimmen, wo das große Kesselstreben gegen Deutschland losgehen soll. ...“

Doch damit begnügt sich die britische Politik noch nicht. Sie ist mit allen Kräften bemüht, auch Rußland vor ihren Wagen zu spannen. Einstweilen kann ja das Jarenreich nicht aktiv gegen Deutschland austreten, selbst wenn es dazu Lust hätte, die aber in den Petersburger Regierungskreisen keineswegs vorhanden ist. Aber für Zentral- und Westasien, das heißt, zur Wahrnehmung der russischen Interessen gegen England, reichen die Kräfte Rußlands im Notfall immer noch. Eine englische Politik, die gegen Deutschland arbeiten will, muß sich daher in Asien den Rücken gegen Rußland sichern. Daher die Bemühungen, mit dem Jaren zu einer Verständigung über die asiatischen Interessen beider Reiche zu gelangen, Bemühungen, die bereits so gut wie zum Ziele geführt haben.

Was fehlt England nun noch zur Einkreisung Deutschlands? ...“

Das Blatt spricht es nicht offen aus; aber aus seinem Geschreibsel ergibt sich deutlich genug, daß ihm ein frisch-fröhlicher Krieg ganz gelegen käme — nur dürfte Deutschland nicht als der direkt angreifende Teil erscheinen. Wenn es aber auf den Krieg verzichten muß, dann möchte es wenigstens die jetzige Lage benutzen, Deutschland als schwer bedroht durch die englisch-französisch-spanische Entente hinzustellen, wird doch dadurch den kommenden großen Flotten- und Heeresvergrößerungsplänen prächtig vorgearbeitet. Der gleichzeitige Appell an die Furcht und die „nationale Ehre“ bezw. die „Liebe zum Vaterlande“ übt auf empfindsame Seelen noch immer seine Wirkung.

Die Magdeburger Terrorismus-Legende.

Magdeburg, 29. April 1907. Vor dem hiesigen Schwurgericht begann heute der große Landfriedensbruchprozess gegen Bremer und 17 Genossen, über dessen Auf-

stehung wir gestern berichteten. Die Verhandlungen werden geleitet durch den Landgerichtsrat Dr. Schlotter; die Verteidigung führen die Rechtsanwälte Landsberg, Stroussberg, Merzbach, Magdeburg und Mühl-Berlin. Es sind 67 Zeugen und ein Sachverständiger geladen. Nach Auslösung der Geschworenen und Erledigung der üblichen Formalitäten beginnt die Vernehmung der Angeklagten, die den ersten Verhandlungstag nahezu ausfüllt. Nicht der Angeklagten sind wegen zweier Vorfälle, am 4. und am 6. Februar angeklagt.

Am 4. Februar mittags soll eine größere Anzahl Arbeiter sich in die Walzendreherei des Krupp-Grusonwerkes, in der der „reichsteuere“ Arbeiter Haase beschäftigt war, begeben und dort den Haase beschimpft und verhöhnt haben, bis sie hinausgewiesen wurden. Am Abend desselben Tages sollen dann zahlreiche Arbeiter vor dem Fabriktor auf Haase gewartet und ihn dann unter Pfeifen, Lärmen und Sängen begleitet haben. Dabei soll Haase auch mit Schnee beworfen worden sein. Der Vorfall am 6. Februar soll sich ähnlich zugetragen haben, jedoch sollen dabei noch mehr „Gewalttätigkeiten“ vorgekommen sein.

Der erste Angeklagte, Eisendreher Bremer hat mittags von seiner Werkstatt, der Mühlenbauabteilung, aus gesehen, daß zahlreiche Arbeiter aus der Walzendreherei heraustraten. Abends hat er, wie immer, vor dem Tor auf einen Freund gewartet. Vor dem Tor seien allabendlich nach Feierabend viele Arbeiter versammelt, denn diese verließen nicht einzeln, sondern scharnweise die Fabrik. Er sei sowohl am 4., als am 6. Februar allein nach Hause gegangen. Der Weg, den die Menge gegangen sei, sei sein Heimweg. Daß jemand mit Schnee, Eisstücken oder gefrorenem Kot auf Haase geworfen habe, hat Angeklagter nicht gesehen; er hat auch selber nicht geworfen. Das Interesse der Arbeiter für Haase sei wohl hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß er in einer Versammlung behauptet habe, die Mädchen aus der Fabrik von Vötte würden auf dem Hermerlebertweg — einem Verbindungsweg zwischen Sudau und Sudenburg, den viele Arbeiter des Grusonwerkes benutzen und auf dem sich auch die zur Anklage stehenden Vorfälle ereignet haben — auf dem Weg von und zur Arbeit den Arbeitern in roher Weise belästigen.

Der Angeklagte Brandt befindet, daß dem Haase in der Walzendreherei nichts passiert ist; doch habe wegen seiner Äußerung Erbitterung über ihn geherrscht. In dem Menschenhaufen habe er, Brandt, sich nicht befunden. Auch die übrigen Angeklagten, die den Hermerlebertweg als Heimweg benutzen, sind entweder eine Strecke abseits von der Menge gewesen oder haben sie umgangen. Angeklagter Lehmann hat gehört, daß unter Anspielung auf Haase „Leierlastenmann“ gerufen und „Edelweiß“ und „Fischerin, du kleine“ gesungen worden ist. Er, Lehmann, habe sich durch die Menge hindurchgedrängt, um vorbeizukommen, wobei ihm selber Schnee ins Gesicht geworfen worden sei. Ein Angeklagter behauptet, daß sich die Menge größtenteils aus Kindern zusammengesetzt habe.

Der Angeklagte Schulz gibt zu, gesagt zu haben, daß er Haase mit Schnee geworfen habe. Das sei aber nicht wahr. Er habe das nur gesagt, um einen Zuhörer dieses Gespräches auf die Probe zu stellen. Der Angeklagte Senese will gehört haben, daß gesagt worden sei im Betriebe, abends sei „Haase“ beschäftigt. In der Menge sei gerufen worden: „Haut ihn!“ — „Schlagt den Haase tot!“ wobei gefungen und gepfeiften worden sei. Die Dreherlehrlinge Witt, Kolze und Wölke, die auch mit angeklagt sind, behaupten am 6. Februar von Arbeitern auf Haase gestossen worden zu sein! Der eine Lehrling hat vor dem Untersuchungsrichter ausgesagt, daß Haase hingeworfen worden sei. Der Vorsitzende hält ihm vor, daß Haase selbst erklärt habe, er sei nicht hingeworfen worden; worauf der junge Mensch seine Aussage dahin einschränkt, daß er geglaubt habe, Haase wäre hingeworfen worden, weil er auf dem Rücken Schnee gehabt habe. Es sei nur mit Schnee, nicht mit Eisstücken und gefrorenem Kot geworfen worden. Ein Lehrling gibt zu, selbst geworfen zu haben; er weiß aber nicht, ob er jemanden und wen er getroffen hat. Der Lehrling Kolze will gehört haben, daß der Mitangeklagte Oswald Bed gesagt habe: „Jetzt wird er frech; jetzt müßt ihr ihn schlagen. Dann haben wir auch einen Grund, ihn zu schlagen!“ Wer sie auf Haase „geschubst“ hat, wissen die Lehrlinge nicht anzugeben. Bei ihnen wie einigen anderen Angeklagten wird festgestellt, daß sie vor der Polizei und dem Untersuchungsrichter nach den Protokollen andere Angaben gemacht haben als heute. Die Angeklagten führen das auf Mißverständnisse zurück.

Der der Räubersführerei bezüchtigte Paul Wed erklärt, daß er nicht bei dem Vorfall gewesen sei. Seinen Vater, mit dem er gemeinsam die Fabrik verlassen habe, habe er gleich im Gedränge verloren. Oswald Wed bestreitet, die oben erwähnte Äußerung getan zu haben. Von ferne her, als er etwa 150 Schritt von Haase entfernt gewesen sei, habe jemand gerufen: „Kommt her, jetzt wird er frech und will schlagen!“

Der Angeklagte beschwert sich dann über den Kommissar Bergen. Dieser habe vor ihm, Wed, bei seiner polizeilichen Vernehmung seine Sachen, Trauring, Portemonnaie usw. hingelegt und gesagt: „Nun los, dann sind Sie frei!“ Als er aber doch nichts ausgesagt habe, habe der Kommissar gesagt, wenn er des Landfriedensbruches beschuldigt werde, dann müßte er in Untersuchungshaft sitzen, bis die Kartoffeln blähen. Er sei sich keiner Schuld bewußt gewesen, und diese Bemerkung habe ihn so niedergedrückt, daß er sich das Leben nehmen wollte und nur durch besondere Umstände daran gehindert worden sei. Einer der Lehrlinge hat vom Polizeikommissar Bergen die Äußerung gehört, wenn er nicht mehr Ramen nenne, dann könne er — in Haft — bleiben, bis die Kirshen blähen. Dem Lehrling Kolze hat der Kommissar gesagt: „Den behalten wir hier, der kann sich noch etwas besinnen.“

Die Angeklagten Oswald und Paul Wed sind Mitglieder des Metallarbeiterverbandes und des Sozialdemokratischen Vereins und Leiter der „Vollstimme“, wie sie auf Befragen des Staatsanwalts angegeben.

Darauf wird in die Zeugenernehmung eingetreten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. April 1907.

Sechs Stunden Kleinbahnwünsche.

Das preussische Abgeordnetenhaus führte heute mit vieler Mühe die Beratung der Sekundärbahnvorlage zu Ende und überließ sie dann der Budgetkommission. Wieder erhob sich eine unendliche Flut lokaler Wünsche über den gedulden Papierkorb des Eisenbahnministers. Diese Debatte ist typisch für das preussische Abgeordnetenhaus. Außer den wenigen kritischen Bemerkungen des Abgeordneten Racco nahm auch nicht ein einziger der „Vollstretter“ einen Anlauf dazu, etwas Allgemeingültiges über die vielen Schäden der gegenwärtigen preussischen Eisenbahnpolitik zu sagen. Nichts davon, wie wenig die Eisenbahnpolitik eines Breitenbach den Bedürfnissen des Verkehrs und Handels gerecht wird. Dabei

man sich einmal in dem jüngst erschienenen Jahresbericht des Bergarbeiterverbandes durch, wie schwer nicht nur die Unterneher im Ruhrrevier, sondern auch die Grubenarbeiter durch den Bogenmangel geschädigt werden, wie sie Heberfächeln und Feiersfächeln einlegen müssen, nur um des Unverstandes der preussischen Verlehrsverwaltung willen. Aber wie sollte sich auch Berücksichtigung von Arbeiterinteressen und preussisches Abgeordnetenhaus zusammenreimen? —

Bremser Schulkämpfe.

Der Bremische Schulinспекtor geht. Er läßt sich ab 1. Juli pensionieren, das ist das Fazit des energischen Kampfes der Bremser Lehrerschaft gegen diese Repräsentanten der kirchlichen Orthodogie und des preussischen Schulbureaufrentens. Da der Mann, Köpfe heißt er besonntlich, jetzt 59 Jahre alt ist, könnte erst im Jahre 1913 seine Pensionierung erfolgen. Das hat dieser „Ritter vom gesunden Menschenverstand“ ausgenutzt, indem er bis 1913 sein volles Gehalt, 8000 M. jährlich, verlangte. In einer vertraulichen Sitzung der Bürgerschaft wurde ihm die Forderung wohl oder übel gewährt, konnte man ihn doch nicht anders los werden. Die Pension ab 1913 beträgt 80 Proz. des Gehalts; so schneidet ein Mann ab, der der Schule zwar sehr viel geschadet, der aber lediglich das ausführte, was die Dienstinstruktion ihm vorschrieb.

Ein Lehrer, der vom edelsten Reformeifer erfüllt wäre und der das Zeug dazu hätte, der Schule eminent zu nützen, könnte ohne weiteres dem Hunger überliefert werden, wenn er wider den Stachel löste, so daß man auf Dienstentlassung erkennen könnte. Das „vertraulich“ über des Schulinспекtors ruhlosen oder desto einträglicheren Abgang beraten wurde, läßt erkennen, wie unangenehm dem Senat die öffentliche Kritik in Sachen des Schulwesens ist, zugleich wird dadurch aber auch bewiesen, daß der Schulinспекtor Köpfe Fleisch von Senatsfleisch ist. Die Mäcker sind über den Ausgang des Kampfes gegen ihren Liebling sehr in Zorn geraten. Da aber ihre Donnerwetter keine Verheerung anrichten können, forderte der „Reichsbote“ neulich allen Ernstes, der Kaiser solle einmal ein kräftiges Donnerwetter über die Köpfe des Bremischen Senates herniederprasseln lassen. Weil ihre Kolophoniumblitze wirkungslos verjagen, verlangen sie nach Jupiters Blitz. Die Prehorgane des Bremischen Radertums suchen indes eine andere Nummer vom selben Gaden für das Schulinспекtorat zu erlangen. Der Bremischen Schulbehörde dürfte aber gleich dem gebrannten Kinde zu Rute sein. Und außerdem wird gute Nacht gehalten. Ist es schon erfreulich, daß der Schulinспекtor weichen muß, so wird diese Freude noch dadurch erhöht, daß der Lehrer Gansberg im Amte bleibt. Weil er sich durch die Begründung des wider ihn im Disziplinarverfahren ergangenen Urteils tief verletzt gefühlt hatte, war er um seine Entlassung eingekommen. Da die verlegenden Wendungen in der schriftlichen Begründung des Urteils aber fehlen, hat Gansberg dem Drängen seiner Freunde und Kollegen nachgegeben und sein Entlassungsgesuch zurückgezogen, womit der Senat um so eher einverstanden war, als ihm damit ein Stein vom Herzen fiel. Doch allem, was sich in der letzten Zeit ereignete, ist es dem Senat und der Schulbehörde um den Frieden zu tun. Ob er ihn so schnell haben wird, hängt unter anderem von den Lehrern ab, die nicht vergessen dürfen, daß ihre Forderung nach Entfernung des Religionsunterrichts aus der Schule noch immer der Erledigung harret. Stillstand wäre auch hier Rädgang. —

Der Reichsverband wird anrühlig.

Die „Kölnische Zeitung“ stellt eine recht betrübliche Betrachtung über die Wahl in Glauchau-Neerane an. Der Verlust von 800 Stimmen, den der „nationale“ Kandidat gegen den 25. Januar erlitten hat, lasse sich nicht aus der Laubheit der Stimmberechtigten bei Nachwahlen erklären. Selten sei in einem Wahlkreis mehr gearbeitet worden, um die Wähler aufzurütteln, als diesmal in Glauchau-Neerane. Aber, so schreibt das Blatt weiter:

„Man hat auf nationaler Seite die Kraft falsch eingesetzt. Energie haben einige mit viel Lärm verwechselt. Es muß ausgesprochen werden als Lehre für die Zukunft, daß in diesem Wahlkampf von nationaler Seite unüberzählige Fehler gemacht sind. Von auswärts hatte man Persönlichkeiten zur Unterstützung des Kandidaten Dr. Claus in den Wahlkreis geschickt, die für eine eindrucksvolle Wahlagitatorien ungeeignet waren. Wer heute sächsische Industriearbeiter politisch umstimmen will, der muß nicht nur den guten Willen, sondern auch hervorragende Fähigkeiten und einen besonnenen Charakter besitzen. Wegen diesen Grundsatz haben der „Reichsverband“ und verschiedene „nationale Ausschüsse“ ernstlich verfahren.“

Die Sache sei, so bemerkt das Blatt, sogar so weit gewesen, daß Dr. Claus sich mehrfach wegen des Aufstretens seiner Wahlkämpfer habe entschuldigen müssen. Das sei bei so schwerer Arbeit eine traurige Erfahrung, die hoffentlich nicht umsonst gemacht worden sei.

Diese Dornung ist leichter ausgesprochen als erfüllt, denn woher soll der Reichsverband Leute mit Charakter und hervorragenden Fähigkeiten nehmen? —

Eine Hamburger Universität.

Seit mehreren Jahren geht das Streben einflußreicher Hamburger Kreise, besonders der hohen Beamten und Gelehrten, dahin, Hamburg mit einer Universität zu versorgen; und verschiedene Anhänger dieses Projekts haben nach und nach zu diesem Zweck die ansehnliche Summe von 3815 000 M. zusammengebracht. Da jedoch ein großer Teil der älteren Kaufmannschaft von der Gründung einer Universität nichts wissen will, hat das Komitee vorläufig das Geld für eine wissenschaftliche Stiftung bestimmt. Das Kapital soll sicher angelegt und die Zinseneinnahme für wissenschaftliche Zwecke verwendet werden, vornehmlich für die Honorierung von Gelehrten, die berufen werden, um wissenschaftliche Vorlesungen und praktische Übungen für bestimmte Berufsstände abzuhalten; ferner für Bearbeitung wissenschaftlicher Fragen, Stellung von Preisaufgaben und Herausgabe wissenschaftlicher Schriften, sowie für Veranstaltung oder Unterstützung von Forschungsreisen und Ausgrabungen.

Für später rechnet man auf die Gründung einer Universität, wie der § 7 des Stiftungsstatuts beweist. Es heißt dort:

Sollte das Vermögen der Stiftung so angewachsen sein, daß es für sich allein oder unter Hinzuziehung von Mitteln, die der Staat für diesen Zweck zur Verfügung stellt, ausreichend ist, um eine Universität oder eine andere Hochschule allgemeinen Charakters, die also nicht nur für die Bedürfnisse eines einzelnen Berufes (z. B. Ärzte oder Kaufleute) bestimmt ist, in Hamburg zu errichten und zu erhalten, so soll das Auzatorium berechtigt sein, das Stiftungsvermögen für die Errichtung einer solchen allgemeinen Hochschule zu verwenden. —

Die Vereinbarung des Zollkrieges zwischen Deutschland und Kanada beschäftigt, wie die „Post. Stg.“ meldet, die kanadische Regierung herbeizuführen. Auf Veranlassung des Premierministers Laurier finden zurzeit deswegen Unterhandlungen statt, die in Montreal geführt werden. Kanada beabsichtigt gegen entsprechende Ermäßigungen des deutschen Zolltarifs für kanadische Waren einen Tarif anzubieten, der keine erheblich höhere Sätze als der England gegenüber eingeräumte Minimaltarif aufweist. —

Für die Landtagswahlen in Nürnberg hat der liberale Block außer mit den Nationalsozialisten und Demokraten auch mit den

reaktionären Mittelständlern verbündet. Die Mittelständler gingen auf das Bündnis nur unter der Bedingung ein, daß ihr Hauptling, Drehschleifer Probst, in einem sicheren Wahlkreis aufgestellt werde. Man räumte ihm die Kandidatur im ersten Wahlkreis ein, den die Blockleute für absolut sicher halten. Probst, der schon bei der Wahl 1905 als Kompromißkandidat mitgewählt wurde, machte während seiner kurzen Landtagsstätigkeit bedenkliche agrarische Seitenstünge und trat im Landtage nicht der liberalen Fraktion, sondern der agrarischen wirtschaftlichen Vereinigung bei. Er mußte deshalb diesmal versprechen, das liberale Programm einzuhalten und der liberalen Fraktion beizutreten. Das tat er auch, doch wird er seinen Blockfreunden schon wieder unbequem, da er das Wahlprogramm des Blocks mit seinen rückwärtigen Forderungen ausstellen möchte. So hat er verlangt, daß in das Wahlprogramm der Kampf gegen die Warenhäuser aufgenommen werde. Darüber hat es sowohl im Block selbst als auch bei den Mittelständlern großen Ärger gegeben. Jetzt heißt es, daß Probst wieder abgesetzt werden soll, wenn er seine Blockstünge nicht unterläßt, aber der Freisinn wird wohl nachgeben müssen, denn er braucht den gesamten bürgerlichen Nischmasch, also auch die Mittelständler. —

Militarismus und Antimilitarismus.

Die Kriminalpolizei entfaltete in allen deutschen Landen eine emsige Tätigkeit, um Exemplare der bekannten Liebtweinschen Broschüre aufzutreiben. Vor einigen Tagen nahm die Polizei in Regal Hausdurchsuchungen vor, und zugleich suchte sie im Auftrag der Staatsanwaltschaft in der Büchersammlung der vereinigten Gewerkschaften Weimars nach der Broschüre. Gefunden wurde nichts.

Ein starkes Stück ist es jedenfalls, daß man sogar die Bibliothek geschlossener Vereine durchstöbert. —

Ein hartnäckiger Glaubensstreiter.

Der zur Seite der „Adventisten vom siebenten Tage“ zählende Musikleiter M. vom 31. Infanterie-Regiment (Altona) hat schon zwei längere Strafen verbüßt, weil er sich weigert, in der Zeit vom Freitagabend bis Sonnabendabend Dienst zu verrichten. Als der seit vorigem Herbst dienende M. seine letzte zweimonatige Gefängnisstrafe in Spandau verbüßt, ist er wiederholt disziplinarisch wegen Gehorsamsverweigerung mit strengem Arrest bestraft worden. Auch am Freitag, 1. Februar, verweigerte er in Spandau jede Arbeits- oder Dienstleistung, während er sonst sehr willig und fleißig gearbeitet hatte. Kurz danach wurde er seinem Truppenteil überwiesen. Am ersten Freitag ließ der Hauptmann den M. zu sich kommen und redete auf ihn ein, er solle Vernunft annehmen, weil sonst seine Dienstzeit gar nicht abzusehen sei. Die Aufforderung des Offiziers, an der Ruhstunde teilzunehmen, beantwortete M.: „Ich kann's nicht tun.“ Wegen dieser neuen Gehorsamsverweigerung befindet M. sich seit über zwei Monaten in Unterhaftung. Das Kriegsgericht der 18. Division hatte sich mit dieser Sache erneut zu beschäftigen. Dem Angeklagten wurde vorgehalten, ein Prediger seiner Glaubensrichtung habe erklärt, daß jeder beim Militär dienende Adventist es mit dem siebenten Tage halten könne, wie er wolle. „Gegen mein Gewissen kann ich nicht handeln, denn man soll Gott mehr gehorchen, als den Menschen.“ Der Ankläger erkannte an, daß der Angeklagte nicht aus unläuterlichen Motiven handle, aber es müsse ihm klar gemacht werden, daß er nicht gegen Gesetz und Disziplin handeln dürfe. Antrag: 5 Monate Gefängnis. Urteil: 3 Monate 1 Tag Gefängnis. —

Reisefahr in Harpen. Ein probates Mittel, die Reisefahr zu verhindern, hat der Anstmann von Harpen entdeckt. Er hat für seinen Bezirk alle Reisefahrkarten verboten aus Rücksicht — auf die Genickschraube.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.

Wegen Majestätsbeleidigung hatte sich die Geschäftsreisende Karoline Röhr aus Dresden vor der Strafkammer des Weimarer Landgerichts zu verantworten. Die Angeklagte soll im August vorigen Jahres in Apolda im Anschluß an eine Zeitungsnote über die Affäre Tuppelkirch gräßliche Beschimpfungen gegen den deutschen Kaiser ausgesprochen haben. In der Verhandlung bestritt die Angeklagte die infamisierte Äußerung auf das entschiedenste und behauptete, daß ein Raueakt vorliege. Der Hauptbelastungszeuge, der Schneider Lange in Apolda, hatte die Anzeige erst im November erstattet, nachdem er mit der Angeklagten zerfallen war. Festgestellt wurde, daß der Zeuge in der Zwischenzeit von der Angeklagten wegen einer Körperverletzung angezeigt worden ist und drei Tage vor seiner Anzeige die betreffende Verladung bekommen hatte. Die Körperverletzung mußte er mit 60 M. Geldstrafe büßen.

Selbst der Staatsanwalt beantragte unter Berücksichtigung der geringen Glaubwürdigkeit des Hauptbelastungszeugen die Freisprechung der Angeklagten. Trotzdem kam das Gericht zu einer Verurteilung, die auf zwei Monate Gefängnis lautete.

Antliches Ergebnis der Reichstagswahl in Glauchau-Neerane. Bei der am 26. April im 17. sächsischen Wahlkreis Glauchau stattgehabten Reichstagswahl erhielt der Schriftsteller Dr. Claus (nationalliberal-jungliberal) aus Loschwitz 12 710, der Genosse Wollenbühl 17 074 Stimmen.

Frankreich.

Die der „unabhängige“ Sozialismus „die Welt erobert“.

Paris, 29. April. (Fig. Ver.)

Die den Bösen die Strafe, so erwartet den Tugendhaften der Lohn. Der heutige Ministerrat hat einstimmig die Entlassung der fünf Postbeamten gutgeheißen, die den respektvollen offenen Brief an Clemenceau unterzeichnet hatten. Er hat aber auch die Ernennung des ehemaligen Deputierten Gabriel Deville zum bevollmächtigten Gesandten in Abyssinien beschlossen! Gabriel Deville, der bekanntlich einer der ersten theoretischen Vorkämpfer des wissenschaftlichen Sozialismus gewesen ist, hat sich im Laufe der Jahre zu einem auf die „Demokratie der Menschenrechte“ eingeschworenen „Unabhängigen“ entwickelt. Jetzt wird er sie im Reich Meneliks repräsentieren. Ist aber diese Europamüdigkeit ein Zufall? — Herr Augusteur thront in Madagaskar, Herr Deville zieht nach Abyssinien. Trotz des neuerlichen Regenerationskongresses sieht man also klar: Der „unabhängige Sozialismus“ ist kein europäisches Ereignis — sondern nur noch ein africanisches. . . .

England.

Arbeiterpartei und Secedreform.

London, 26. April. (Fig. Bericht.) Bei der Beratung über die zweite Lesung der Militärvorlage hielt Genosse J. A. MacDonald eine längere Rede, in der er u. a. sagte: „Unsere Partei ist nicht der Ansicht, daß die Soldatenzahl erhöht werden müsse. Jeder vernünftige Mensch muß nunmehr zur Ueberzeugung gelangt sein, daß das allgemeine Wehrwesen den gewünschten Zweck nicht erreichen kann, und daß es daher besser wäre, eine Herabsetzung der Rüstungen auf internationalem Wege anzustreben. Die Arbeitervertreter fordern von internationalen sozialistischen Arbeiter-

Bewegung, die zur Pflicht hat, in allen Parlamenten Europas für diesen Gedanken einzutreten. Es wäre deshalb ein Verrat, wenn die Arbeiterpartei nicht gegen die Erhöhung der Soldatenzahl Einspruch einlegte. Wir sind gegen den Plan einer „Nation in Waffen“, (Weiß!) Dieser Plan kann kein einziges wirklich wichtiges Problem lösen; er wird auch unsere Plage weiter hoch noch rein halten.“

Mit Vergnügen geben wir diese Worte des Genossen MacDonald wieder, umso mehr als wir im vorigen Jahre einige seiner früheren Äußerungen tabelliert hatten. Je mehr sich die Arbeiterpartei entwickelt, desto mutiger und schärfer tritt die sozialistische Agitation ihres Generalsekretärs hervor. —

Amerika.

Aus New York wird uns geschrieben:

Der Prozeß gegen die drei seit über vierzehn Monaten eingekerkerten Gewerkschaftsführer Charles Meyer, William D. Haywood und John Pettibone soll nach den endlosen Verschleppungen nunmehr am 9. Mai im Staate Idaho beginnen. Zuerst wird Haywood prozessiert, der von der Staatsanwaltschaft als das Haupt der Drei angesehen wird. Die Drei sind bekanntlich beschuldigt, eine Verschwörung zur Beseitigung des Erzgouverneurs Steunenberg von Idaho angezettelt zu haben. (Steunenberg wurde am 30. Dezember 1906 getötet.) Was dem Fall aber ein besonderes Gepräge verleiht, sind die vielfachen und ganz offen geübten Versuche auf eine Wiederholung des berüchtigten Chicagoer Justizmordes.

Bedeutete schon die auf Grund erprehter und erkaufter Verständnisse erfolgte Verhaftung im Staate Colorado eine Ungeheuerlichkeit, so war die Auslieferung von Colorado nach Idaho ohne vorheriges Auslieferungsbegehren und ohne ordentliches Gerichtsverfahren geradezu ein Hohn auf die Bundesverfassung. Um aber der Sache die Krone aufzusetzen, sanktionierte das Oberbundesgericht in Washington, der höchste Gerichtshof der Vereinigten Staaten, als Berufungsinstanz das gegen Meyer, Haywood und Pettibone eingeschlagene Verfahren. Nur einer der neun Richter, Mc Kenna mit Namen, hatte den Mut, die Auslieferung der Drei Gewerkschaftsführer und ihren Transport bei Nacht und Nebel als das zu bezeichnen, was er war: als einen ordinären Menschenraub. Das Rechtsgutachten des „guten Richters“ Mc Kenna, welches dem Urteil der Majorität des Richterkollegiums beigelegt ist, ist geradezu vernichtend. Nur einige Sätze seien hier wiedergegeben: „In vorliegenden Fällen,“ so heißt es unter anderem, „sind die Staaten Idaho und Colorado durch das Vorgehen ihrer Beamten zu Unrecht verurteilt worden. Durch einen ungesetzlichen Mißbrauch ihrer Macht haben sie die Angeklagten um ein durch die Verfassung gemährte Recht betrogen. Diese Tatsache ist wichtig genug, um festgehalten zu werden. Sie bedarf keiner besonderen Betonung. Menschenraub ist ein Verbrechen. Wie aber, wenn Beamte den Menschenraub verüben? . . . Unzweifelhaft fanden den Angeklagten verfassungsmäßige Rechte zu, und zwar äußerst wertvolle. . . .“

Mit solchen Skrupeln quälte sich die Majorität des Richterkollegiums nicht. Ihr war es nur darum zu tun, dem Schmelzwerk, der die Anklage gegen Meyer, Haywood und Pettibone angezettelt hatte, um in ihnen die Arbeiterorganisation zu treffen, behüßlich zu sein und für die Drei den Weg zum Galgen ebnet zu helfen. Schon gleich nach der Verhaftung der Drei wurde von allen Seiten geschrien: „An den Galgen mit ihnen!“ Und in diesen Ruf stimmte auch das Oberbundesgericht mit seiner samolien Entscheidung ein. Dazu kommt, daß Ehren-Roosevelt, von dem selbst seine Freunde sagen, daß man mit ihm nur in Gegenwart von Zeugen reden könne, und der im Bundesrat der Treulosigkeit überführt worden ist, daß Roosevelt die Beeinflussung der Gerichte ganz offen betrieben hat. Nach einer unübersprochenen Meldung aus Washington erklärte er den Richtern des Oberbundesgerichts im Frühjahr vorigen Jahres, also zu einer Zeit, als die Berufung der drei Verhafteten noch nicht erledigt war: „Mit Menschen wie Meyer, Haywood und Pettibone muß aufgeräumt werden!“ Nicht minder toll ist, was sich der Präsident der Vereinigten Staaten in einem kürzlich veröffentlichten Briefe an das Kongressmitglied Sherman leistete. In diesem Briefe heißt es, daß Meyer oder Haywood oder Debs ebenso unerwünschte Bürger sind wie Harriman (Harriman ist der Eisenbahnmagnat, der erklärt hat, er könne die gesamte Gesetzgebung und auch die Gerichte kaufen).

Diese neueste Einmischung Roosevelts in einen noch schwebenden Prozeß hat selbst die bürgerliche Presse zu sanften Protesten veranlaßt und die gesamte Arbeiterschaft zur Entrüstung aufgestachelt. Von überallher hagelt es Proteste; selbst die konservativen Gewerkschaftsführer, welche den an der Spitze einer Gegenorganisation stehenden drei Verhafteten durchaus nicht hold sind, überhäufen ihren früheren Liebling Roosevelt mit den bestigsten Vorwürfen. Und Genosse Debs nennt den „König im Irden“ in einem offenen Briefe einen Feigling und Denunzianten!

Roosevelt, der sonst nach berühmtem Vorbild in alles dreinredet, hat merkwürdigerweise auf die ihm zuteil gewordene Kennzeichnung die Sprache noch nicht wieder gefunden. Seine Niedertracht fällt um so schwerer ins Gewicht, als gerade neuerdings Tatsachen bekannt geworden sind, welche der Anklage auch den letzten Schein von Berechtigung entziehen. So hat Steve Adams, der angeblich beim Attentat auf den Erzgouverneur Steunenberg beteiligt war, und auf dessen angebliches „Gefändnis“ hin Meyer, Haywood und Pettibone feinerzeit verhaftet worden sind, freiwillig vor Gericht erklärt, daß er überhaupt kein Gefändnis abgelegt hat, daß man ihm vielmehr ein von einem Losspiegel Namens Mc Parland angefertiges Schriftstück vorlas und dieses Schriftstück als von ihm (Steve Adams) herrührend beglaubigen ließ! Auf Grund dieser „Beweise“ erfolgte die Verhaftung der Gewerkschaftsbeamten. Ferner wurde bekannt, daß der besitzige Steunenberg an Landbesitzverleuten beteiligt war und daß vermutlich ein von ihm um Hab und Gut gebrachter Heimstättenbesitzer an ihm Raue nahm.

Ein weiterer schwerer Schlag hat die kapitalistischen Verhältnisse getroffen: Senator W. C. Borah, der von den Behörden als Spezial-Distriktsanwalt (gleichbedeutend mit Staatsanwalt) bestellt worden war, um den Fall gegen Meyer, Haywood und Pettibone zu führen, und der an Einschüchterungen schon vor Beginn des Prozesses das menschenmögliche geleistet hat, dieser Borah wurde wegen Korruptionsvergehen seitens der Großgewinnenden von Idaho unter Anklage gestellt! Möglicherweise wird dadurch eine neue Vergrößerung des Prozesses gegen Meyer, Haywood und Pettibone herbeigeführt; wenn nicht, so werden die Verhandlungen Dinge zutage fördern, die vielen amerikanischen Arbeitern die Augen vollends öffnen dürften.

Gewerkschaftliches.

Die Allmacht des Schuttmanns

in Deutschland ist ja bekannt. Jetzt ereignete sich in Potschappel bei Dresden anlässlich der Lohnbewegung der Bäder im Plauenschen Grund ein Vorfall, der zeigt, was sich heute ein Schuttmann herausnehmen zu können glaubt. Die Bädereigenen verteilten Flugblätter mit dem Verzeichnis derjenigen Bädermeister, die die Forderungen der Gehülfen bewilligt haben. Überall im Plauenschen Grunde ging diese Verteilung glatt und ohne Zwischenfall von statten. Nur im Potschappel beschlagnahmten zwei Schuttmänner etwa 1200 Flugblätter.

Als der Vertrauensmann der Bäderorganisation den Gemeindevorstand wegen dieses Uebergriffs interpellierte, meinte dieser, der ein Schuttmann habe ihm gesagt, daß vor zwei Jahren das, was auf dem Flugblatt stünde, verboten worden sei. Vor zwei Jahren hatten die Bädermeister anlässlich der Bäderbewegung einen f-

Einhaltbefehl erwidert, der aber vom Reichsgericht aufgehoben wurde. Davon wußte der Schuhmann, d. h. von dem ersten. Von der letzteren Tatsache schien er aber nichts zu wissen. Und dann ist es doch außerordentlich interessant, daß ein Schuhmann ohne irgend eine Anweisung zu einer derartigen Maßnahme greift.

Der Gemeindevorstand erklärte, ihm sei nach der Beschlagnahme Mitteilung von dem Schuhmann gemacht worden. Es ist sofort Beschwerde bei der Amtshauptmannschaft eingelegt worden.

Wohin sollen wir kommen, wenn schon jeder Schuhmann sich zu einem derartigen Eingriff in die Rechte des Staatsbürgers berechtigt glaubt. Da soll noch einer behaupten wollen, in Deutschland regiere nicht der Schuhmann!

Berlin und Umgegend.

Nur um zu schreiben, bringt die „Berliner Volkszeitung“ einige Phantasien über die Lage im Berliner Baugewerbe. Die ersten sind harmlos, die letzte ist bössartig. Dort wird von einer „Verstimmung“ in Arbeiterkreisen gesprochen und behauptet:

„Auch die anderen beteiligten Verbände wie Zimmerer und Bauhilfsarbeiter schieben die Schuld über den resultatsverlaufenden Fortgang der Lohnbewegung den Maurern in die Schuhe.“

Wir können demgegenüber feststellen, daß die Vorstände aller drei Verbände sich über die einzuschlagende und bisher eingeschlagene Taktik völlig einig sind.

Zur Lohnbewegung der Bäcker.

Den unmittelbaren Anlaß zu der gegenwärtigen Bewegung im Bäckergewerbe gab bekanntlich die Frage des paritätischen Arbeitsnachweises. Daß ein solcher errichtet werden soll, ist im Tarifvertrage vorgesehen. Da die Innungsvertreter über den Begriff der Parität eine Anschauung vertreten, welche von der allgemein herrschenden, auch von den Gesellenvertretern bekundeten Auffassung abweicht, so kam es zum Konflikt. Die Forderung: Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises, bildet jetzt neben den beiden anderen Forderungen: Abschaffung des Kost- und Logiszwangs, Gewährleistung eines freien Tages in jeder Woche, das Ziel der gegenwärtigen Bewegung. Die Innungsvertreter scheinen der Meinung zu sein, daß sie die Frage des Arbeitsnachweises, falls es demnächst zu Verhandlungen kommen sollte, umgehen können, indem sie einen Zentralarbeitsnachweis der Innungen einrichten, der ja nach Angabe der Meister mit einem paritätischen Arbeitsnachweis gleichbedeutend sein soll. Die Innungsvorstände haben es mit der Einrichtung ihres Zentralarbeitsnachweises so eilig, daß sie dabei vergessen, daß genau an die gesetzlichen Bestimmungen zu halten. Die Innungsvorstände haben bereits die Statuten des Zentralarbeitsnachweises beraten und fertiggestellt, ohne, wie es das Handwerkergesetz verlangt, einen Gesellenvertreter hinzuzuziehen! Nun muß das Statut den Innungsversammlungen vorgelegt werden. Günstigkeit kann es nur dann erlangen, wenn die Gesellenausschüsse ihre Zustimmung geben. Das wird aber sicher nicht geschehen, denn der geplante Zentralarbeitsnachweis, der angeblich schon am 1. Mai seine Tätigkeit aufnehmen sollte, gibt den besetzten Vertretern der Gesellen kein Mitbestimmungsrecht in der Verwaltung, er gibt keine Gewähr dafür, daß die Uebelstände, welche die Gesellen bei der bisherigen Arbeitsvermittlung der Innungen empfinden, beseitigt werden; ja, es sind sogar einige Verschlechterungen insofern geplant, als die Gebührensätze der Germania-Innung, nämlich 50 Pf., 75 Pf. und 1 M., welche die Arbeitnehmer zu zahlen haben, allgemein eingeführt werden sollen, während bis jetzt in manchen der hier in Frage kommenden Innungen entweder gar keine Gebühr oder nur eine solche von 25 Pf. erhoben wurde. Aus diesem Grunde können die Gesellenausschüsse dem neuen Arbeitsnachweistatut natürlich nicht zustimmen.

Zum Streik der Leitergerüstbauer ist zu berichten, daß weitere zwei Firmen und zwar Gutschke (Friedenau) und Dreiling u. Sohn in Berlin, sich mit ihrem in Auslande befindlichen Leuten geeinigt haben. Bei Gutschke ist die Arbeit bereits am Montagmittag und bei Dreiling u. Sohn am Dienstag früh einmütig aufgenommen worden. An Lohn sind für Poliere 85 Pf. und für Hüfter 70 Pf. pro Stunde zugesprochen worden. Für Ueberstunden wird ein Zuschlag von 10 Pf. pro Stunde gezahlt. Somit arbeiten zurzeit etwa 115-120 Gerüstbauer und Poliere zu den neuen Bedingungen. Bei den Firmen Machule, A. Weichenhagen, Georg Weichenhagen, Hiesle, Scheider, Hartleib, Weber u. Lehmann sowie Kadermann u. Kpelt ruhen die Betriebe nach wie vor noch vollständig. Die Firma Arnold u. Co. arbeitet mit einer Anzahl Arbeitswilliger, die zum größten Teil auf Müllungen noch nicht gearbeitet haben.

Zur Lohnbewegung der Dachdecker. Zu einer unverbindlichen Aussprache traten am Montagabend die Kommissionen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen, um eine friedliche Beilegung des gegenwärtigen Lohnkampfes zu versuchen. Wenigstens bestand diese Absicht auf Seiten der Arbeitnehmer, die erwarten konnten, daß die Unternehmer den gerechten Ansprüchen der Arbeiter etwas mehr Entgegenkommen schenken würden. Die Unternehmer aber wollen nicht mehr bewilligen, als die Arbeiter im Baugewerbe nach dem Schiedspruch des Einigungsamtes erhalten sollen, nämlich eine Lohnzulage von 3 Pf. pro Stunde in diesem Jahre, dann weitere 2 Pf. resp. 3 Pf. in den beiden folgenden Jahren. Die wichtige Frage der Verfüzung der Arbeitszeit bleibt unberührt. Die Vertreter der Arbeiter nahmen diesen Vorschlägen gegenüber eine ablehnende Haltung ein; sie erklärten, daß unter solchen Umständen, besonders ohne Verfüzung der Arbeitszeit, an eine Einigung nicht zu denken sei. Die Verhandlungen waren damit vorläufig beendet. Eine Vertrauensmännerversammlung der Dachdecker beschäftigte sich am letzten Sonntag mit dem Beschluß der Versammlung vom 21. April bezüglich der Erhebung von Extrabiträgen von den in Arbeit stehenden Kollegen. Man kam überein, daß die Beiträge für die verfloßenen zwei Wochen, vom 15. April an, zu entrichten sind.

Die Hausdienen und Kutsher aus den Wäscheverleihgeschäften hielten am Donnerstag im „Englischen Garten“ eine gut besuchte Versammlung ab. Nach längerer Debatte wurde einstimmig beschlossen, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern.

Wir bitten die organisierte Arbeiterschaft Berlins, am 1. Mai keine Handtücher abzunehmen.

J. A.: Die Sektionsleitung.
Hermann Wehring, Brangelstr. 102.

Die Berliner Emailschilderer sind, nachdem die von ihnen eingereichten Forderungen, welche in 8 stündiger Arbeitszeit, 10prozentiger Lohnerhöhung und Anerkennung des Arbeitsnachweises bestehen, abgelehnt wurden, am Montag in den Streik getreten. Die in Frage kommenden Arbeitgeber sind im Schuhverbande der deutschen Emailwerke organisiert, deren Geschäftsführer der „allbekannte“ Herr Kasse ist. Da von dieser Seite alles versucht wird, andere Arbeitskräfte heranzuziehen, so wird ersucht, jedes Arbeitsangebot, welches auf Emailschilder Bezug hat, strikte abzulehnen. — Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten.

Die streikenden Landhofsäckel und Gartenarbeiter haben am Montag, den 29. April, die Arbeit wieder aufgenommen. Der Verband der Arbeitgeber hat auf das nochmalige Schreiben der Lohnkommission bezüglich Einigungsverhandlungen nicht geant-

wortet. Die Lohnkommission hatte solche nur nachgejagt auf Anraten und die bestimmte Zusicherung hin, daß, wenn die Lohnkommission nochmals an den Verband um Einigungsverhandlungen herantritt, solche auch zustande kommen werden. Bis Sonntag früh, obwohl das Schreiben schon am Donnerstagabend zur Kenntnis des Verbandes gelangt war, hatte die Lohnkommission keinen Bescheid erhalten. Die Situation mußte sich infolge des vorgerückten Frühjahres mit jedem Tage ungünstiger gestalten und so entschied sich die Lohnkommission für Abbruch des Streikes. In der Versammlung am Sonntagvormittag in Rietzbes Festhallen unterbreitete die Lohnkommission den Vorschlag, den Streik abzubrechen, den Verfassungen, die sich diesem dann auch, wenn auch ungerne, angeschlossen haben. Im ganzen haben 82 Firmen mit 441 Arbeitern anerkannt. Bei Beendigung des Streikes, also am Sonntag, waren noch 82 Gehäusen und 45 Gartenarbeiter ausständig. Die letzteren waren erst in der dritten Woche in den Streik eingetreten und sind es solche, die als wirkliche Gartenarbeiter nicht angesehen werden können. In der abschließenden Versammlung wurde ein Antrag angenommen, der für bedürftige Kollegen, welche mindestens ein Jahr Mitglied und infolge des Streikes in Not geraten sind, eine Rietzentschädigung vorsieht.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

Achtung, Barodergolber! Da sich die Kopenhagener Barodergolber in einer Lohnbewegung befinden, ist der Zugang von Dänemark fernzuhalten.

Die Jentalkommission der Vergolber Deutschlands.

Achtung, Friseurgehäusen! Die Generalversammlung vom 18. April beschloß, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern. Die Parteigenossen eruchen wir, am genannten Tage keinen Barbier in Anspruch zu nehmen. Die Gehäusen sind im Besitz von weihen mit rotem Rand versehenen Kontrollkarten als Ausweis, daß die Forderungen der Gewerkschaft erfüllt sind.

Verband der Friseurgehäusen Deutschlands.
Zweigverein Berlin und Spornie.

Achtung, Friseurgehäusen! Differenzen bestehen bei Schmol, Ratiborstr. 16. Bewilligt haben Dahlenburg, Schönhauser Allee 137, und Kunze, Bernauerstr. 49. Achtet auf die Kontrollkarte. Dieselbe hat nur Gültigkeit, wenn sie die Namensunterschrift Baumgart trägt und die laufende Woche gestempelt ist. Gleichzeitig ersuchen wir die Parteigenossen, die Barbiergehäusen am 1. Mai möglichst zu meiden, um den Kollegen den Besuch der Versammlungen nicht zu erschweren.

Verband deutscher Barbier-, Friseur- und Perückenmachergehäusen.
Dircksenstr. 46.

Deutsches Reich.

Den Achtstundentag erringen

haben die Steinmeßer Leipzigs. In dem eben abgeschlossenen neuen Tarifvertrage wurden die Arbeitszeit um eine halbe Stunde, von 8 1/2 auf 8 Stunden, verfürzt und der Minimallohn von 65 auf 70 Pf. erhöht. Zudem wurden sämtliche Löhne um 5 Prozent aufgebessert. Dank der guten Organisation wurden diese Forderungen ohne Kampf durchgesetzt.

Der Ausstand in den Maschinenfabriken Offenbachs ist nunmehr im vollen Umfang perfekt, nachdem es die Unternehmer nicht nur kurzerhand abgelehnt hatten, zu den Verhandlungen je einen Vertreter der beiderseitigen Organisationen zuzuziehen, sondern auch den weiteren Vorschlag von Arbeiterseite, die Verhandlungen unter dem Vorbehalt eines der beteiligten Betriebe nicht Angehörigen stattdessen zu lassen, zurückwiesen und an ihrem Vorschlag festhielten, als Verhandlungsleiter den beteiligten Fabrikanten Heinrich Schmalz hingerufen zu lassen. Wenn die Arbeiter einen solchen Vorschlag ablehnten, so ist es wohl nur zu begreiflich, noch dazu, da ja die Unternehmer vorher schon kategorisch erklärt hatten, die Hauptforderung der Arbeiter, die neunstündige Arbeitszeit sowie die Gewährung gewisser Minimallohne nicht bewilligen zu wollen. Die von Seiten der Arbeiter angeregte Vermittelung des Vorsitzenden des Gewerbegerichts, Beigeordneten Joppf, wurde durch die oben erwähnte Haltung der Arbeitgeber gegenstandslos. Geradezu unverständlich ist das Sträuben der Offenbacher Metallindustriellen, Vertreter der Organisationen zu Einigungsverhandlungen zuzulassen, da doch laut „Arbeitsvermittlung“ die eigenen Kollegen dieser Herren im Arbeitgeberverband sich endlich dazu bequemen, ihren früheren Scharmacherstandpunkt etwas zu korrigieren. In Offenbach sitzt man noch auf hohem Rosse und glaubt ein Verhandeln mit Vertretern der Arbeitgeberorganisation nicht nötig zu haben. Statt dessen glaubt man eher zum Ziele zu kommen, wenn man Absplitterungsversuche unter den Arbeitern in die Wege zu leiten sucht, wie dies am Sonnabend durch Gründung einer Arbeitswilligenorganisation versucht wurde. Wenn bei dieser Gründung, die laut Einladungszirkular das Bestreben hat u. a. der sozialdemokratischen Hochstuf einen Damm entgegenzusetzen, und im übrigen die Interessen der Arbeiter nicht durch Streik, sondern durch ein gütliches Einvernehmen mit den Fabrikanten wahren will, ein Fabrikant seinen Segen zu diesem löblichen Tun gab, so sagt dies wohl genug. Aber die Fabrikanten werden wohl selbst in Ernst nicht glauben, daß sich durch diese gelbe Garde die 1700 Ausständigen im Vordach jagen lassen. Die Fabrikanten würden gut tun, von ihrem eigenwilligen Standpunkt abzukommen, sie würden dabei sehr schnell erfahren, daß die Arbeiter ganz gern in Frieden mit ihnen verhandeln können.

Ein weiterer Ausstand droht in Kürze in der Metallbranche in Offenbach, weil die Klempner und Installateure ebenfalls durch die Verwaltung des Metallarbeiterverbandes Forderungen an ihre Meister stellen liegen, die wenig Gehör fanden. Auch hierbei wollen die Meister mit der Organisation nichts zu tun haben. Kommt es in Kürze nicht zu einer Einigung, so dürften noch weitere 70 bis 80 Arbeiter in den Streik treten.

Deutsche Streikbrecheragenten in Holland.

Der Sekretär Rettig des Niederländischen Schiffs- und Bootarbeiterverbandes berichtet in „Het Volk“ über die Ergebnisse niederländischer Arbeiter, die unter falschen Vorwänden für Streikbrecherarbeit nach Hamburg angeworben wurden.

Am Mittwoch voriger Woche kamen zwei Arbeiter auf das Bureau des Verbandes, die den Weg von Duisburg nach Amsterdam zu Fuß zurückgelegt hatten. Hier erzählten sie ihre Leidensgeschichte. Vor einigen Wochen waren sie von ihren Wohnorten Utrecht und Apeldoorn nach Amsterdam gekommen, weil sie in den Zeitungen gelesen hatten, daß hier auf der Zentralen Arbeitsbörse Arbeiter verlangt wurden. Sie mußten acht Tage warten; dann aber wurden sie mit 16 anderen von einem Deutschen engagiert. Sie sollten freie Fahrt, Kost und Logis und dazu 3,50 bis 4 M. Lohn erhalten. Auf die Frage, ob Streik vorliege, antwortete der Deutsche mit Hilfe seines Dolmetschers verneinend. Sie wurden angeblich für eine Eisengießerei von Valken u. Co. in Hilden, Regierungsbezirk Düsseldorf, angenommen. Als sie aber in Hilden ankamen, war bei der Firma überhaupt keine Arbeit zu haben. Man sagte, es sei ein Mißgriff und sie müßten nach Ruhrort. Hier angekommen, wurden sie in einem Kontor der Hamburg-Amerika-Linie empfangen und nun sagte man ihnen endlich, daß sie nach Hamburg sollten, wo viel Arbeit sei und wo drei- bis vierhundert Mann gebraucht würden. Auf ihre wiederholte Frage, ob Streik vorliege, wurde wieder verneinend geantwortet. Jedem Herren, die allerlei mit einander flüsteren, brachten dann die ganze Kolonne nach Duisburg. In dieser Stadt wurden sie von den Hofenarbeitern darüber aufklärt, daß sie zu Streikbrecherdiensten angeworben worden waren, bei welcher Gelegenheit die Polizei denn auch von ihren Säbeln Gebrauch machte. Die Holländer

führten nicht nach Hamburg; aber am selben Tage ging ein Extrazug mit ein paar hundert Italienern ab. Die beiden Gewächsmänner, die infolge der Schwindeleien der deutschen Streikbrecheragenten ihr hiesiges Geld eingekauft hatten, traten dann ihre Wanderung nach Amsterdam an.

Ausland.

Die unzuverlässige „gelbe“ Gewerkschaft.

In der Schuhfabrik von Bally in Schönenwerd (Kanton Solothurn in der Schweiz), die mit ihren 6 Filialen in ebensoviele Gemeinden und 4000 Arbeitern wohl die größte Schuhfabrik der Welt ist, streikten seit voriger Woche 200 Arbeiter, Zwieler, von deren Arbeit der größte Teil des Riesenbetriebes abhängt. Der Streik ist darum für die schweizerische Arbeiterbewegung ein Ereignis, weil der vielleicht 30-jährige William Bally während eines halben Jahrhunderts es raffiniert verstanden hat, durch ausschließliche Ausbeutung dauerlicher Arbeitskräfte und Fernhaltung fremder Elemente das Aufkommen einer Arbeiterbewegung zu verhindern und sich eine gefügige Arbeiterschaft, die zugleich sein politisches Stimmvieh war, zu sichern. Im vorigen Jahre kaufte er eine Arbeiterkommission und eine gelbe Gewerkschaft, um das trotz alledem in den Arbeitern erwachte Organisationsbedürfnis durch eine Korrumpatur zu betriedigen und unschädlich zu machen. Die Maßregelung eines Kommissionsmitgliedes wegen seines Eintretens für andere Arbeiter führte zum Streik der 200 Zwieler, und nun hat Bally sämtliche Kommissions- und Vorstandsmitglieder der gelben Gewerkschaft gefürzt. Jetzt dürfte die Umwandlung der gelben Gewerkschaft in eine Sektion des schweizerischen Schuhmacherverbandes erfolgen. Am Sonntag fand eine riesige Demonstrationssammlung mit einem sozialdemokratischen Referenten statt, an die sich eine Demonstration von Tausenden Ballyscher Arbeiter vor dem fürstlichen Palais des Schürerkönigs schloß. Die Vorgänge bedeuten den völligen Zusammenbruch einer halbhart-jährigen raffinierten kapitalistischen Demagogie und den Sieg des proletarischen Klasseninstinkts, der plötzlich erwachten proletarischer Klassenolidarität.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Achtung! Matseier!

Die Einberufer resp. Referenten der Vormittagsversammlungen von Groß-Berlin werden gebeten, einen kurzen Bericht über Besuch und Verlauf der Versammlungen an die Redaktion gelangen zu lassen.

Die Wahlrechtsreform in Hessen.

Darmstadt, 30. April. (B. L. W.) Die „Darmstädter Zeitung“ veröffentlicht den Wortlaut des Gesetzentwurfes betreffend Revision des landständischen Wahlgesetzes. In der Zusammensetzung der ersten Kammer soll insofern eine Aenderung eintreten, als außer dem vom Großherzog zu ernennenden Mitgliedern in der Höchstzahl von zwölf noch zwei Vertreter des Handels und der Industrie, zwei Vertreter der Landwirtschaft und ein Vertreter des Handwerks auf Vorschlag der gesetzlich eingerichteten Berufsverbände berufen werden sollen.

Die Zweite Kammer soll gebildet werden aus fünfzehn Abgeordneten derjenigen Städte, denen ein besonderes Wahlrecht zusteht, und aus dreizehn Abgeordneten, die von den übrigen Gemeinden gewählt werden. Die Zweite Kammer geht aus unmittelbaren Wahlen mit geheimer Abstimmung hervor. Der Stimmzettel ist in einem amtlich abgestempelten mit keinem Kennzeichen versehenen Umschlag, der nicht verschlossen werden darf, abzugeben. Stimmberechtigt bei den Wahlen der Abgeordneten sind alle Personen männlichen Geschlechts, die zur Zeit der Wahlen das fünfundschwanzigste Lebensjahr zurückgelegt haben, zur Zeit der Wahl wenigstens drei Jahre im Großherzogtum wohnen und wenigstens seit drei Jahren die hessische Staatsangehörigkeit besitzen und seit dem Anfang des Rechnungsjahres, in dem die Wahl vorgenommen wird, zu einer direkten Staats- und Gemeindesteuer herangezogen sind. Diejenigen Städte, die mehr als einen Abgeordneten zu wählen haben, werden für die Wahl in so viel räumlich abgegrenzte Wahlkreise eingeteilt, als Abgeordnete zu wählen sind. In jedem Wahlkreise wird ein Abgeordneter gewählt. Die Wahlkreise sollen je ein zusammenhängendes Ganzes bilden und einer annähernd gleich großen Anzahl Einwohner entsprechen. Die Abgrenzung der Wahlkreise erfolgt im Wege der Verordnung, nachdem die habsbische Vertretung gehört ist. Als Abgeordneter gewählt ist derjenige, welcher in einem Wahlkreise mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Hat sich eine solche Mehrheit nicht ergeben, so ist ein zweiter Wahlgang anzubeden, bei dem derjenige als gewählt gilt, auf welchen die höchste Zahl der abgegebenen gültigen Stimmen entfallen ist. Die Stichwahlen sind damit abgeschafft. Die Abgeordneten zur Zweiten Kammer werden auf die Dauer von sechs Jahren gewählt; es wird jedoch die Zweite Kammer alle drei Jahre in der Weise teilweise erneuert, daß von den 58 Abgeordneten alle drei Jahre die Hälfte austritt und durch Neuwahlen ersetzt wird.

Vergarbeiterstreik.

Essen (Ruhr), 30. April. (B. L. W.) Auf Forderung „Hugo“ bei Buer sind die Schleppler und Pferdeträger in den Ausstand getreten. Sie fordern Lohnerhöhung.

Bei einer Militärübung verunglückt.

Oldenburg, 30. April. Beim Geschützmanöver der hiesigen Abteilung des ostfriesischen Feldartillerie-Regiments Nr. 62 auf der Alexander-Heide schlug heute morgen ein Geschütz der zweiten Batterie um und verletzte vier Artilleristen schwer.

Ueberschwemmung in Ungarn.

Budapest, 30. April. (B. L. W.) Ueberschwemmungen der Theiß bei Sziget im Komitat Maramaros haben große Verheerungen verursacht. Die Ortshaus Baho ist von den Fluten umgeben. Von Sziget bis Tisza-Lucz zieht die ganze Landstraße unter Wasser. Die Theiß ist jetzt tiefer um zwei Meter gesunken. Zahlreiche Holzhäuser sind fortgeschwemmt.

Interpellation über die Treibererren Clemenceau.

Paris, 30. April. (B. L. W.) Die Partei der geeinigten Sozialisten beabsichtigt, beim Zusammentritt der Kammer über die Maßregelung der Staatsangehörigen und die Verhaftung der Führer des Arbeiterverbandes den Ministerpräsidenten zu interpellieren.

Verarmung der Organisationen.

Paris, 30. April. (B. L. W.) Der von der Regierung vorbereitete Gesetzentwurf betreffend den allgemeinen Arbeitsverband, welcher der Kammer bei ihrem Wiederzusammentritt vorgelegt werden dürfte, soll diesen die Enaklate umfassenden Verband zwingen, sich ausschließlich mit den sachlichen Interessen zu befassen und seine politischen Treibererren einzufrieren.

Die Unruhen in Montenegro.

Cattaro, 30. April. (Melbung des Wiener f. l. Telegr. Korresp. Bur.) Nach Mitteilungen aus Bobgoriga (Montenegro) fanden dort Unruhen statt. Der Militärstatthalter und der Polizeichef von Bobgoriga sind durch Revolvergeschüsse schwer verwundet; der Täter ist geflüchtet und die Ruhe wieder hergestellt.



I. MHI

1907

WELTFEIERTAG

Volkswohlfahrt und Volkswehrhaftigkeit.

Unter den Anschuldigungen gegen die Sozialdemokratie spielte auch während der letzten Militärdebatten wieder die alte Verleumdung ihre Rolle: die Sozialdemokratie wolle die Nation wehrlos machen. Das sei ja auch natürlich, sei doch die Sozialdemokratie international.

Allerdings, die Sozialdemokratie ist international. International nicht nur im Sinne der herrschenden Klassen. Denn auch die herrschenden Klassen waren und sind ja in ihrer Art international. So z. B. die regierenden Fürstentümer. Man braucht ja nur an die schöne „heilige Alliance“ zwischen den regierenden Häuptern von Rußland, Oesterreich und Preußen zu denken. Als das Volk in den sogenannten „Befreiungskriegen“ heraustrat, gegen die napoleonische Herrschaft sein Blut verstreut hatte, vergaßen die Fürsten gar bald die dem Volke gemachten Versprechungen. Speziell Friedrich Wilhelm III. hatte noch vom Wiener Kongreß aus im Mai 1815 freiherrliche Einrichtungen versprochen. Aber bereits im September desselben Jahres schlossen die gekrönten Häupter Rußlands, Oesterreichs und Preußens die jamose „Heilige Alliance“, nach der die drei Stifter des Bundes sich „durch die Bande einer wahren und unzertrennlichen Brüderlichkeit vereinigt und verpflichtet erklärten, gleichsamals (patriarchalisch-absolutistische!) Familienväter ihre Untertanen und Heere in demselben brüderlichen Geiste zu leiten!“ Diese schöne internationale Fürsterverbrüderung entsprang vornehmlich den absolutistischen Gelüsten des Zaren Alexander, der die nur zu willfährigen deutschen Fürsten gegen die freiheitlichen Bestrebungen scharf machte. Mit liebenswürdiger Offenheit äußerte der Zar, wie der General Wolzogen in seinen Memoiren erzählt, gegenüber dem Freiherrn v. Stein, er tue das, „um die russischen Großfürsten und Großfürstinnen in's Künftige mit passenden Mariagen versorgen zu können.“ Worauf der Freiherr v. Stein antwortete: „Das habe ich freilich nicht gewußt, daß Ew. Majestät aus Deutschland eine russische Stuterei zu machen beabsichtigen!“

Seitdem ist fast ein Jahrhundert verstrichen. Daß aber die Heilige Alliance noch immer besteht, beweisen ja die Sandlangerdienste, die Preußen z. B. durch den Königsberger Prozeß unruhigen Angedenkens dem zaristischen Blut- und Schredensregiment zu leisten beflissen war!

Sollen wir noch an andere internationale Abmachungen unserer Herrschenden erinnern? Etwa an die Bemühungen unserer Brot- und Fleischwucherer, eine „grüne Internationale“ zu schaffen. An die internationalen Abmachungen gegen den „Anarchismus“? An die internationale Kolonialreflake, die das System Dernburg aus Frankreich bezog?

Man sieht, die herrschenden Massen waren und sind international, sobald es ihre Interessen zu wahren gilt, sobald es sich um die Knebelung des „gemeinsamen Feindes“, des zum Menschenbewußtsein erwachenden Volkes handelt! Gilt es freilich, etwas Vernünftiges, dem Kulturfortschritt Dienliches zu schaffen, so versagt nur zu rasch der Internationalismus der Herrschenden. Gerade bei Abstrichungsdebatten entbrannt ja die wütendste Feindschaft. Also just dann, wenn internationale Vereinbarungen auch der Masse des fromden, sternerzahlenden Volkes zugute kommen sollen, zerreißen alle Bande frommer Scheu, selbst die Blutverwandtschaftsbände zwischen Onkel und Neffen!

Das sozialistische Proletariat bekennet sich unerschrocken zur Internationalität: zur Internationalität des Kulturfortschritts und der wahrhaften Völkerverbrüderung. Warum sollte es gerade da in stupidem Nationalitätswahne verrannt sein, wo seine Interessen in Frage kommen. Warum sollte es den Besitzenden und Privilegierten zuliebe weniger Interessensolidarität bekunden, als die herrschenden Klassen der verschiedenen Nationen untereinander?

Im Gegenteil: gerade im Augenblick, wo die deutsche Bourgeoisie — mit wenigen Ausnahmen — aus lächerlichsten Gründen von einem wahren Tobsuchtsanfall des läberrassenden Nationalismus befallen ist, heißt es die Pflicht des Proletariats, den Gedanken der kulturellen Solidarität der Völker stärker denn je zu betonen! Das internationale Proletariat steht überall dem Kampfe um die koloniale Futterkrippe kühl bis ans Herz hinan gegenüber. In England sowohl wie in Frankreich steht die Klassenbewußte Arbeiterklasse genau auf demselben Standpunkt, den Deutschlands Proletariat einnimmt. Das Proletariat aller Länder steht der weltpolitischen Raub- und Raufpolitik durchaus ablehnend gegenüber. Das fehlt noch, daß sich die Völker zugunsten der Panzerplattenindustrie und der kolonialpolitisch interessierten Vankokratie die Hände brühen! Ist es aber unseren Scharmachern mit ihrer Setze selbst nicht ernst, so verdient ihre frivole Säbelrasselei erst recht die schärfste Berurteilung dem In- und Auslande gegenüber!

Gerade weil das Proletariat patriotisch im wahren Sinne ist, weil ihm das Wohl des Vaterlandes und das Wohl seiner Söhne mehr am Herzen liegt, als unseren frivolen Säbelrassele, erhebt es den schärfsten Protest gegen solche Völkerverhetzung!

Und ferner: gerade weil das deutsche Proletariat die Nation wehrhaft sehen möchte, bekämpft es den heutigen Militarismus, fordert es an Stelle unseres heutigen Militarismus die Wehrhaftmachung aller Wehrfähigen durch eine Volkswehr nach Art der schweizerischen Miliz, die nur durch ein umfassendes System der militärischen Jugend-erziehung noch verbessert werden soll. Die Sachwalter unserer herrschenden Klassen, die begreiflicherweise von einer solchen demokratischen Wehrhaftmachung nichts wissen wollen, schelten und höhnen freilich über ein solches Wehrsystem. Aber nicht, weil sie dessen militärische Leistungsfähigkeit einem äußeren Feinde gegenüber bezweifeln, sondern weil sie — und allerdings nicht ohne Grund — befürchten, daß ein solches Wehrsystem sich nicht ohne weiteres gegen den „inneren Feind“ benützen lassen würde! Das ist natürlich für das Proletariat nur ein Grund mehr, gerade für ein solches Wehrsystem einzutreten.

Ein französischer Hauptmann, Gaston Moth, der ein umfangreiches treffliches Werk über die Volkswehr veröffentlicht hat, schließt sein Buch mit folgenden Ausführungen:

„Die Großmacht, die als die erste den Mut und den gefunden Verstand haben wird, sich in eine „große Schweiz“ umzuwandeln, das heißt, mit Ausnahme einiger kleiner Verbesserungen die Grundprinzipien, nach welchen die Bundesarmee organisiert ist, annimmt, würde über ungleich größere Verteidigungsmittel verfügen, als jene sind, die ihr die gegenwärtige Armee liefert.“

Sie wird, da sie unangreifbar auf ihrem eigenen Gebiet ist und für niemand eine Gefahr bilden wird, eine bessere Garantie gegen die Kriegsgefahr besitzen, als dies heute der Fall ist.“

Sie wird durch die Errichtung einer vollständigen Verteidigungsorganisation ihre Freiheit auf einer unerschütterlichen Grundlage errichten.“

Sie wird sich ungeheure Finanzquellen schaffen, die ihr gestatten werden, ihre Schuld zu amortisieren; sie wird große öffentliche Arbeiten, die gegenwärtig darniederliegen müssen, zur Ausführung bringen, den Unterricht vervollkommen, Werke der öffentlichen Wohlfahrt, Versicherungen und Altersrenten, die das moderne Zeitalter erfordert, einrichten. . . .

Aus den vorgehenden Gründen und infolge der endgültigen Errichtung einer Sicherheit für den kommenden Tag, die für alle auf eine höhere Zeitaner berechneten Unternehmen unentbehrlich ist, wird sie in bisher ungeahnten Verhältnissen den Unternehmungsgeist, den Handel und die Industrie, kurz den Wohlstand der Bevölkerung sich entwickeln sehen.“

Sie wird für die Zukunft moralisch und physisch geistig gesunde Generationen vorkerkeln, indem sie die jungen Leute dem ungesunden Montanismus der Kaserne entzieht und allen Kindern, den starken und den schwachen, den Knaben und Mädchen, eine vollständige Erziehung zu teil werden läßt.“

So begegnen sich die Freunde der Freiheit und des Kulturfortschritts diesseits und jenseits der Landesgrenzen! Und zur Festigung dieser internationalen Begründung der wahrhaften Wehrhaftigkeit und damit zugleich des Kulturfortschritts und der Volksfreiheit beizutragen, ist die große Mission des internationalen Proletariats!

Der Sozialismus als Prophet.

„Sitten wir aber erst einmal an den Fieberkrüften Ostafrikas fest, dann werden auch noch ganz andere Forderungen an uns herantreten; dann wird es vor allen Dingen heißen: nachdem wir einmal soviel Gut und Blut für jene Lande geopfert und aufgewendet haben, ist es ein Gebot der nationalen Ehre, dieselben zu halten; was immer es kosten mag, wir müssen dafür eintreten. Dann wird in erster Linie notwendig, eine bedeutende Verstärkung der Flotte vorzunehmen, es wird ferner notwendig, eine bedeutende Anzahl von Kolonialtruppen aus deutschen Reichsmitteln zu unterhalten. Es wird dann heißen: wir müssen uns derartig in unserer Marine rüsten, daß wir im Falle einer europäischen Krise nicht nur unsere heimatischen Küsten, sondern auch unsere Kolonien in fremden Ländern ausreichend schützen und verteidigen können.“

So werden Sie mit Ihrer Kolonialpolitik Schritt für Schritt weiter getrieben, ohne daß sie heute nur entfernt imstande sind, zu wissen, welche Opfer Ihnen zugemutet werden.“

Aus einer Rede Bebels vom 26. Januar 1889.

Zeit und Bildung.

Wer sich heute unter Benutzung der Unterrichtsanstalten der bürgerlichen Gesellschaft eine möglichst umfassende Bildung aneignen will, muß zu diesem Zwecke zunächst bis zu seinem achtzehnten Lebensjahre die eigentliche Schulbank drücken. Nur das Reifezeugnis eines humanistischen Gymnasiums läßt dem jungen Studenten die volle uneingeschränkte Wahl des Studiums, wenn auch neuerdings die Real- und Reformgymnasien und Oberrealschulen mehr und mehr dem alten Gymnasium von seinen Vorzügen abnehmen. In jedem Falle beträgt die Kursdauer des vollständigen Gymnasiums mindestens neun Jahre. Die Aufnahme in die unterste Klasse erfolgt nicht vor dem vollendeten neunten Lebensjahre. Es müssen also schon viele glückliche Umstände zusammentreffen, wenn ein Gymnasiast vor oder mit seinem 18. Lebensjahre die Schule verlassen kann. In den meisten Fällen wird er erst mit neunzehn Jahren die Universität beziehen.

Wie lange er hier zubringt, hängt teils von dem erwählten Studium, teils von dem Eifer des einzelnen Studenten ab. Weniger als 8—10 Semester (4—5 Jahre) kommen fast für keine Disziplin in Betracht. In einzelnen Fakultäten geht es nicht unter 12 Semestern. Dann darf aber nicht die einjährige Dienstzeit oder ein flottes Burcheleben das Studium unterbrechen oder in die Länge ziehen. Außerdem gibt es bei den meisten Studienschülern Uebergangsjahre aus dem eigentlichen Studium in die Praxis, während welcher Zeit der Akademiker auch noch kein Geld oder doch nur sehr wenig verdient. So kommt es, daß ein akademisch gebildeter Mann im Durchschnitt 25 Jahre alt geworden ist, ehe er wirtschaftlich auf eigenen Füßen steht. Bis dahin hat er auf Kosten anderer, meistens der eigenen wohlhabenden Eltern, gelebt. Man kann also sagen, daß dem akademisch gebildeten Manne ungefähr zwei volle Jahrzehnte zur Verfügung stehen, in denen er frei von Sorge und von sonstiger niederdrückender Arbeit sich ausschließlich seiner geistigen Ausbildung widmen kann.

Wie steht es demgegenüber mit dem Volksschüler? Seine Schulzeit währt vom 6. bis zum 14. Lebensjahre, also nur 8 Jahre. Während dieser Zeit wird er mit dürftigem unzulänglichem Wissen abgepeist, und das muß er sich noch häufig genug unter erschwerenden Verhältnissen aneignen. Er hat nicht ein eigenes Zimmer oder doch behagliche Häuslichkeit, wie die meisten Gymnasialisten, sondern in dumpfen engen Stuben, bevölkert von den Eltern und den größeren und kleineren Geschwister und wohl auch von Einlogierten, müssen die meisten Volksschüler ihre häuslichen Arbeiten erledigen. Nicht können sie sich täglich durch kräftige Nahrung für ihre geistige Arbeit stärken, sondern bei ärmlicher Nahrung, in hunderttausenden von Fällen ohne jedes Frühstück und ohne warmes Mittagessen, müssen sie dem Schulunterricht zu folgen suchen. Nicht können sie sich bei Spiel und Sport und in erfrischenden Ferienreisen von der Schulanstrengung erholen, sondern häufig genug müssen sie außer der Schulzeit schwere oder ermüdende körperliche Arbeit verrichten. Nicht haben sie in Vater oder Mutter hilfsbereite Mütterlicher, sondern beide sind von der Sorge um tägliche Brot völlig in Anspruch genommen und müssen oft so weite Wege von und zur Arbeit zurücklegen, daß ihnen zur Unterstützung der Schulfähigkeit ihrer Kinder weder Zeit noch Stimmung übrig bleiben.

So ungleich verteilt der heutige kapitalistische Massenstaat Licht und Schatten in Bezug auf die öffentliche Erziehung: den Reichen wird mit Scheffeln vom Westen zugemessen, den Armen wird der Löffel mit unzulänglichster Nahrung gefüllt, oder er fällt ihnen vor Müdigkeit aus der Hand.

Um so höhere Anerkennung verdient der in der Arbeiterschaft im allgemeinen und in jedem aufgeklärten Arbeiter vorhandene Drang nach Vermehrung und Vertiefung ihrer mangelhaften Schulbildung. Seitdem die Arbeiterklasse zur Selbstständigkeit erwacht ist, seitdem sie sich bewußt als Klasse fühlt, seitdem weiß sie auch den hohen, befreienden Wert einer wahren Weiterbildung zu schätzen.

Worin eine solche Bildung besteht, und durch welches besondere Studium sie zu erwerben ist, soll in diesem Zusammenhang nicht erörtert werden, sondern nur das Verhältnis, in dem die Zeit, die dem Arbeiter für die eigene Weiterbildung zur Verfügung bleibt, zu ihrer Notwendigkeit steht.

Denn in erster Linie braucht ein bildungsbegehrter Arbeiter freie Zeit für das Studium. Wohl gehört auch noch manches andere dazu, so ein gesättigter Magen, einige Groschen Geld zum Erwerb nützlicher Bücher und ein ruhiges Plätzchen zum Lesen und Schreiben. Aber Zeit braucht man doch zunächst. Wer keine Zeit zum Lesen hat, dem nützen die schönsten Bücher seiner eigenen oder einer öffentlichen Bibliothek nichts.

An Zeit aber fehlt es dem Arbeiter heute gerade am allermeisten. Der achtstündige Arbeitstag ist fast noch in keinem einzigen Beruf eingeführt, statt dessen müssen sich Hunderttausende von Arbeitern noch bei zehner, elf- und noch mehrstündiger Arbeitszeit von früh bis spät abplagen. Der Schluß der Arbeitszeit bedeutet für den heutigen Arbeiter aber noch nicht Ruhe. Meistens muß er dann noch einen weiten Weg von seiner Arbeitsstätte bis in seine Wohnung zurücklegen, und zwar nicht nur in den ausgedehnten Hauptstädten; auch in vielen kleinen Orten liegen die Fabriken weit draußen, oder die Arbeiter wohnen in einem Nachbarort, so daß zur zehner- und elfstündigen Arbeitszeit noch leicht zwei weitere Stunden für Hin- und Rückweg hinzukommen. Ist der Arbeiter zu Hause angelangt, so muß er sich vom Fabrikstaube reinigen und essen, so daß ihm schließlich für Nachtruhe und häusliche Pflichten mannigfacher Art insgesamt kaum zehn Stunden bleiben.

Wenn der Arbeiter von dieser kurzen Ruhezeit wirklich noch ein Stündchen für das Lesen einer guten Schrift oder das Anhören eines belehrenden Vortrags zu opfern sich entschließt, so ist er häufig zu müde und abgespannt für eine solche geistige Beschäftigung. Er schläft beim Lesen oder Zuhören ein.

Am ersten Mai erhebt die Klassenbewußte Arbeiterschaft den lauten Ruf auf Einführung des Achtstundentages! Neben allen übrigen Vorteilen dieser Arbeitszeitverkürzung würde sie auch den Arbeitern die Möglichkeit schaffen, mehr als bisher an ihrer geistigen Weiterbildung zu arbeiten. Wer nach zwölfstündiger Arbeit in einstündigem Marathe abgespannt nach Hause kehrt, läßt sich leicht verführen, in einem der zahlreichen lockenden Lokale am Wege einen gefährlichen und heimtückischen Stimulus für die erschlasten Lebensgeister zu suchen. Mit der kurzen Zeit, die ihm allenfalls zu Hause noch bleibt, weiß er nichts Rechtes mehr anzufangen. Wer aber nach achtstündiger Arbeitszeit noch einen mehrstündigen Abend vor sich sieht, läßt sich viel eher, diese schöne Zeit bei gleichgültigem Wirtschaftstratsch zu verträdeln, sondern er benutzt sie zur Arbeit an sich selbst und im Interesse seiner Familie. Wenn aber der proletarische Vater durch längere Arbeitszeit wieder mehr seiner Familie zurückgegeben wird, so wird er auch wieder mehr zum Erzieher seiner Kinder, werden und auch dadurch zur Hebung der Arbeiterbildung beitragen.

In der jüngsten Zeit hat die Bildungsbewegung in der organisierten Arbeiterschaft einen gewaltigen Anlauf genommen. Bildungskurse werden gegründet, Bibliotheken werden eingerichtet oder vervollkommen, das Lesebedürfnis wird angetregt, allgemein empfunden man die Notwendigkeit, daß auf diesem wichtigen Gebiete mehr als bisher getan werden muß. Mögen die Arbeiter, wenn sie in diesem Jahre am Tage der Waise wieder die Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit erheben, auch dabei der Weiterbildung gedenken. Nicht aus Faulheit, nicht um müßig in den Kneipen zu sitzen, verlangt die Arbeiterschaft den Achtstundentag, sondern um in der genannten Zeit neben anderen wichtigen Dingen in erster Arbeit an sich selbst die schmachvolle Verunsicherung der bürgerlichen Gesellschaft an der geistigen Ausbildung der Arbeiterjugend nach Möglichkeit wieder auszugleichen, um durch eine gesunde Arbeiterbildung der Kultur einen weiteren Weg des Fortschritts frei zu machen.

Die moderne Sklaverei.

Aber was ist diese körperliche Freiheit (im Gegensatz zu der körperlichen Unfreiheit des Sklaven) wert ohne die soziale? Der Bettler hat ein Einkommen, das kaum zum Leben genügt, trotzdem genießt er größere Freiheit als der Arbeiter, der, um leben zu können, an die Arbeit gefesselt ist. Doch seine Triebe bleiben unbefriedigt. Er will ins Theater gehen, aber er hat kaum genug, um sich zu nähren. . . . Mit dem stolzen Titel, ein freier Mensch zu sein, hat er nur den Dunst statt der Wirklichkeit der sozialen Freiheit; er ist nur ein passives Mitglied der Gesellschaft. Streng genommen hat der Arbeiter nur einen Tag in der Woche, den Sonntag, wo er körperlich frei ist, alle anderen Tage ist er gebunden. . . . Die große Menge ist nur auf die körperliche Arbeit beschränkt; ihre Beschäftigung ist indirekte Sklaverei, eine Dual, von der sie sich zu befreien wünscht.

Charles Fourier.

Gewerlichkeitskampf und Mai-Ideal.

Selten haben sich um die Waise und die Waiseidee soviel Kämpfe gruppiert wie in diesem Jahre. Um die Waise direkt und um die durch die Waise propagierte Idee einer Verkürzung der Arbeitszeit, des Achtstundentages. Seit 1889 der internationale Kongreß in Paris die Waise beschloß, hat der Gedanke an eine Verkürzung der Arbeitszeit in der Arbeiterschaft unverkennbar an Boden gewonnen. Der immer wiederkehrende Hinweis auf die Notwendigkeit einer solchen Verkürzung hat seine Wirkung getan. In den siebenziger Jahren und im Anfang der achtziger Jahre war es schwer, die Arbeiterschaft für eine so ideale Forderung zu begeistern, während die Massen schnell ins Feuer

gingen, wenn es galt, um eine Lohnerhöhung zu kämpfen. Ganz anders heute. Bei allen Bewegungen sieht man in Arbeiterkreisen die Forderung nach einer verkürzten Arbeitszeit als die Hauptforderung an und beruft sich nur ungern dazu, gerade diese fallen zu lassen, wenn der Verlauf des Kampfes dazu zwingt, Konzessionen zu machen.

Das Unternehmertum seinerseits hat die Wichtigkeit dieser Forderung womöglich noch besser erkannt, als die Arbeiterschaft, daher seine heftige prinzipielle Stellungnahme gegen eine verkürzte Arbeitszeit, eine Stellungnahme, die sich selbst vom Unternehmerstandpunkt aus wirtschaftlich durchaus nicht immer rechtfertigen läßt.

So haben sich denn um die Verkürzung der Arbeitszeit äußerst heftige Kämpfe entwickelt und die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft kann mit Stolz konstatieren, daß — wie die Mafseier an Ausbreitung gewann — auch die Verkürzung der Arbeitszeit trotz des heftigsten Widerstandes von Unternehmerseite Fortschritte gemacht hat. Wo die Arbeiterschaft sich heute eines unter 10 Stunden verkürzten Arbeitstages erfreut, hat sie diese Errungenschaft nach dem Pariser Kongress von 1889 durchgesetzt. In Zeiten der Krise und Arbeitslosigkeit vom „humanen“ und von Christenliebe triebendem Unternehmertum abgewiesen, gelang es den Arbeitern zumeist, ihre Forderung in der widerkehrenden Zeit des Aufschwungs und der Hochkonjunktur durchzusetzen — und das einmal Erreichte verteidigt ein so stark organisiertes Proletariat wie das deutsche mit Händen und Füßen.

Am Ende des Jahres 1906 machten sich die ersten Anzeichen der Krise bemerkbar, die dann immer drohender und deutlicher wurden. Eine Krise pflegt meist immer den Erfolg zu haben, daß sich die politische Opposition verstärkt, daß dagegen die wirtschaftliche Stohkraft des Proletariats schwächer wird. Die neu sanierte deutsche Regierung unter der Beratung ihres Vorkensers Dornburg begriff diese Situation. Unter einem Vorwand löste sie den Reichstag auf, wobei sie kläglich verschwiegen, daß der Aufstand in Südwestsafrika bereits niedergeworfen sei. Sie brauchte die Wahlen, die nicht schon in die Zeit der Krise fiel, sondern noch unter dem Eindruck der zu Ende gehenden Hochkonjunktur stand. Zwar wurde die Sozialdemokratie bei dieser Wahl nicht, wie behauptet, „niedergeworfen“, aber die Regierung erzielte den gewünschten großen Mandaterfolg.

Noch unter den Zeiten der Hochkonjunktur hatten auch eine Anzahl Gewerkschaften Bewegungen vorbereitet, die einer Verkürzung der Arbeitszeit dienen sollten. Wie der entzündete Spieß zur Wahlurne noch unter dem wohligen Eindruck der verflochtenen Hochkonjunktur schritt, gingen die tüchtig rechnenden Industriellen an die Abwehr der Arbeiterforderungen, indem sie die kommende Krise als Faktor in ihren Schlachtplan setzten. Gewiß, den „Küchenmeistern“ in der Berliner Holzindustrie liegen derartige weitergehende Überlegungen so fern wie den „Balkenmeistern“ im Baugewerbe. Aber die Organisationen der Unternehmer haben an ihre Spitze Leute gestellt, die in der Beobachtung der Marktlage geschult sind. Die Arbeitgeberverbände stehen in Fühlung untereinander und mit der für wirtschaftliche Wendungen barometerartig empfindlichen Großindustrie und den diese versorgenden Bankinstituten. Nur durch die Ermütigung von dieser Seite konnte sich die frivol vom Zaune gebrochene Aussperrung der Berliner Tischler über ein Vierteljahr hinziehen, nur deswegen der Widerstand der Bauunternehmer in Berlin so stark sein. Und am letzten und frechsten waren die Vertreter des Großunternehmertums selber, die Beherrscher des Hamburger Hafens, die mitten im Frieden Wortwandel auf Vorwand heranzerrten, die Schauerleute niederzuzwingen.

Aber in Angriff und in Abwehr, immer spielt in diesen Kämpfen der Raigedanke seine Rolle. In Hamburg direkt. Als den Schauerleuten Forderung auf Forderung vorgelegt worden war, als die Arbeiter in allen Punkten Entgegenkommen gezeigt hatten, verlangte das Unternehmertum noch, daß sie sich bereit erklären sollten, am 1. Mai die Arbeitsruhe zu unterlassen. Aber auch, wo sich's nicht um die Mafseier direkt handelt, wo auch nur die am 1. Mai propagierte Idee der Arbeitszeitverkürzung in Frage kommt, kommt es allemal zu schweren Machtkämpfen. Und immer ist es das Unternehmertum, das es aus Anlaß dieser Forderung zur Machtprobe treibt.

Noch im Zeichen der Hochkonjunktur forderten im vergangenen Jahre die Buchdrucker eine Verkürzung der Arbeitszeit. Die sich gern als sozial verständnisvoll spreizenden Druckbarone verweigerten sie ihnen. Denn daß sie eine halbe Stunde früher Feierabend am Sonnabend zugestanden, kann man wohl als Arbeitszeitverkürzung nicht ansprechen.

Die Berliner Tischler wünschten die Herabsetzung ihrer Arbeitszeit von 62 auf 50 Stunden pro Woche. Die Unternehmer schlugen die Bewilligung dieser bescheidenen Forderung prinzipiell aus. Und als die Tischler erklärten, ohne diese und andere Forderungen keinen Vertrag eingehen zu können, stellten die Holzindustriellen die Alternative: Vertrag ohne Verbesserung oder Aussperrung. Und es kam zur Aussperrung, bei der Tausende monatelang aufs Pflaster geworfen wurden.

Noch ist das Schicksal der großen Bauarbeiterbewegung nicht entschieden. Aber kein Zweifel, wenn die Arbeiter an ihrer Forderung festhalten, werden beinahe 50 000 Menschen in den Kampf gedrängt werden, in einen Kampf, dem man die Dauer der Holzarbeiter-Aussperrung voraussetzen darf, weil sie den Achtstundentag forderten.

Man sieht, welche Wichtigkeit das Unternehmertum dieser Forderung beilegt, und man kann daran erkennen, welche Bedeutung dieselbe für die Arbeiterschaft hat. Diese hat alle Ursache, an der Mafseier festzuhalten!

Anders steht die Frage, ob der gegenwärtige Moment der rechte ist, eine Verkürzung der Arbeitszeit durchzusetzen. Die Arbeiter sind gar zu leicht geneigt, gerade in Zeiten der Krise, wo die Wirkungen der überlangen Arbeitszeit am verheerendsten und am fühlbarsten für sie sind, die Forderung einer Arbeitszeitverkürzung aufzustellen. Aber für den Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit gelten dieselben Vorbedingungen, wie für den Kampf um jedwede andere gewerkschaftliche Forderung. Nur in Zeiten der Hochkonjunktur ist der Boden gegeben, auf dem man gewerkschaftliche Forderungen durchzusetzen vermag. Das Unternehmertum ist aller sentimentalsten Regungen dar. Der Hinweis auf die Schäden der langen Arbeitszeit, der unansehnlichste statistische Nachweis über die grauenhafte Ausdehnung der Arbeitslosigkeit vermag sie so wenig einer Verkürzung der Arbeitszeit geneigt zu machen, wie die Tatsache, daß diese Verkürzung eine unmerkliche Hebung der Kultur, eine Besserung des Familienlebens und eine Kräftigung der Volksgesundheit zur Folge haben muß. Wo er Profit in Frage kommt, steigert

sich die Empfindungslosigkeit bis zur Roheit. Höht doch die „Arbeitgeber-Zeitung“ die durch solche Argumente zu überzeugenden Ideologen:

„Es ist noch gar nicht so lange her, da beschlachten unsere akademisch patentierten und nichtpatentierten Salonsozialisten das harte Los der Maurer, die während der Winterzeit zu unfreiwilliger Ruhe gezwungen und darum auf den Verdienst des Sommers angewiesen seien.“

Ein echter Kapitalist „beschlacht“ das Schicksal der Arbeiterschaft nicht. Wie wird er freiwillig den Fingern dazu rühren, dies Schicksal zu mildern. Nur durch Kampf kann die Arbeiterschaft eine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen, kann sie auch den Achtstundentag erreichen. Diesen Kampf aber darf sie nur aufnehmen, wenn alle Umstände günstig sind; frei muß sie ihre Position im Kampfe, muß sie Zeit und Stunde selbst wählen; nicht darf sie zur ungünstigen Stunde sich in einen Kampf hineinziehen lassen.

Der alte Viehknicht sagte einmal: Wenn es erforderlich sei, ändere er seine Taktik in 24 Stunden 24 mal. Nirgends wohl macht sich eine Aenderung der Taktik so oft und so schnell notwendig, wie im gewerkschaftlichen Kampfe, nirgends kann das Beharren bei einer Taktik unter veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen so schweren Schaden anrichten, wie hier. Die Aufgabe der Taktik bedeutet ja nicht die Aufgabe des Ziels. Und das ist klar: an der Mafseier, am Achtstundentag wird die moderne Gewerkschaftsbewegung unüberbrücklich festhalten!

Gewerkschaften und Klassenkampf.

Die Großindustrie bringt eine Menge einander unbekannter Leute an einem Ort zusammen. Die Konkurrenz spaltet sie in ihre Interessen, aber die Aufrechterhaltung des Lohnes, dies gemeinsame Interesse gegenüber ihrem Meister vereinigt sie in einem gemeinsamen Gedanken des Widerstandes — Koalition. So hat die Koalition stets einen doppelten Zweck, den, die Konkurrenz der Arbeiter unter sich aufzuheben, um dem Kapitalisten eine allgemeine Konkurrenz machen zu können. Wenn der erste Zweck des Widerstandes nur die Aufrechterhaltung der Löhne war, so formieren sich die anfangs isolierten Koalitionen in dem Maße, als die Kapitalisten ihrerseits sich behufs der Repression vereinigen, zu Gruppen, und gegenüber dem stets vereinigten Kapital wird die Aufrechterhaltung der Assoziationen notwendiger für sie als die des Lohnes....

Die ökonomischen Verhältnisse haben zuerst die Masse der Bevölkerung in Arbeiter verwandelt, die Herrschaft des Kapitals hat für diese Masse eine gemeinsame Situation, gemeinsame Interessen geschaffen. So ist diese Masse bereits eine Klasse gegenüber dem Kapital, aber noch nicht für sich selbst. In dem Kampf, den wir nur in einigen Phasen gekennzeichnet haben, findet sich diese Masse zusammen, konstituiert sie sich als Klasse für sich selbst. Die Interessen, welche sie verteidigt, werden Klasseninteressen. Aber der Kampf von Klasse gegen Klasse ist ein politischer Kampf.

Karl Marx im Jahre 1847.

Maitag im Wahljahr.

Das wird wohl die herrlichste Mafseier sein, die das Proletariat in Oesterreich jemals erlebt hat! Denn die Mafseier ist diesmal eine wahre Siegesfeier: die Siegesfeier des Gedankens, der dem Mafseier in Oesterreich als Triebkraft von Anbeginn innewohnt, der es begleitet hat in trüben und in guten Zeiten und der nun so glänzend erfüllt ist! Ausgerungen ist der lange, der schwere, der opferreiche Kampf, und was an jedem Maitag als die politische Grundforderung des österreichischen Proletariats verkündet ward, ist nun Wahrheit, ist unüberstehbare Wirklichkeit. Das wird an diesem Maitag das Empfinden jedes Arbeiters sein, und der volle Akkord ihrer Bemühtung, ihrer stolzen Freude wird die reichste Siegesfeier sein, die einer kämpfenden Arbeiterklasse je beschieden war.

Die Mafseier ist in Oesterreich mit dem Wahlrechtskampf untrennbar verknüpft, und so stark wurde sie von dieser politischen Forderung beherrschet, daß bisweilen ihr eigentliches Gebot, die Verkündung der kommenden Zeit, hinter den augenblicklichen Kampf weit zurücktrat. Daß die Mafseier in Oesterreich eine so gewaltige Bedeutung erlangte, daß sie sofort in den Mittelpunkt des proletarischen Lebens trat, das ist nicht zum wenigsten der politischen Rechtslosigkeit des Proletariats entsprungen. Als das internationale Proletariat den ersten Mai zu feiern begann, da war das österreichische Proletariat von der politischen Macht noch ausgeschlossen, es hatte kein Wahlrecht, kaum das bescheidenste Vereins- und Versammlungsrecht, und die staatsbürgerlich garantierte Pressefreiheit genos es nur in Form von Konfiskationen. Die Arbeiterbewegung war noch eine „Resortangelegenheit“ der Polizei, welche darüber zu wachen hatte, daß die Arbeiterschaft in die sorgfältig eingebaute bürgerliche Welt nicht eindringe, und dafür sorgen mußte, daß die heilige Ruhe und Ordnung des Spießbürgers nicht gestört werde. Aber diese offizielle Mißachtung, die Ausschließung von der parlamentarischen Macht hob die Tatsache nicht auf, daß die Arbeiter, nachdem sie die Verfolgungen und Wunden des Ausnahmezustandes überstanden, eine organisierte, zielbewußte Klasse geworden waren, an Zahl nicht gering, an politischer Schulung den Privilegierten überlegen. Deshalb empfanden sie die politische Rechtslosigkeit als eine peinigende Schmach, und in diese Sturm- und Drangzeit fiel der Mafseierbeschluss wie ein Funke, der das, was noch unbestimmt nach Entschluß rang, zur Entschlossenheit entbrennen ließ.

Der Kampf um das allgemeine Wahlrecht begann in Oesterreich mit der ersten Mafseier. Die Notwendigkeit des Wahlrechtskampfes hat die Mafseier in Oesterreich so groß gemacht und ihr zu allen Zeiten das Gepräge aufgedrückt, und aus ihr wieder empfing das Proletariat immer neue Kräfte. Mit einem Schlage, mit der ersten Mafseier, wurde das Proletariat in Oesterreich ein Faktor von unmittelbar wirkendem politischem Gewicht, einem Gewicht, dem sich die österreichische Politik nie mehr entzogen hat. Die Mafseier hat für die Gegner aus den Arbeitern, mit denen sich bis dahin nur die Polizei zu „beschäftigen“ hatte, die sozialdemokratische Partei gemacht, mit denen Regierung und Parlament rechnen mußten. So wurde die Mafseier zur Triebkraft der staatlichen Entwicklung selbst, und ihre Spuren sind den letzten 15 Jahren österreichischer Politik unverwischbar eingegraben. Wir haben in Oesterreich ruhige, und wir haben stürmische Maitage erlebt, niemals aber gleichgültige. Immer ging von dem Tage des Festes der Arbeit eine befruchtende Kraft aus, von deren Gewalt das Schwanken und Bögen verweht wurde und welche in die von dem unab-

sehbar langen Kampfe ermatteten Herzen neuen Mut, neue Energie senkte. Die Arbeiter in Oesterreich verdanken der Mafseier unendlich viel: sie hat sie geweckt, beflügelt, zur Ausdauer erzoget, sie hat sie zum Siege geführt.

Und nun ist Wahljahr, und zwei Wochen nach dem 1. Mai wird die erste große Wahlklocht geschlagen. Das ist nicht die Zeit, um zu rasten und zum Augenblick zu sagen: „Verweile doch, du bist so schön!“ — das ist die Zeit der siedernden Unruhe, der Anspannung aller Nerven. Was der Wahltag bringen wird, das wissen wir nicht; an dem unüberwindlichen Geheimnis einer Wahl unter so völlig veränderten Verhältnissen scheitern alle Rechenkünste. Aber wie immer das Ringen um die Mandate ausfallen möge, in dem Ringen der Geister, in dem Ringen um die Kräfte wird die Klassenbewußte internationale Sozialdemokratie nicht versagen. Die ersten Wahlen des allgemeinen Wahlrechts werden erweisen, daß in Oesterreich ein geschlossenes und entschlossenes Arbeiterheer lebt, welches trotz der Schwierigkeiten dieses nationalitätenreichen Staates einig ist im Wirken und verbunden durch die Tat. Die fruchtbare, die schaffende Wirkung der Mafseier wird auch in den Maiwahlen sichtbar werden.

F. A.

Die Mafseier in Ungarn.

Auch als Ausdruck der Solidarität und der Verbrüderung des Proletariats aller Länder war die Mafseier vom Pariser Internationalen Kongress 1889 geplant, und diesen Charakter trägt sie wohl nirgends so deutlich an der Stirn wie in Ungarn. Das ist ja auch ganz natürlich. Ein Freundschaftsbund hat für den Schwächeren immer mehr Wert und größere Bedeutung als für den Stärkeren. Dem Proletariate Ungarns, einem der jüngsten und schwächsten unter seinen europäischen Brüdern, mußte das beruhigende Bewußtsein, nicht ganz allein dazustehen und jenseits der geographischen Grenzen seiner Leiden stärkere Genossen zu haben, die seinen heroischen Kampf mit Sympathie und Teilnahme begleiten, ein Gefühl der besonderen Bemühtung und der Sicherheit gewähren.

Aber noch ein anderer Umstand erklärt es, warum die Idee der internationalen Zusammengehörigkeit für das ungarische Proletariat besonders bedeutungsvoll geworden ist. Auch die herrschenden Klassen Ungarns — das, was man „die ungarische Nation“ zu nennen liebt — sind verhältnismäßig schwach und haben lange unter den Unterdrückungen von seinen Oesterreich und der hababurgischen Dynastie zu leiden gehabt. Auch die herrschende ungarische Nation war und ist zum Teil auch heute noch in ihrem Freiheitskampfe auf das Wohlwollen ihrer europäischen Kollegen angewiesen. Deshalb ist die herrschende Klasse Ungarns für nichts so empfindlich wie für den Ruf, den Ungarn im Ausland genießt! Die ausländische Meinung, das ist ihre Achillesferse, da ist sie am leichtesten verwundbar. Und deshalb ist es für den Kampf des ungarischen Proletariats gegen seine Unterdrücker von so großer Wichtigkeit, wenn es sich dabei — was eben am effektivsten und wirkungsvollsten in der Maidemonstration zum Ausdruck gelangt — auf die Interessengemeinschaft und die brüderliche Solidarität mit den großen Völkern Europas berufen darf.

Der erste Mai bedeutet für die Arbeiterklasse Ungarns mehr als für das Proletariat anderer Länder. Ein wunderbares Gefühl mußte die Delegierten der ungarischen Arbeiter erfassen, als sie auf dem ersten Pariser Internationalen Kongress mit eigenen Augen sahen, welche Früchte das Streben und die Kämpfe der ererbten Brüder fremder Länder gezeitigt, und sie kamen heim mit dem festen Entschluß in ihrem Herzen, alles Menschenmögliche daran zu setzen, um recht bald auch das ungarische Proletariat als ein würdiges Glied in die große Familie der europäischen revolutionären Arbeiterklasse einreihen zu können. Der erste Schritt dazu mußte das Gelingen der Feier des ersten Mai 1890 sein: hier am ersten Mafseiertage der Arbeit mußte auch das ungarische Proletariat seinen Mann stellen!

Alsobald begann eine siederhafte Tätigkeit und eine unermüdete Agitation, geleitet von der winzigen „Arbeiterpartei“. Und der Erfolg blieb nicht aus, er war über alle Rahmen gewaltig. Trotzdem die gesamte bürgerliche Presse das Schreckgespenst der Revolution heraufbeschwor, um die frommen Bürger gruselig zu machen und die Arbeiter einzuschüchtern, und trotzdem die Unternehmer ihre Arbeiter einzeln zu terrorisieren suchten und die Behörden einen förmlichen Belagerungszustand inszenierten, strömten zu der Demonstration am 1. Mai 1890 in dem damals verhältnismäßig kleinen Pest nach Schöpfung der bürgerlichen Blätter 80 000 Arbeiter mit ihren Wagnern und Abzeichen zusammen! — Die herrschenden Massen waren perplex. Wozu war da eine Macht vorhanden, von deren Existenz man vorher keine Ahnung gehabt und welche auch dem Gegner Achtung abzwang. Wie aus dem Erdboden herborgerastet stand eine große, gewaltige Armee, gleich in ihren Interessen, wenn auch noch nicht in ihren Wegen und Zielen, eine Armee, welche täglich zahlreicher, täglich einheitslicher, täglich mächtiger werden mußte. Unter der Gewalt des Augenblicks entranzen sich denn auch der tags zuvor noch spöttelnden bürgerlichen Presse Worte der Anerkennung und der Bewunderung. Mit einem Male hatte ein neuer Faktor die öffentliche politische Bühne betreten, ein Faktor, mit dem von nun an alle anderen zu rechnen hatten.

Das hat die erste Mafseier in Ungarn geleistet. Sie hat aber noch mehr geleistet. Nicht nur die herrschenden Massen, sondern auch die Arbeiterschaft Ungarns war sich vorher ihrer selbst nicht bewußt. Erst bei jener denkwürdigen ersten Mafseiergebung offenbarte sich dem Proletariate Ungarns sein eigenes Dasein; der abgeheute Sklave des Kapitals, der bis dahin in dumpfer Resignation oder zähneknirschender Verzweiflung sein Joch schleppte, gewahrte plötzlich ein überwältigendes Heer nach Befreiung ledigender Leidensgenossen; er erkannte, daß er ein Glied einer kämpfenden Klasse war; er sah, daß er noch eine Zukunft zu erhoffen hatte! Das war das Gefühl, welches jene gewaltige Maidemonstration in den Herzen der ungarischen Arbeiter auslöste, und die nächste Zukunft sollte zeigen, daß es stark genug war, sich auch in die Tat umzusetzen.

Vor dem Mai 1890 war in Ungarn von Gewerkschaften oder Fachvereinen noch kaum eine Spur vorhanden. Der sozialistische Gedanke fristete bloß in den wenigen Bildungsvereinen ein kümmerliches Dasein. Die einzige Organisation der Arbeiterschaft bestand in der Institution der Vertrauensmänner der Werkstätten und Fabriken. Aber es wäre weit gefehlt, anzunehmen, daß diese Vertrauensmänner in der Regel Sozialisten waren; ihre einzige Bedeutung bestand vielmehr darin, daß sie die Funktionäre der Krankenkassen waren. Allerdings hatten diese Vertrauensmänner zum großen Teil jenen gewaltigen Aufmarsch am 1. Mai 1890 organisiert, aber nicht wenige Arbeiterbataillone marschierten damals hinter nationalen Fahnen einher! Unter dem unerwarteten Eindruck des 1. Mai aber nahm all dies ein jähes Ende. Eine Reihe von größeren und kleineren Streiks, die — eingeleitet vom Budapestter Wäckerfreit — unmittelbar nach dem 1. Mai ausbrachen, rüttelten fast die gesamte Arbeiterschaft

auf und erweckten sie zum Klassenbewußtsein. Ein Beruf nach dem anderen gründete seine Fachorganisationen, und ehe man sich's versah, umspannte das gewerbliche Leben Budapests, bald auch ganz Ungarns, ein ungeheures Netz von modernen Kampfgewerkschaften. Die erste internationale Maidemonstration gab den Anstoß zur Organisation des Proletariats Ungarns zur Klasse.

Selbst hat, mit der Industrialisierung des Landes, die Aufklärung und die Organisation des ungarischen Proletariats ungeahnte Fortschritte gemacht, und gleichzeitig ist auch die Märfier immer wirkungsvoller, immer gewaltiger, immer großartiger geworden. Die Märfier wurde in Ungarn seit jeher in der Form der Arbeitsruhe begangen, und heute kann man sagen, daß die Arbeitsruhe am 1. Mai eine fast vollständige ist. Selbst in staatlichen Betrieben, Eisenbahnerbetrieben und dergleichen wird die Arbeit eingestellt! Ja, es ist nicht allein die industrielle Arbeiterklasse Ungarns, die am 1. Mai feiert — auch das ländliche Proletariat löst seine Fesseln, und jubelnd und singend ziehen die Feldarbeiter und das landwirtschaftliche Gesinde hinaus, um den großen Weltfeiertag der Arbeit zu begehen. Wenn auch das organisierte Schmarotzertum Ungarns erst am Beginn seiner Entwicklung steht, so ist diese unübersehbare Geltung der Märfier natürlich doch nicht ohne mancherlei Kämpfe erreicht worden. Aber auch das hatte sein Gutes; denn jetzt wird bei allen größeren Lohnkämpfen das Recht auf die Märfier unter die Bedingungen der Arbeiter eingerechnet.

Die Märfier, die — als Demonstration — ja eigentlich bloß als Kundgebung für den Achtstundentag gemeint war, ist in Ungarn, wie überall, über ihren ursprünglichen Charakter weit hinausgewachsen: sie ist zur Verkörperung allen Verlangens und der ganzen Sehnsucht zum Symbol der vollständigen Befreiung der Arbeiterklasse geworden. Im einzelnen Falle haben ihm die speziellen Bedürfnisse des Augenblicks den Stempel aufgedrückt. So stand z. B. Jahre hindurch und steht auch diesmal die Märfier in Ungarn im Zeichen des Kampfes um allgemeine Wahlrecht. Dabei ist ihre höhere, umfassendere Bedeutung doch niemals verloren gegangen. Die Märfier war und bleibt auch für Ungarn eine erhebende Heerschau der um ihre Freiheit ringenden Arbeiterklasse zur Ermunterung der eigenen Scharen und zur Warnung der herrschenden Klassen, ein großartiges Verbrüderungsfest des kämpfenden Proletariats aller Zonen und aller Zungen.

J. S.

Die Unmoral der Herrschenden.

Seit lange geht die Entwicklung der Völker, der Atemzug der Geschichte auf eine immer steigende Abschaffung der Privilegien, welche den höheren Ständen diese ihre Stellung als höhere und herrschende garantieren. Der Wunsch nach Forterkaltung derselben oder das persönliche Interesse bringt daher jedes Mitglied der höheren Stände, das sich nicht ein für allemal durch einen großen Blick über sein persönliches Dasein erhoben und hinweggesetzt hat, von vornherein in eine prinzipiell feindliche Stellung zu der Entwicklung des Volkes, zu dem Umstürzen der Bildung und Wissenschaft, zu den Fortschritten der Kultur, zu allen Atemzügen und Siegen des geschichtlichen Lebens.

Dieser Gegensatz des persönlichen Interesses der höheren Stände und der Kulturentwicklung der Nation ist es, welcher die hohe und notwendige Unfähigkeit der höheren Stände hervorruft. Es ist ein Leben, dessen tägliche Bedingungen sie sich nur zu vergegenwärtigen brauchen, um den tiefen inneren Verfall zu fühlen, zu dem es führen muß, sich täglich widersetzen müssen allem Großen und Guten, sich betreiben müssen über sein Gelingen, über sein Mißlingen sich freuen, seine weiteren Fortschritte aufhalten, seine bereits geschehenen rückgängig machen oder verwünschen zu müssen. Es ist ein fortgesetztes Leben wie in Feindesland — und dieser Feind ist die sittliche Gemeinschaft des eigenen Volkes, in der man lebt und für welche zu streben alle wahre Sittlichkeit ausmacht.

Dieses Leben führt also notwendig zu einer gänzlichen Verengung und Verachtung alles idealen Strebens, zu einem mitleidigen Lächeln, so oft der große Name der Idee nur ausgesprochen wird, zu einer tiefen Unempfänglichkeit und Widerwilligkeit gegen alles Schöne und Große, zu einem vollständigen Untergang aller sittlichen Elemente in uns, in die eine Leidenschaft des selbsttätigen Vorteils und der Genussucht.

Ferdinand Lassalle.

Der Maitag in Frankreich.

Es ist eine ins Auge fallende und zum Nachdenken in mancher Hinsicht anregende Tatsache, daß der 1. Mai in Frankreich bisher nicht die Bedeutung erlangt hat, die er für das sozialistische Proletariat so vieler Länder besitzt: als ein Tag des nach sichtbarer Darstellung strebenden Klassenbewußtseins und einer im Praktischen nachwirkenden Begeisterung. Als auf dem ersten Kongress der neuen Internationale in Paris die Erhebung des 1. Mai zu einem internationalen festlichen Demonstrationstag für den Achtstundentag beschlossen wurde, hätte man annehmen können, dieser Entschluß würde im französischen Proletariat besonders feste Wurzeln fassen, da der Gedanke einer so furchtbaren Demonstration dem Charakter und dem Temperament des von unverwundlichem Lebensgefühl beherrschten, voll in der bunten Wirklichkeit lebenden und doch wieder zu Taten des kühnsten Entschlusses entschlossenen Volkes gerade zu entsprechen schien. Inzwischen hat die Entwicklung der Maitagsidee in Frankreich wieder einmal gezeigt, daß in der modernen Geschichte die wirtschaftlichen Bedingungen neben den unwürdigen der Klasse und Volksanlage immer stärker werden. Wenn man auch nicht übersehen darf, daß im republikanischen Frankreich die besonderen Motive fehlen, die in den Staaten mit dem stärksten politischen Druck, vor allem in Rußland, dann auch in Oesterreich, dem Maitag einen allgemeineren Inhalt und der Maitagbewegung eine entsprechend größere Triebkraft gegeben haben, so wäre das unbestreitbare Versanden des Stromes ohne den Einblick in die wirtschaftlichen Umstände doch nicht verständlich.

Gewiß hat auch in Frankreich der junge Enthusiasmus eine Zeitlang über den Wall von Hindernissen hinweggetragen. 1890 und 1891 war die Beteiligung an der Märfier sehr stark, die Arbeitsruhe recht ausgedehnt. Die Regierung der Bourgeoisrepublik schwankte von Vorbehaltmaßnahmen zitternder Angst zu tödlichen Herausforderungen der Arbeiterklasse. 1891 ließ Constans jene berüchtigte Schießerei von Fourmies anrichten, deren blutiges Andenken noch heute in der französischen Arbeiterklasse fortlebt. Aber in den folgenden Jahren verlor der Maitag sowohl in der Politik der Nation wie in der sozialistischen Agitation selbst an Bedeutung. Zwar gewährte hier und da eine sozialistische Gemeindevertretung den Kommunalen Arbeitern an diesem Tage Arbeitsruhe und beteiligte auch ihre Mitglieder bei einem Festum, aber im ganzen unternahm sich der 1. Mai wenig vom Durchschnitt trüber Fron- und Kolltage.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

Daran waren die brudermörderischen Kämpfe, die den französischen Sozialismus immer wieder zerflechten, sicher nicht schuldlos, aber am meisten schuld war die tatsächliche Unmöglichkeit, der Märfier jenen Charakter zu geben, der sie in dieser, so sehr auf das Praktische gerichteten Nation allein lebendig halten konnte: die sichtbare Erzielung in der Arbeitsruhe. Um diese zu sichern, dazu reicht die mit den Zeitumständen auf- und niederschwanfende politische Leidenschaft und auch eine starke, wohlgeleitete politische Organisation nicht hin. Die Arbeitsruhe muß in den Werkstätten den einzelnen Unternehmern abgerungen werden, sie bedarf des Sturmbods und der Schutzwehr, die nur eine ausgebildete, kampfbereite und widerstandsfähige gewerkschaftliche Organisation bietet.

Daran aber schloß es in Frankreich. So weit Gewerkschaften von einiger Bedeutung existierten, standen Kraft und sozialistischer Wille in ihnen in keinem Verhältnis zu einander, entsprach einem gutgeleiteten Kassenystem ein allzu vorsichtiger, der revolutionären Energie harter „Positivismus“ — so besonders bei den Buchdruckern —, oder es sah die temperamentvollste Propaganda ihre Anläufe immer wieder infolge des Mangels einer geschulten, disziplinierten Massenaktion ergebnislos enden. Es ist ein unbefriedigendes geschichtliches Verdienst der in den Jahren des Parteistreitens gegründeten Arbeitskonföderation, das französische Proletariat wieder mit dem Glauben an eine einheitliche revolutionäre Massenaktion erfüllt zu haben — ein Verdienst, das um so klarer hervortreten wird, je weiter die geistige Klärung fortschreitet, durch welche die anarchische Wirksamkeit kraft der proletarischen Selbstbestimmung ausgegliedert wird. Der französische Syndikalismus selbst hat schon seinen Entschluß, sich von den Anarchisten nicht ausmachen zu lassen, deutlich kundgegeben, und man darf der Entwicklung vertrauen, welche die Einseitigkeiten des „Antiparlamentarismus“ in einem organischen Wachstumsprozess überwinden wird.

Die Arbeitskonföderation also hat, indem sie das Proletariat zu einem konzentrierten Vorstoß zur Erringung des Achtstundentages aufrief, eine Maitagbewegung geschaffen, deren Methode allerdings noch sehr merkliche Abweichungen vom idealen Inhalt der Märfier zeigt, wie sie die internationalen Sozialistkongresse aufgefaßt haben. Die sozialistische Märfier gilt dem Gedanken des gesetzlichen Achtstundentages. Die Mehrheit der Arbeitskonföderation aber beschloß 1904 auf dem Generalkongress in Bourges, den Achtstundentag durch eine außerparlamentarische „direkte Aktion“ zu erringen. In diesem Sinne ward denn auch zwei Jahre lang agitiert. Die Taktik, die hierbei befolgt wurde, war dem bekannten Programm der Anarchisten von Chicago entlehnt: Die Arbeiter sollten in allen Werkstätten nach acht Stunden die Arbeit niederlegen. Als Datum für den Beginn dieser Aktion wurde der 2. Mai 1906 bestimmt; der 1. Mai aber sollte durch Arbeitsruhe gefeiert und der alle Mittel ins Auge fassenden Propaganda gewidmet werden. „Am 1. Mai 1906 an Arbeit mit nur acht Stunden!“ so war über dem Tor der Pariser Arbeitsbörse auf einem breiten Band mit Miesentexten zu lesen.

Je näher indes der Termin der Aktion kam, desto mehr waren die Leiter der Arbeitskonföderation bereit, deren Rahmen zu erweitern und deren Inhalt in einer allgemeinen Vorwärtsbewegung des Proletariats zu sehen, die auf verschiedene, den besonderen Umständen angemessene Art nach dem angegebenen Ziel hin unternommen werden sollte ohne Rücksicht auf die unmittelbare Durchsetzbarkeit der Achtstundensforderung. Tatsächlich löste sich auch der durch eine sehr rege mündliche und schriftliche Propaganda vorbereitete, aber ohne finanzielle Mittel unternommene Kampf in eine Reihe von Einzelgefechten verschiedener Verufe auf, die aber zum Teil unglücklich endeten. Nur den Buchdruckern gelang es, wenigstens mit großen Opfern, den Achtstundentag zu erobern, auf dessen Erringung sie sich schon vorher, ungeachtet der von den Syndikalisten gegen sie erhobenen Angriffe, beschränkt hatten.

Wenn nun demnach die Achtstundensbewegung der Konföderation selbst resultatlos blieb und nur in dem erschöpften Feuer der gewerkschaftlichen Agitation nachwirkte, so erreichte sie doch, daß zum ersten Male der 1. Mai ein wirklicher allgemeiner Maitag wurde. Sicher hat die tolle, von der reaktionären Presse aus Wohlpolitik geschürte Angst der Bourgeoisie und die lächerliche Nervosität der Regierung, die jene Angst noch steigerte, zu diesem Erfolg beigetragen. In Paris haben am 1. Mai 1906 nicht nur die Arbeiter der großen und kleinen Werkstätten, der Baupläze und der Erdwerke gefeiert, sondern auch die Mehrzahl der Handelsangestellten. Allerdings hatte die Stadt, auf deren Plätzen Militär bivallerte und durch deren Straßen bis tief in die Nacht Reiterabteilungen sprengten, nicht das festliche Gepräge, das in anderen Ländern der Feiertag des Proletariats dem Stadtbild verleiht. Es war nicht so sehr die zielbewusste, des Sieges sichere Begeisterung der revolutionären Arbeiterklasse als das schlechte Gewissen der herrschenden Klassen, das sichtbar wurde.

Aber immerhin, der Ruhetag war im weitesten Umfange der Bourgeoisie abgezwungen worden. Wird er nun dauernder Besitz des Proletariats bleiben? Die Beantwortung dieser Frage scheint von der Zukunft der gewerkschaftlichen Organisation abzuhängen. Situationen wie die des vorigen Jahres können sich nicht endlos wiederholen. Das Wort, daß man auf den Bajonetten nicht sitzen kann, findet auch auf die proletarische Taktik Anwendung. Das im vorigen Jahre im lobernden Elan eroberte Terrain kann nur behauptet werden, wenn jeder Fuß breit durch die gewerkschaftliche Festigungsarbeit gesichert wird. Dieser Erfolg setzt aber organisatorische Methoden voraus, die über die Enge der bisherigen syndikalistischen Formel hinausstreben. Daß die tatsächlichen Notwendigkeiten einem solchen Fortschritt die Wege bahnen, sehen wir an dem jetzigen Kampf der Gewerkschaften für die Durchsetzung des gesetzlichen Ruhetages und für die Koalitionsfreiheit der Staatsangestellten. Je näher diese Entwicklung die Gewerkschaften und die Partei zueinander führt, desto wahrscheinlicher ist es, daß die Auffassung der Märfier als eines den nahen und den ferneren Zielen des Sozialismus gewidmeten, zugleich symbolischen wie propagandistischen Festes auch im französischen Proletariat den Sieg gewinnt.

D. P.

Der 1. Mai in Rußland.

Der große Tag des Proletariats hat in der russischen Freiheitsbewegung eine Rolle gespielt, deren Bedeutung noch der Würdigung des Historikers bedarf.

Wenn wir in die Anfänge der Kämpfe der neunziger Jahre zurückblicken, wo das Proletariat Rußlands in die politische Arena tritt, sehen wir, daß es bestrebt ist, den Maitag des internationalen Proletariats auch zu dem seinigen zu machen. Die russischen Arbeiter wollten mit der großen Armee marschieren. Das kostete ihnen aber unzählige Opfer. Sie wußten, daß der Zarismus für den Tag der Arbeit seine ganze Macht aufbot. Und nicht nur an diesem einen! Schon wochenlang vor dem ersten Mai, schon Anfang April, wurde in den Industriegebieten die Polizei und das Militär verstärkt, die Hausdurchsuchungen und Ver-

haftungen kannten keine Grenzen. Das spornete aber die sozialistischen Organisationen um so mehr an, ihre sämtlichen Kräfte zu mobilisieren. Schon lange vor dem Maitag wurden eifrig die zu druckenden Flugblätter beraten und mit der größten Sorgfalt ausgearbeitet.

Man kann in den Maitagblättern ganz genau die verschiedenen Phasen der Bewegung verfolgen. Wir erkennen aus ihnen, wie die Bewegung sich immer weitere Ziele steckt, wie der opportunistische Zug Ende der neunziger Jahre, jene gewisse Scheu, die großen politischen und sozialen Ziele der Bewegung offen auszusprechen, einer kräftigen grundsätzlichen revolutionären Politik weicht. Es beginnt das Sturmklären der Revolution. Die Maitagblätter wurden in Hunderttausenden von Exemplaren ins Volk geworfen; denn jede Organisation hielt es für Ehrensache, wenigstens auf diese Weise an dem Arbeitertage zu zeigen, daß die drakonischen Polizeimagnahmen nicht imstande sind, das Leben und Wirken des neuen werdenden Rußlands zu unterdrücken.

Selbstverständlich war es nicht überall möglich, den Tag durch Versammlungen und Manifestationen zu feiern. Die Straßen waren ja um den 1. Mai des Auslandes es sowohl wie 13 Tage später, also um die Zeit des russischen 1. Mai, gewöhnlich mit Kosakentruppen überfüllt.

Es glückte den Arbeitern aber trotzdem nicht selten, der Polizei ein Schnippchen zu schlagen. Besonders in Warschau tat sich in dieser Hinsicht hervor. In Kostow am Don, in Nizza, Kiew, Wilna und anderen Städten gelang es den organisierten Arbeitern, große Versammlungen abzuhalten, die freilich oft mit schweren Opfern bezahlt werden mußten.

Mit blutigen Letzern also ist der Arbeitertag in die Blätter der Geschichte der Freiheitsbewegung Rußlands eingetragen. Die Hoffnungen aber haben nicht getäuscht. Die Saat ist aufgegangen. Aus all den unzähligen sozialistischen Zirkeln und kleinen Kreisen, die vor wenigen Jahren in dem großen Lande zerstreut waren, ist jetzt ein sozialistisches Arbeiterheer geworden, das in mutigen Kämpfen dem Absolutismus eine Position nach der anderen abringt. Mag auch der Schrecken noch walten, das Ungeheim ist tödlich verwundet, es kämpft um seine letzten Stunden. Dieses nationale Werk aber ist die Tat und die Arbeit des Proletariats, das es verstanden hat, auch die übrigen demokratischen Schichten des Landes zum Kampfe mitzureißen.

Das Ziel des Proletariats liegt aber weiter. Unzählige Hindernisse werden ihm noch in den Weg gelegt werden; es wird neue Opfer bringen müssen. Die aber scheut es nicht. Seine Erfolge geben ihm Mut und Ausdauer. Auch die letzten Ruinen des Zarismus werden einstürzen, und dann wird die Arbeiterklasse Rußlands zu neuen Waffentaten schreiten in dem großen Kampf gegen die Unterdrückung des Menschen durch den Menschen in der bürgerlichen Gesellschaft.

W. A.

An die Gewerkschaften und Arbeiter Berlins!

Genossen! Arbeitsbrüder! Der 1. Mai, das Weltfest der Arbeit, ist wieder gekommen. Die Klassenbewusste Arbeiterklasse aller Kulturländer wird zum 18. Male den Weltfeiertag der Arbeit festlich begehen. Wiederrum beachtlichen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter die Feier des Tages durch Arbeitsruhe zu begehen, trotz der Maßnahmen, mit denen ein von Nachdunkel besetztes Unternehmertum den die Arbeit ruhenlassenden Arbeitern droht.

Arbeiter! Parteigenossen! Es gilt Protest zu erheben gegen alle Maßnahmen, welche das Koalitionsrecht der Arbeiter zu gefährden geeignet sind, gegen die dem Unternehmertum willfährigen Maßnahmen, Verordnungen und Entscheidungen landes- und ortspolizeilicher Körperchaften!

Es gilt aber auch zugleich Protest zu erheben gegen die den Weltfrieden in erster Reihe bedrohende abenteuerrische Weltpolitik, deren Verwirklichung dem arbeitenden Volke von neuem eine erhebliche Steigerung der Gut- und Blutsteuer auferlegt; gegen eine Weltmachtspolitik, die dahin führen muß, die Völker in blutigem Kampfe gegen einander zu hegen.

Angeichts einer solchen Politik empfiehlt der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission den Gewerkschaften folgende Resolution zur Annahme:

„In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Kongresse der Arbeiter aller Länder und mit den Beschlüssen der Parteitage der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, befehlen die Versammelten, daß sie mit aller ihnen zu Gebote stehenden Kraft eintreten für die Verwirklichung der Gedanken, die durch die Märfier zum Ausdruck gebracht werden.“

Die Versammelten betrachten die Klassenbewussten Proletarier aller Länder als Kampfgenossen, mit denen sie gemeinsam für die Völkerbrüderung, den Völkerfrieden und Förderung des Kulturfortschrittes kämpfen.

Die Versammelten erklären, einzutreten für die Befreiung der Arbeiter von jeglicher Ausbeutung und jeglicher Unterdrückung.

Die Versammelten fordern eine wirksame Arbeiterschutzgesetzgebung, in der mindestens bewilligt werden muß:

- ein höchstens acht Stunden dauernder Normalarbeitstag;
- eine mindestens 30 Stunden dauernde Ruhepause für jeden Arbeiter in jeder Woche;
- Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder im Alter von unter 14 Jahren.

Die Versammelten fordern die rechtliche Gleichstellung aller Arbeiter ohne Unterschied des Geschlechts, ganz gleich, ob sie in Industrie, Landwirtschaft, Handel und Verkehr oder im öffentlichen oder Gefindedienst ihre Arbeitskraft verkaufen. Die Versammelten fordern die Erweiterung der politischen und wirtschaftlichen Rechte für die Arbeiter. Vor allem Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts mit geheimer Stimmabgabe für alle über 20 Jahre alten Personen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen, Sicherstellung des Koalitionsrechtes, volle Vereins-, Versammlungs- und Pressefreiheit und Erweiterung der Rechte der Arbeiter bei der Arbeiterversicherung.

Zur Wahrung der politischen Rechte schließen sich die Klassenbewussten Arbeiter in der sozialdemokratischen Partei zusammen; zur Erlämpfung wirtschaftlicher Vorteile vereinigen sich die Arbeiter in den Gewerkschaften. Diese Organisationen sind ein dauernder Protest gegen die bestehende Unterdrückung und das Machtmittel zur Erringung weiterer Rechte. Der vereinigte Kampf des Proletariats aller Länder ist das wirksamste Mittel zur Befreiung der Arbeiterklasse.

In dieser Erkenntnis werden die Versammelten mit aller Kraft für den Ausbau der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse wirken.“

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Gesamteinstellungsverantw.: Th. Olske, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag, Berlin SW.

Reichstag.

42. Sitzung vom Dienstag, den 30. April 1907, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Fürst v. Bülow, Graf Posadowski, Hr. v. Stengel, Hr. v. Eichlich, Dernburg. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Etats des Reichslanzlers und des Auswärtigen Amtes.

Auf Vorschlag des Präsidenten wird zunächst die Frage der auswärtigen Politik behandelt. Zur Beratung stehen folgende Resolutionen.

Erstens die des Zentrums:

Den Herrn Reichslanzler zu ersuchen, dem Reichstage periodisch über die internationalen Beziehungen des Deutschen Reiches urkundliches Material zugehen zu lassen.

Zweitens die der Freisinnigen und Genossen:

Den Herrn Reichslanzler zu ersuchen, Schritte zu tun, um durch internationale Verhandlungen eine Vereinheitlichung des Wechselrechts der für den Wechselverkehr vorwiegend in Betracht kommenden Staaten in die Wege zu leiten.

Hr. v. Hertling (Z.): Meine Freunde haben eine Resolution eingebracht, in welcher der Reichslanzler ersucht wird, dem Reichstage periodisch urkundliches Material über die auswärtige Politik vorzulegen. Eine häufigere Beschäftigung des Reichstages mit den Fragen der auswärtigen Politik wäre sehr erwünscht.

Bevor ich mich den Fragen der auswärtigen Politik zuwende, will ich bemerken, daß wir hierbei jede Erinnerung an innere Zwistigkeiten werden zurücktreten lassen. (Lebhaftes Bravo! rechts.) Vor einem Jahre gab der Reichslanzler seiner Befriedigung über die Konferenz von Algiciras Ausdruck. Ich weiß nicht, ob diese Befriedigung heute noch eine ungeteilte ist. In Frankreich, selbst in ernsthaften Kreisen, meint man, Marokko solle für Deutschland ein Ausgleichsobjekt für die Bagdadbahn bilden. Ich kann einen solchen Zusammenhang nicht anerkennen.

Ich wende mich nun zu dem, was in der letzten Zeit am meisten besprochen worden ist, die sogenannte Einreisepolitik des Königs von England. In der Tat hört man viel von Einverständnissen zwischen auswärtigen Mächten, ohne daß dabei von Deutschland die Rede ist. Das mag vielleicht nicht schmeichelhaft sein für Deutschland, viellecht auch nicht angenehm, aber man soll doch nicht übertreiben. Die Ausstellungen, daß die neuen Gruppierungen sich gegen Deutschlands Oberherrlichkeit richten, finden sich vor allem auch nicht in der deutschen, sondern in der französischen Presse. Festzustellen ist, daß Deutschland immer von Weltmächtsaspirationen, von dem Gedanken einer Oberherrschaft frei gewesen ist. Von diesem Gesichtspunkte will ich die Gruppierungen der Mächte betrachten. Die französisch-englische Entente ist nicht von heute und bedeutet keine Gefährdung des Friedens. Ob die Verständigung Englands mit Rußland über Zentral-Asien schon perfekt ist, weiß ich nicht. Jedenfalls glaube ich nicht, daß unsere Interessen dadurch gefährdet, daß deutsches Kapital in Zentral-Asien ausgeschloffen werden soll. In der Verständigung Englands mit Japan können wir nichts ändern, seitdem nach Beendigung des japanisch-chinesischen Krieges eine Verständigung gegen Deutschland eingetreten ist. Aber eine Gefahr liegt darin für uns nicht.

Die neueren Zusammenkünfte des Königs von England mit denen von Spanien und Italien darf man ebenfalls nicht überschätzen; auf Monarchenzusammenkünfte soll man überhaupt nicht zu großes Gewicht legen (Sehr richtig!); die realen Interessen können zu ganz anderen Gruppierungen der Mächte führen als die Reigungen und Antipathien der Fürsten. Zu einer dauernden, geschlossenen Front der anderen Mächte gegen Deutschland fehlt es an der dauernden Gleichmäßigkeit der Interessen. Ich befreite, daß wir überhaupt mit einer dauernden Feindschaft Englands und Frankreichs gegen Deutschland rechnen müssen. Schon in Deutschland kann die Reigung eines ein z e i n e n nicht maßgebend sein für die auswärtige Politik, noch viel weniger in England. Auch das französische Volk halte ich für friedlich gesinnt; allerdings geht meine Sympathie für Frankreich nicht so weit wie die einiger Herren von der äußersten Linken.

Zu der in der letzten Zeit aufgerollten Abrüstungsfrage kann ich mich kurz fassen: An eine Abrüstung im vollen Maße denkt niemand. Kommt das aber nicht in Frage, so handelt es sich nur um eine akademische Doktorfrage!

Dem Frieden wird gedient, wenn Deutschland an der Diskussion darüber sich gar nicht beteiligt! (Sehr richtig! rechts, beim Zentrum und den Nationalliberalen.) Mögen die übrigen Nationen die Frage diskutieren, sie werden sich bald von der Unfruchtbarkeit dieser Diskussion überzeugen. — Jedenfalls sind wohl alle in diesem Hause einig darin, daß wir eine ruhige, konsequente, friedliche Politik wünschen, daß wir aber den Schein vermeiden wollen, als wünschten wir das aus einem Gefühl der Schwäche. (Lebhafter Beifall.) Das haben wir nicht nötig. (Lebhafter Beifall rechts, im Zentrum und bei den Nationalliberalen und Freisinnigen.)

Hr. Winkler (L.): Die Rede des Herrn Vordreders befaßt mich in der Auffassung, daß die heutige Verhandlung eine möglichst große Einmütigkeit des Reichstages in den Fragen der auswärtigen Politik ergeben wird. Ich hoffe, daß die Ausführungen des Herrn Reichslanzlers, wenn er sie uns geben kann, von demselben optimistischen Geiste getragen sein werden wie die Auffassungen des Herrn Vordreders. Wir wünschen durchaus den Frieden, solange man uns in Frieden läßt. Unser bestes Mittel ist unser gutes Gewissen in Verbindung mit unserer schlagfertigen Armee. (Bravo! rechts.) Der sonderbaren Auffassung des Herrn Carnegie, als ob Deutschland mit seiner starken Armee der Friedensförderer sei, ist Herr Prof. Münsterberg mit Recht entgegengetreten. Wir danken Herrn Münsterberg, daß er deutlich da drüben in Amerika zu sprechen verstanden hat. (Bravo! rechts.) Wir danken auch dem Herrn Kriegsminister für seine Worte vor acht Tagen; es waren schlichte Worte ohne Aufwendigkeit, wie wir sie von ihm gewohnt sind. Er hat uns bekräftigt, daß unsere Armee schlagfertig ist und daß die Kriegsverwaltung die Armee als ein Friedensinstrument betrachtet. Und wenn er weiter feststellen konnte, daß der Reichstag bereitwillig die notwendigen Mittel für die Heeresverwaltung bewilligt hat, so werden wir dafür sorgen, daß das die Kriegsminister auch in Zukunft werden können. (Bravo! rechts.)

Was die Abrüstungsfrage anlangt, so ist ihre Behandlung ja erst nachträglich von anderer Seite für die Haager Konferenz angeregt worden. Die Hauptaufgabe der Konferenz soll sein, den Seekrieg — humaner zu machen! Wir hoffen, daß in dieser Beziehung die Konferenz zu einem günstigen Resultat kommt, das dazu dient, den Krieg zu humanisieren. Die Zeiten Kaiser Wilhelms und Bismarcks haben uns ein feines Gefühl für nationale Ehre und Würde gegeben. Wir erwarten, daß unsere Vertreter im Haag alles abtun, was die freie Entfaltung unserer Seele über das Maß der Rüstungen einschränken könnte, die wir sich richtig halten im Interesse unserer nationalen Wachststellung. (Bravo! rechts.)

Hr. Wassermann (natl.): Der Resolution des Zentrums: „dem Reichstage periodisch urkundliches Material über die auswärtigen Beziehungen zugehen zu lassen, werden wir zustimmen.“ Auf die Marokkofrage will ich nicht näher eingehen, nur der Freude darüber Ausdruck geben, daß Deutschland dort für wirtschaftliche Unternehmungen eine offene Tür findet.

Bezüglich Americas möchte ich, daß die freundschaftlichen Beziehungen auch zu einem Handelsvertrag führen möchten. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Mein Vordredner hat von den Aufgaben des Haager Kongresses gesprochen. Bei der Entwicklung des Seekrieges müssen die humanitären und privatrechtlichen Fragen vor den nationalen und staatsrechtlichen zurücktreten. Das gilt z. B. für die Frage der See-

minen, welche die Waffe des Schwächeren ist; wir müssen sie vom Standpunkt des Schutzes unserer Küsten betrachten. (Sehr wahr! bei den Nationalliberalen.)

Seit einem Jahre hat die Spannung der Gemüter bei uns zugenommen. Sympathisch hat uns bedrungen in der neulichen Rede des Kriegsministers behauptet, daß die Armee kriegsfertig ist. Das wird im Auslande beachtet werden. Aber auch die Versicherung des Abg. Koste, daß die Sozialdemokraten in der Beurteilung von Angriffskriegen gegen Deutschland mit uns einig sind, wird im Auslande Beachtung finden und dort die Illusion zerstören, als ob im Falle eines Krieges bei uns innere Unruhen entstehen würden.

Die Bedeutung von Friedenskonferenzen kann keine erhebliche sein. Daß von England die Abrüstungsfrage auf die Tagesordnung der Haager Konferenz gesetzt ist, entspringt Rücksichten auf die innere Politik Englands, die für uns nicht maßgebend sein kann; ihre Unmöglichkeit wird in der Presse aller Länder anerkannt! — Wir haben mit den Erfahrungen von Algiciras zu rechnen und mit der dort zutage getretenen Isolierung Deutschlands, abgesehen von Oesterreich, das uns treu zur Seite gestanden hat. Englands Rüstungen, seine fortgesetzten Schiffbauten sehen auch nicht nach Abrüstung aus, so wenig wie die Verstärkung seines Landheeres.

Gleich Herrn v. Hertling halten auch wir das französische Volk für friedlich; aber andererseits liegen doch Gründe des Mißtrauens vor. Gerade die sozialdemokratische Presse, der „Vorwärts“ sowohl wie die „Sozialistischen Monatshefte“, haben zuerst von dem Mißtrauen gegen das Ministerium Clemenceau gesprochen.

Auch mit Italien sind unsere Beziehungen nicht bessere geworden. Im November hat der Reichslanzler gesagt, daß eine Einreisepolitik Deutschlands bedenklich sein würde. Die „Germania“ hat sich vor kurzem nicht so ausgesprochen, wie heute Freiherr v. Hertling. Auch in freisinnigen Kreisen ist die Anschauung von einer Einreisepolitik Deutschlands vorhanden, und selbst der „Vorwärts“ schreibt, daß die Sozialdemokraten Englands dort ein erstes Wort reden müßten; auch der „Vorwärts“ hat die Anschauung von der Einreisepolitik Deutschlands. Die Gründe für diese Tatsache findet die Sozialdemokratie einfach in den Fehlern unserer internationalen Politik. Gewiß leugnen wir nicht, daß Fehler gemacht sind. Aber der eigentliche Grund liegt tiefer. Daß wir unbeliebt sind, hängt mit dem Wachstum unserer Macht zusammen. Unsere Flotte ist keine Drohung gegen England, sondern notwendig zum Schutz unserer Kolonien und Küsten.

Auch meine politischen Freunde begrüßen jede Annäherung zwischen den Völkern. Wir wünschen die Politik frei von unterverantwortlichen Einflüssen. Wir empfehlen eine Politik der Ruhe, nicht der großen Worte, der Telegramme. Es sind durch eine Reihe von Reden, deren Tragweite überschätzt worden ist, Mißverständnisse hervorgerufen worden. Wenn eine Isolierung Deutschlands Platz greift, so wollen wir sie mit einem Gefühl des Stolzes tragen. — Wir wünschen ferner eine gute Diplomatie. Der Reichslanzler möge ermögen, ob nicht der Kreis, aus welchem die Personen für unsere Diplomatie genommen werden, zu eng gezogen ist.

Vor allem aber muß unser Heer tüchtig sein. Das Pulver trocken halten und das Schwert scharf, das ist die beste Friedenspolitik! (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Hr. Fürst v. Passfeld (Rp.): Die Leitung unserer auswärtigen Politik liegt nach unserer Überzeugung in bewährten Händen. (Bravo! rechts.) Die Angriffe gegen den Leiter unserer jetzigen Politik gehen wohl nur von Hintertreppenteuten aus, die Vögel seinerzeit „Maulwürfe“ nannte. Im übrigen würden auch wir eine Hinzuziehung weiterer Elemente zum staatsmännischen Dienst begrüßen. (Sehr richtig! links.) Vor allem wäre eine bessere wirtschaftliche Ausbildung der Diplomaten notwendig. (Sehr wahr! links.) Unsere sogenannte „Folierheit“ ist wohl vor allem darauf zurückzuführen, daß wir Realinge, Emporkömmlinge sind, die bekanntlich immer den Reiz ihrer Konkurrenten erregen. Aber unsere Konkurrenten sollen bedenken, daß wir noch immer um das Viersache an wirtschaftlicher Entwicklung hinter England zurück sind. Wir denken aber nicht daran, jemand zu bedrohen, wir Deutschen sind das friedfertige Volk. Nur Karren können behaupten, daß wir an Sonderwert denken, dabei würden wir uns nur den Rogen verderben. Den schlüsselfrigen Boden der Abrüstungsfrage, die nur zu neuen Verwicklungen führen könnte, wollen wir nicht beschreiten. Leider ist in letzter Zeit eine gewisse Nervosität bemerkbar gewesen. (Sehr wahr! rechts.) Das Land würde dem Reichslanzler danken, wenn er dafür sorgen würde, daß dieses Unbehagen und diese Nervosität verschwindet. (Bravo! rechts.)

Hr. Dr. Wiemer (fr. Rp.): Auch wir würden es begrüßen, wenn der Reichslanzler uns authentisches Material über die auswärtigen Beziehungen zugehen ließe. Tatsächlich herrscht bei uns eine gewisse Spannung und Nervosität; das Parlament ist davon frei und wird um so besser wirken können, je mehr es zur Mitwirkung auch bei der auswärtigen Politik berufen wird. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Bei allem Vertrauen zur verantwortlichen Leitung sind wir uns klar, daß manche Plötzlichkeit verwirrend wirkt hat.

Die Isolierung und Einreisepolitik Deutschlands haben zweifellos Fortschritte gemacht; doch dürfen wir das nicht überschätzen. In letzter Instanz entscheiden die Gesinde der Völker nicht dynastische Reigungen, sondern die realen wirtschaftlichen Interessen. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Gewiß sind wir Englands Konkurrent, aber auch sein sehr guter Kunde. In Englands Abrüstungsvorschlag sehen wir keinen gegen Deutschland gerichteten Akt, die Befugnis freiwillig, die Höchstgrenze unserer Kriegsrüstungen festzusetzen, können wir nicht einer internationalen Konferenz einräumen. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Reichslanzler Fürst Bülow: Alle Redner, die bisher das Wort ergriffen haben, haben auch die im Juni dieses Jahres bevorstehende Haager Konferenz

berührt. Ich will über diesen Gegenstand zunächst das Nachstehende sagen: Ende des Jahres 1904 hat der Herr Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika Einladungen zu einer neuen Haager Konferenz ergehen lassen. Sie sollte sich angesichts mancher schwerer, während des russisch-japanischen Krieges akut gewordener Neutralitätsfragen hauptsächlich mit der Weiterbildung des Seekriegsrechts beschäftigen. Diese Anregung ist dann im Jahre 1905 von der russischen Regierung aufgenommen worden. Die Vorkarbeiten für die Konferenz haben sich zu einem eingehenden Programm verwickelt, das auf den russischen Vorschlag hin die Zustimmung der Mächte gefunden hat. Nach diesem Programm soll sich die zweite Haager Konferenz mit der Verbesserung oder Ergänzung der Bestimmungen der drei Haager Abkommen über die Schiedsprechung, über den Landkrieg und über die Anwendung der Genfer Konvention auf den Seekrieg sowie mit der Ausarbeitung eines Seekriegsrechts beschäftigen. Aus der Thronrede ist Ihnen bekannt, daß die deutsche Politik diese russischen Vorschläge sympathisch begrüßt hat und daß sie bereitwillig mitwirken wird, um ein praktisches Ergebnis der zweiten Haager Konferenz zu sichern. Das Programm der Konferenz scheint sehr zweckmäßig ausgewählt zu sein. Es umschließt solche Fragen, für welche Fortschritte des geltenden Völkerrechts besonders erwünscht sind. Wir haben deshalb die Einladung der russischen Regierung gerne angenommen. Außerhalb des von Rußland aufgestellten Programms haben sich die Mächte auch mit der Frage beschäftigt, ob es zweckmäßig sei, auf der Haager Konferenz Gedanken zu erörtern, die Bezug haben auf einen Stillstand oder eine Verminderung der Rüstungen. Diese Gedanken, diese Erörterungen sind bisher noch

nicht bis zur Formulierung eines bestimmten Vorschlages gediehen. Die englische und die spanische Regierung und ähnlich auch die russische haben sich nur das Recht vorbehalten, diese Frage auf der Haager Konferenz zur Diskussion zu stellen. Die Befürworter der Abrüstungsfrage — ich gebrauche, wie die Herren Vordredner, der Kürze halber diesen Ausdruck — wollen mit der Verantwortlichkeit dieses Gedankens eine bessere Bürgschaft für den Frieden schaffen. Wer wollte solche Motive nicht durchaus billigen? Es fragt sich nur, ob die Erörterung dieser Frage auf einer Konferenz ein geeignetes Mittel ist, um der Verwirklichung dieses Gedankens näher zu kommen. Die Erörterung auf der ersten Haager Konferenz hatte nur das Ergebnis, daß die Mächte aufgefordert wurden, das Problem näher zu prüfen. Die deutsche Regierung ist dieser Aufforderung nachgekommen, hat aber keine Formel gefunden, die der großen Verschiedenheit der geographischen, wirtschaftlichen, militärischen und politischen Lage der verschiedenen Staaten gerecht würde und geeignet wäre, diese Verschiedenheiten zu beseitigen sowie als Grundlage für ein Abkommen zu dienen. Wir ist auch nicht bekannt, daß andere Regierungen glücklicher gewesen wären und eine solche Formel gefunden hätten. Solange aber nicht einmal sichere Hoffnung auf eine betriebende Lösung dieser Frage und auf die Möglichkeit ihrer praktischen Durchführung besteht, vermag ich mir auch von ihrer Erörterung auf dieser Konferenz nichts zu versprechen. (Sehr richtig!)

Es liegt im Gegenteil die Gefahr vor, daß durch die Erörterung der widerstreitenden Interessen eine zweckwidrige Wirkung eintritt. (Sehr richtig! rechts und bei den Liberalen.) Es ist nicht zu bestreiten, daß schon die Aussicht auf eine Behandlung dieser Frage auf der Konferenz keine beruhigende Wirkung auf die internationale Lage ausüben kann. (Sehr richtig!) Als es sich im Jahre 1873 darum handelte, auf einer Wäffeler Konferenz das Kriegsvölkerrecht zu beraten, erklärte der englische Lord Davis im Namen der englischen Regierung: Die englische Regierung kann sich an der Konferenz nicht beteiligen, wenn die Frage des Völkerrechts überhaupt berührt wird. (Hört! hört!) Das gleiche hätten wir jetzt auch tun können, und unsere Beteiligung an der Haager Konferenz davon abhängig machen können, daß die Abrüstungsfrage nicht diskutiert würde. Mit Rücksicht auf das russische Programm haben wir das nicht getan, sondern wir beschränken uns darauf, diejenigen Mächte, die sich einen Erfolg von der Diskussion versprechen, diese Diskussion zu leiten zu lassen. (Lebhafter Zustimmung rechts und bei den Liberalen.) Es ist nun die Befürchtung ausgesprochen worden, daß unsere Zurückhaltung in dieser Spezialfrage uns in den Ruf bringen könnte, aus eitlem Kriegslust oder militärischem Ehrgeiz oder aus sonstigen selbstsüchtigen Motiven ein ehres Friedenswort zu stören. Ich habe Grund zu der Annahme, daß auch andere Mächte eine der unsrigen ähnliche Haltung einnehmen werden. (Hört! hört!) Es gibt in England, in Frankreich, in Italien und in Amerika Freunde des Friedens und der Zivilisation genug, die dem Frieden am besten zu dienen glauben, wenn sie keine Illusionen aufkommen lassen und bei der Verfolgung idealer Zwecke die Realität nicht aus den Augen verlieren. (Sehr wahr!) In meiner Befriedigung habe ich neuerdings eine Auslassung in diesem Sinne auch in einem sozialdemokratischen Blatte gefunden. „Spät kommt Ihr, doch Ihr kommt!“ (Weiter!) Hoffentlich bleibt es nicht bei diesem ersten Schritt. Trotzdem in der Welt Unbehagen gegen Deutschland reichlich vorhanden ist, ist Deutschland von keiner Seite angegriffen worden und — ich füge noch hinzu — hat es auch niemanden angegriffen. Wir haben unsere militärische Stärke niemals mißbraucht und werden das auch in Zukunft nicht tun. (Bravo!) Nicht nur technisch, sondern auch moralisch hat sich unsere Rüstung als ein gutes Friedenswerkzeug bewährt. Wir wünschen nicht wieder in einen Zustand zu geraten, wo man sang: „Was ist des Deutschen Vaterland!“

Wir ist von manchen Seiten übergenommen worden, daß wir uns an der Diskussion über die Abrüstungsfrage nicht beteiligten. Wir könnten dies ja gefahlos tun, da dabei doch nichts herauskommen würde, als allgemeine Betrachtungen und Redensarten. Es erschien mir aber richtiger und auch wichtiger, offen zu sagen, daß wir uns an dieser, nach unserer Überzeugung, wenn nicht bedenklichen, so doch unpraktischen Diskussion nicht beteiligen können. Wir denken aber nicht daran, unsere Auffassung er zu zeigen zu wollen, und wenn bei der Erörterung der Abrüstungsfrage etwas Praktisches herauskommt, werden wir gewissenhaft prüfen, ob es dem Schutze unserer Friedens, ob es unseren nationalen Interessen, ob es unserer besonderen Lage entspricht. (Lebhafter Zustimmung.) Ich stelle mit Bewunderung und Dankbarkeit fest, daß die Gesichtspunkte, die ich soeben entwickelt habe, sich im wesentlichen decken mit den Ausführungen der Vertreter aller bürgerlichen Parteien. Gestützt auf diese Einmütigkeit, wird Deutschland auf der Haager Konferenz durch sein tatsächliches Verhalten beweisen, daß wir alle Bestrebungen, die geeignet sind, den Frieden, die Zivilisation und Menschlichkeit praktisch zu fördern, aufrichtig unterstützen. (Lebhafter Beifall.)

Ich möchte jetzt eingehen auf den von mehreren Seiten berührten

Antrag Hompesch und Genossen.

Ich halte den von mehreren Vordrednern ausgesprochenen Wunsch des Reichstages, über Gang und Stand unserer auswärtigen Politik unterrichtet zu sein, für durchaus berechtigt. Seitdem ich an dieser Stelle stehe, bin ich bemüht gewesen, diesem Wunsche Rechnung zu tragen. (Weiter! bei den Sozialdemokraten.) Hat es je im Inlande oder im Auslande einen Minister gegeben, der sich über Fragen der Außenpolitik so oft, so ausführlich, so frei mütig ausgesprochen hätte wie ich? Diese Anerkennung haben mir selbst feindliche Blätter oft gezollt. Wenn der Antrag Hompesch sich auf diese Forderung beschränkt hätte, würde ich gern eine entgegenkommende Erklärung abgeben. Der Antrag fordert aber mehr: er fordert, daß dem Reichstage über die internationalen Beziehungen des Deutschen Reiches periodisch urkundliches Material zugehen solle. Dieser Forderung widersprechen schwerwiegende Gründe. Der Antrag enthält ein Verlangen, das auch in anderen Ländern, auch in rein demokratischen oder ganz parlamentarischen Staaten nicht aufgestellt, geschweige denn erfüllt werden könnte; denn seine Erfüllung würde die salus publica (öffentliche Wohlfahrt) gefährden. Bei dieser Gelegenheit möchte ich an einen Vorgang aus jüngster Zeit erinnern: In der französischen Deputiertenkammer fragte ein Abgeordneter an, ob zwischen Frankreich und England eine Militärkonvention bestünde. Gewiß eine schwerwiegende Frage von großer Bedeutung für das französische Volk! Der Herr Ministerpräsident aber antwortete schlankeweg: „Ich weiß es nicht, aber ich glaube es nicht.“ (Weiter!) Der Fragesteller nannte die Antwort zwar ungedeuerlich, in der Kammer aber wurde sie nicht ernstlich getadelt. Die Mehrheit verstand diese Antwort der Regierung vollständig. — Im englischen Parlament ist es häufig vorgekommen, daß Minister dringende, eingehende Fragen über Probleme der auswärtigen Politik entweder gar nicht oder nur mit „Ja“ oder „Nein“ beantwortet haben. Die Verantwortung für die auswärtige Politik kann eben sehr schwer geteilt werden. Der entscheidende Stoß muß derjenigen Stelle vorbehalten sein, die über alle Einzelheiten orientiert ist, der das ganze Material zur Verfügung steht, die in der Lage ist, sich über jedes einzelne Detail zu orientieren. Ich werde bestrebt sein, dem berechtigten Wunsche der Volksvertreter nach Klarheit auf dem Gebiete der auswärtigen Politik auch fernerhin zu entsprechen, kann aber nicht eine Verpflichtung auf mich nehmen, deren Erfüllung Unzuträglichkeiten für das Land mit sich bringen würde. (Bravo! rechts.) Gewiß, es gibt Zeiten und Umstände, wo die Pflicht in die Öffentlichkeit notwendig oder doch angezeigt ist. Es gibt aber auch Zeiten, Lagen und Umstände, wo aus jedem unbedachten Worte Nachteil entstehen kann.

Ich will mich nunmehr äußern über

den von mehreren Seiten berührten

Antrag Hompesch und Genossen.

Ich halte den von mehreren Vordrednern ausgesprochenen Wunsch des Reichstages, über Gang und Stand unserer auswärtigen Politik unterrichtet zu sein, für durchaus berechtigt. Seitdem ich an dieser Stelle stehe, bin ich bemüht gewesen, diesem Wunsche Rechnung zu tragen. (Weiter! bei den Sozialdemokraten.) Hat es je im Inlande oder im Auslande einen Minister gegeben, der sich über Fragen der Außenpolitik so oft, so ausführlich, so frei mütig ausgesprochen hätte wie ich? Diese Anerkennung haben mir selbst feindliche Blätter oft gezollt. Wenn der Antrag Hompesch sich auf diese Forderung beschränkt hätte, würde ich gern eine entgegenkommende Erklärung abgeben. Der Antrag fordert aber mehr: er fordert, daß dem Reichstage über die internationalen Beziehungen des Deutschen Reiches periodisch urkundliches Material zugehen solle. Dieser Forderung widersprechen schwerwiegende Gründe. Der Antrag enthält ein Verlangen, das auch in anderen Ländern, auch in rein demokratischen oder ganz parlamentarischen Staaten nicht aufgestellt, geschweige denn erfüllt werden könnte; denn seine Erfüllung würde die salus publica (öffentliche Wohlfahrt) gefährden. Bei dieser Gelegenheit möchte ich an einen Vorgang aus jüngster Zeit erinnern: In der französischen Deputiertenkammer fragte ein Abgeordneter an, ob zwischen Frankreich und England eine Militärkonvention bestünde. Gewiß eine schwerwiegende Frage von großer Bedeutung für das französische Volk! Der Herr Ministerpräsident aber antwortete schlankeweg: „Ich weiß es nicht, aber ich glaube es nicht.“ (Weiter!) Der Fragesteller nannte die Antwort zwar ungedeuerlich, in der Kammer aber wurde sie nicht ernstlich getadelt. Die Mehrheit verstand diese Antwort der Regierung vollständig. — Im englischen Parlament ist es häufig vorgekommen, daß Minister dringende, eingehende Fragen über Probleme der auswärtigen Politik entweder gar nicht oder nur mit „Ja“ oder „Nein“ beantwortet haben. Die Verantwortung für die auswärtige Politik kann eben sehr schwer geteilt werden. Der entscheidende Stoß muß derjenigen Stelle vorbehalten sein, die über alle Einzelheiten orientiert ist, der das ganze Material zur Verfügung steht, die in der Lage ist, sich über jedes einzelne Detail zu orientieren. Ich werde bestrebt sein, dem berechtigten Wunsche der Volksvertreter nach Klarheit auf dem Gebiete der auswärtigen Politik auch fernerhin zu entsprechen, kann aber nicht eine Verpflichtung auf mich nehmen, deren Erfüllung Unzuträglichkeiten für das Land mit sich bringen würde. (Bravo! rechts.) Gewiß, es gibt Zeiten und Umstände, wo die Pflicht in die Öffentlichkeit notwendig oder doch angezeigt ist. Es gibt aber auch Zeiten, Lagen und Umstände, wo aus jedem unbedachten Worte Nachteil entstehen kann.

Ich will mich nunmehr äußern über

den von mehreren Seiten berührten

Antrag Hompesch und Genossen.

Ich halte den von mehreren Vordrednern ausgesprochenen Wunsch des Reichstages, über Gang und Stand unserer auswärtigen Politik unterrichtet zu sein, für durchaus berechtigt. Seitdem ich an dieser Stelle stehe, bin ich bemüht gewesen, diesem Wunsche Rechnung zu tragen. (Weiter! bei den Sozialdemokraten.) Hat es je im Inlande oder im Auslande einen Minister gegeben, der sich über Fragen der Außenpolitik so oft, so ausführlich, so frei mütig ausgesprochen hätte wie ich? Diese Anerkennung haben mir selbst feindliche Blätter oft gezollt. Wenn der Antrag Hompesch sich auf diese Forderung beschränkt hätte, würde ich gern eine entgegenkommende Erklärung abgeben. Der Antrag fordert aber mehr: er fordert, daß dem Reichstage über die internationalen Beziehungen des Deutschen Reiches periodisch urkundliches Material zugehen solle. Dieser Forderung widersprechen schwerwiegende Gründe. Der Antrag enthält ein Verlangen, das auch in anderen Ländern, auch in rein demokratischen oder ganz parlamentarischen Staaten nicht aufgestellt, geschweige denn erfüllt werden könnte; denn seine Erfüllung würde die salus publica (öffentliche Wohlfahrt) gefährden. Bei dieser Gelegenheit möchte ich an einen Vorgang aus jüngster Zeit erinnern: In der französischen Deputiertenkammer fragte ein Abgeordneter an, ob zwischen Frankreich und England eine Militärkonvention bestünde. Gewiß eine schwerwiegende Frage von großer Bedeutung für das französische Volk! Der Herr Ministerpräsident aber antwortete schlankeweg: „Ich weiß es nicht, aber ich glaube es nicht.“ (Weiter!) Der Fragesteller nannte die Antwort zwar ungedeuerlich, in der Kammer aber wurde sie nicht ernstlich getadelt. Die Mehrheit verstand diese Antwort der Regierung vollständig. — Im englischen Parlament ist es häufig vorgekommen, daß Minister dringende, eingehende Fragen über Probleme der auswärtigen Politik entweder gar nicht oder nur mit „Ja“ oder „Nein“ beantwortet haben. Die Verantwortung für die auswärtige Politik kann eben sehr schwer geteilt werden. Der entscheidende Stoß muß derjenigen Stelle vorbehalten sein, die über alle Einzelheiten orientiert ist, der das ganze Material zur Verfügung steht, die in der Lage ist, sich über jedes einzelne Detail zu orientieren. Ich werde bestrebt sein, dem berechtigten Wunsche der Volksvertreter nach Klarheit auf dem Gebiete der auswärtigen Politik auch fernerhin zu entsprechen, kann aber nicht eine Verpflichtung auf mich nehmen, deren Erfüllung Unzuträglichkeiten für das Land mit sich bringen würde. (Bravo! rechts.) Gewiß, es gibt Zeiten und Umstände, wo die Pflicht in die Öffentlichkeit notwendig oder doch angezeigt ist. Es gibt aber auch Zeiten, Lagen und Umstände, wo aus jedem unbedachten Worte Nachteil entstehen kann.

Ich will mich nunmehr äußern über

den von mehreren Seiten berührten

Antrag Hompesch und Genossen.

Ich halte den von mehreren Vordrednern ausgesprochenen Wunsch des Reichstages, über Gang und Stand unserer auswärtigen Politik unterrichtet zu sein, für durchaus berechtigt. Seitdem ich an dieser Stelle stehe, bin ich bemüht gewesen, diesem Wunsche Rechnung zu tragen. (Weiter! bei den Sozialdemokraten.) Hat es je im Inlande oder im Auslande einen Minister gegeben, der sich über Fragen der Außenpolitik so oft, so ausführlich, so frei mütig ausgesprochen hätte wie ich? Diese Anerkennung haben mir selbst feindliche Blätter oft gezollt. Wenn der Antrag Hompesch sich auf diese Forderung beschränkt hätte, würde ich gern eine entgegenkommende Erklärung abgeben. Der Antrag fordert aber mehr: er fordert, daß dem Reichstage über die internationalen Beziehungen des Deutschen Reiches periodisch urkundliches Material zugehen solle. Dieser Forderung widersprechen schwerwiegende Gründe. Der Antrag enthält ein Verlangen, das auch in anderen Ländern, auch in rein demokratischen oder ganz parlamentarischen Staaten nicht aufgestellt, geschweige denn erfüllt werden könnte; denn seine Erfüllung würde die salus publica (öffentliche Wohlfahrt) gefährden. Bei dieser Gelegenheit möchte ich an einen Vorgang aus jüngster Zeit erinnern: In der französischen Deputiertenkammer fragte ein Abgeordneter an, ob zwischen Frankreich und England eine Militärkonvention bestünde. Gewiß eine schwerwiegende Frage von großer Bedeutung für das französische Volk! Der Herr Ministerpräsident aber antwortete schlankeweg: „Ich weiß es nicht, aber ich glaube es nicht.“ (Weiter!) Der Fragesteller nannte die Antwort zwar ungedeuerlich, in der Kammer aber wurde sie nicht ernstlich getadelt. Die Mehrheit verstand diese Antwort der Regierung vollständig. — Im englischen Parlament ist es häufig vorgekommen, daß Minister dringende, eingehende Fragen über Probleme der auswärtigen Politik entweder gar nicht oder nur mit „Ja“ oder „Nein“ beantwortet haben. Die Verantwortung für die auswärtige Politik kann eben sehr schwer geteilt werden. Der entscheidende Stoß muß derjenigen Stelle vorbehalten sein, die über alle Einzelheiten orientiert ist, der das ganze Material zur Verfügung steht, die in der Lage ist, sich über jedes einzelne Detail zu orientieren. Ich werde bestrebt sein, dem berechtigten Wunsche der Volksvertreter nach Klarheit auf dem Gebiete der auswärtigen Politik auch fernerhin zu entsprechen, kann aber nicht eine Verpflichtung auf mich nehmen, deren Erfüllung Unzuträglichkeiten für das Land mit sich bringen würde. (Bravo! rechts.) Gewiß, es gibt Zeiten und Umstände, wo die Pflicht in die Öffentlichkeit notwendig oder doch angezeigt ist. Es gibt aber auch Zeiten, Lagen und Umstände, wo aus jedem unbedachten Worte Nachteil entstehen kann.

Ich will mich nunmehr äußern über

den von mehreren Seiten berührten

Antrag Hompesch und Genossen.

Ich halte den von mehreren Vordrednern ausgesprochenen Wunsch des Reichstages, über Gang und Stand unserer auswärtigen Politik unterrichtet zu sein, für durchaus berechtigt. Seitdem ich an dieser Stelle stehe, bin ich bemüht gewesen, diesem Wunsche Rechnung zu tragen. (Weiter! bei den Sozialdemokraten.) Hat es je im Inlande oder im Auslande einen Minister gegeben, der sich über Fragen der Außenpolitik so oft, so ausführlich, so frei mütig ausgesprochen hätte wie ich? Diese Anerkennung haben mir selbst feindliche Blätter oft gezollt. Wenn der Antrag Hompesch sich auf diese Forderung beschränkt hätte, würde ich gern eine entgegenkommende Erklärung abgeben. Der Antrag fordert aber mehr: er fordert, daß dem Reichstage über die internationalen Beziehungen des Deutschen Reiches periodisch urkundliches Material zugehen solle. Dieser Forderung widersprechen schwerwiegende Gründe. Der Antrag enthält ein Verlangen, das auch in anderen Ländern, auch in rein demokratischen oder ganz parlamentarischen Staaten nicht aufgestellt, geschweige denn erfüllt werden könnte; denn seine Erfüllung würde die salus publica (öffentliche Wohlfahrt) gefährden. Bei dieser Gelegenheit möchte ich an einen Vorgang aus jüngster Zeit erinnern: In der französischen Deputiertenkammer fragte ein Abgeordneter an, ob zwischen Frankreich und England eine Militärkonvention bestünde. Gewiß eine schwerwiegende Frage von großer Bedeutung für das französische Volk! Der Herr Ministerpräsident aber antwortete schlankeweg: „Ich weiß es nicht, aber ich glaube es nicht.“ (Weiter!) Der Fragesteller nannte die Antwort zwar ungedeuerlich, in der Kammer aber wurde sie nicht ernstlich getadelt. Die Mehrheit verstand diese Antwort der Regierung vollständig. — Im englischen Parlament ist es häufig vorgekommen, daß Minister dringende, eingehende Fragen über Probleme der auswärtigen Politik entweder gar nicht oder nur mit „Ja“ oder „Nein“ beantwortet haben. Die Verantwortung für die auswärtige Politik kann eben sehr schwer geteilt werden. Der entscheidende Stoß muß derjenigen Stelle vorbehalten sein, die über alle Einzelheiten orientiert ist, der das ganze Material zur Verfügung steht, die in der Lage ist, sich über jedes einzelne Detail zu orientieren. Ich werde bestrebt sein, dem berechtigten Wunsche der Volksvertreter nach Klarheit auf dem Gebiete der auswärtigen Politik auch fernerhin zu entsprechen, kann aber nicht eine Verpflichtung auf mich nehmen, deren Erfüllung Unzuträglichkeiten für das Land mit sich bringen würde. (Bravo! rechts.) Gewiß, es gibt Zeiten und Umstände, wo die Pflicht in die Öffentlichkeit notwendig oder doch angezeigt ist. Es gibt aber auch Zeiten, Lagen und Umstände, wo aus jedem unbedachten Worte Nachteil entstehen kann.

Ich will mich nunmehr äußern über

den von mehreren Seiten berührten

Antrag Hompesch und Genossen.

Ich halte den von mehreren Vordrednern ausgesprochenen Wunsch des Reichstages, über Gang und Stand unserer auswärtigen Politik unterrichtet zu sein, für durchaus berechtigt. Seitdem ich an dieser Stelle stehe, bin ich bemüht gewesen, diesem Wunsche Rechnung zu tragen. (Weiter! bei den Sozialdemokraten.) Hat es je im Inlande oder im Auslande einen Minister gegeben, der sich über Fragen der Außenpolitik so oft, so ausführlich, so frei mütig ausgesprochen hätte wie ich? Diese Anerkennung haben mir selbst feindliche Blätter oft gezollt. Wenn der Antrag Hompesch sich auf diese Forderung beschränkt hätte, würde ich gern eine entgegenkommende Erklärung abgeben. Der Antrag fordert aber mehr: er fordert, daß dem Reichstage über die internationalen Beziehungen des Deutschen Reiches periodisch urkundliches Material zugehen solle. Dieser Forderung widersprechen schwerwiegende Gründe. Der Antrag enthält ein Verlangen, das auch in anderen Ländern, auch in rein demokratischen oder ganz parlamentarischen Staaten nicht aufgestellt, geschweige denn erfüllt werden könnte; denn seine Erfüllung würde die salus publica (öffentliche Wohlfahrt) gefährden. Bei dieser Gelegenheit möchte ich an einen Vorgang aus jüngster Zeit erinnern: In der französischen Deputiertenkammer fragte ein Abgeordneter an, ob zwischen Frankreich und England eine Militärkonvention bestünde. Gewiß eine schwerwiegende Frage von großer Bedeutung für das französische Volk! Der Herr Ministerpräsident aber antwortete schlankeweg: „Ich weiß es nicht, aber ich glaube es nicht.“ (Weiter!) Der Fragesteller nannte die Antwort zwar ungedeuerlich, in der Kammer aber wurde sie nicht ernstlich getadelt. Die Mehrheit verstand diese Antwort der Regierung vollständig. — Im englischen Parlament ist es häufig vorgekommen, daß Minister dringende, eingehende Fragen über Probleme der auswärtigen Politik entweder gar nicht oder nur mit „Ja“ oder „Nein“ beantwortet haben. Die Verantwortung für die auswärtige Politik kann eben sehr schwer geteilt werden. Der entscheidende Stoß muß derjenigen Stelle vorbehalten sein, die über alle Einzelheiten orientiert ist, der das ganze Material zur Verfügung steht, die in der Lage ist, sich über jedes einzelne Detail zu orientieren. Ich werde bestrebt sein, dem berechtigten Wunsche der Volksvertreter nach Klarheit auf dem Gebiete der auswärtigen Politik auch fernerhin zu entsprechen, kann aber nicht eine Verpflichtung auf mich nehmen, deren Erfüllung Unzuträglichkeiten für das Land mit sich bringen würde. (Bravo! rechts.) Gewiß, es gibt Zeiten und Umstände, wo die Pflicht in die Öffentlichkeit notwendig oder doch angezeigt ist. Es gibt aber auch Zeiten, Lagen und Umstände, wo aus jedem unbedachten Worte Nachteil entstehen kann.

Ich will mich nunmehr äußern über

den von mehreren Seiten berührten

Antrag Hompesch und Genossen.

Ich halte den von mehreren Vordrednern ausgesprochenen Wunsch des Reichstages, über Gang und Stand unserer auswärtigen Politik unterrichtet zu sein, für durchaus berechtigt. Seitdem ich an dieser Stelle stehe, bin ich bemüht gewesen, diesem Wunsche Rechnung zu tragen. (Weiter! bei den Sozialdemokraten.) Hat es je im Inlande oder im Auslande einen Minister gegeben, der sich über Fragen der Außenpolitik so oft, so ausführlich, so frei mütig ausgesprochen hätte wie ich? Diese Anerkennung haben mir selbst feindliche Blätter oft gezollt. Wenn der Antrag Hompesch sich auf diese Forderung beschränkt hätte, würde ich gern eine entgegenkommende Erklärung abgeben. Der Antrag fordert aber mehr: er fordert, daß dem Reichstage über die internationalen Beziehungen des Deutschen Reiches periodisch urkundliches Material zugehen solle. Dieser Forderung widersprechen schwerwiegende Gründe. Der Antrag enthält ein Verlangen, das auch in anderen Ländern, auch in rein demokratischen oder ganz parlamentarischen Staaten nicht aufgestellt, geschweige denn erfüllt werden könnte; denn seine Erfüllung würde die salus publica (öffentliche Wohlfahrt) gefährden. Bei dieser Gelegenheit möchte ich an einen Vorgang aus jüngster Zeit erinnern: In der französischen Deputiertenkammer fragte ein Abgeordneter an, ob zwischen Frankreich und England eine Militärkonvention bestünde. Gewiß eine schwerwiegende Frage von großer Bedeutung für das französische Volk! Der Herr Ministerpräsident aber antwortete schlankeweg: „Ich weiß es nicht, aber ich glaube es nicht.“ (Weiter!) Der Fragesteller nannte die Antwort zwar ungedeuerlich, in der Kammer aber wurde sie nicht ernstlich getadelt. Die Mehrheit verstand diese Antwort der Regierung vollständig. — Im englischen Parlament ist es häufig vorgekommen, daß Minister dringende, eingehende Fragen über Probleme der auswärtigen Politik entweder gar nicht oder nur mit „Ja“ oder „Nein“ beantwortet haben. Die Verantwortung für die auswärtige Politik kann eben sehr schwer geteilt werden. Der entscheidende Stoß muß derjenigen Stelle vorbehalten sein, die über alle Einzelheiten orientiert ist, der das ganze Material zur Verfügung steht, die in der Lage ist, sich über jedes einzelne Detail zu orientieren. Ich werde bestrebt sein, dem berechtigten Wunsche der Volksvertreter nach Klarheit auf dem Gebiete der auswärtigen Politik auch fernerhin zu entsprechen, kann aber nicht eine Verpflichtung auf mich nehmen, deren Erfüllung Unzuträglichkeiten für das Land mit sich bringen würde. (Bravo! rechts.) Gewiß, es gibt Zeiten und Umstände, wo die Pflicht in die Öffentlichkeit notwendig oder doch angezeigt ist. Es gibt aber auch Zeiten, Lagen und Umstände, wo aus jedem unbedachten Worte Nachteil entstehen kann.

Ich will mich nunmehr äußern über

den von mehreren Seiten berührten

Antrag Hompesch und Genossen.

Ich halte den von mehreren Vordrednern ausgesprochenen Wunsch des Reichstages, über Gang und Stand unserer auswärtigen Politik unterrichtet zu sein, für durchaus berechtigt. Seitdem ich an dieser Stelle stehe, bin ich bemüht gewesen, diesem Wunsche Rechnung zu tragen. (Weiter! bei den Sozialdemokraten.) Hat es je im Inlande oder im Auslande einen Minister gegeben, der sich über Fragen der Außenpolitik so oft, so ausführlich, so frei mütig ausgesprochen hätte wie ich? Diese Anerkennung haben mir selbst feindliche Blätter oft gezollt. Wenn der Antrag Hompesch sich auf diese Forderung beschränkt hätte, würde ich gern eine entgegenkommende Erklärung abgeben. Der Antrag fordert aber mehr: er fordert, daß dem Reichstage über die internationalen Beziehungen des Deutschen Reiches periodisch urkundliches Material zugehen solle. Dieser Forderung widersprechen schwerwiegende Gründe. Der Antrag enthält ein Verlangen, das auch in anderen Ländern, auch in rein demokratischen oder ganz parlamentarischen Staaten nicht aufgestellt, geschweige denn erfüllt werden könnte; denn seine Erfüllung würde die salus publica (öffentliche Wohlfahrt) gefährden. Bei dieser Gelegenheit möchte ich an einen Vorgang aus jüngster Zeit erinnern: In der französischen Deputiertenkammer fragte ein Abgeordneter an, ob zwischen Frankreich und England eine Militärkonvention bestünde. Gewiß eine schwerwiegende Frage von großer Bedeutung für das französische Volk! Der Herr Ministerpräsident aber antwortete schlankeweg: „Ich weiß es nicht, aber ich glaube es nicht.“ (Weiter!) Der Fragesteller nannte die Antwort zwar ungedeuerlich, in der Kammer aber wurde sie nicht ernstlich getadelt. Die Mehrheit verstand diese Antwort der Regierung vollständig. — Im englischen Parlament ist es häufig vorgekommen, daß Minister dringende, eingehende Fragen über Probleme der auswärtigen Politik entweder gar nicht oder nur mit „Ja“ oder „Nein“ beantwortet haben. Die Verantwortung für die auswärtige Politik kann eben sehr schwer geteilt werden. Der entscheidende Stoß muß derjenigen Stelle vorbehalten sein, die über alle Einzelheiten orientiert ist, der das ganze Material zur Verfügung steht, die in der Lage ist, sich über jedes einzelne Detail zu orientieren. Ich werde bestrebt sein, dem berechtigten Wunsche der Volksvertreter nach Klarheit auf dem Gebiete der auswärtigen Politik auch fernerhin zu entsprechen, kann aber nicht eine Verpflichtung auf mich nehmen, deren Erfüllung Unzuträglichkeiten für das Land mit sich bringen würde. (Bravo! rechts.) Gewiß, es gibt Zeiten und Umstände, wo die Pflicht in die Öffentlichkeit notwendig oder doch angezeigt ist. Es gibt aber auch Zeiten, Lagen und Umstände, wo aus jedem unbedachten Worte Nachteil entstehen kann.

Ich will mich nunmehr äußern über

den von mehreren Seiten berührten

Unsere internationale Lage und unsere auswärtigen Beziehungen.
Der Herr Abg. Wassermann hat neulich draußen im Lande seiner Genugtuung darüber Ausdruck gegeben, daß die Periode der vielen Reden nach und nach überwunden worden sei. (Heiterkeit.) Meine Herren! Ich teile nicht alle Ansichten, die der Abg. Wassermann bei diesem Anlaß über unsere internationale Lage und unsere Beziehungen zu anderen Mächten geäußert hat. Aber seine Ansicht über die Nachteile zu vielen Reden teile ich vollkommen. (Heiterkeit.) Ich werde deshalb heute ihre Zeit nur kurz in Anspruch nehmen. In einem großen Teile unserer Presse ist in den letzten Wochen die Ansicht entwickelt worden, daß Italien nur noch als unsicherer Teilnehmer am Dreibund gelten könne. Diese Meinung wurde namentlich geäußert in Betrachtungen über die Begegnung von Gaeta. So oft unser Kaiser am Mittelmeer gewandelt hat, hat ihn der König von Italien begrüßt und ist mit ihm zusammengekommen. Da war es ganz natürlich, daß der Herrscher Englands nicht die italienische Krone berührte, ohne von dem Herrscher des befreundeten Landes begrüßt zu werden. Freundschaftliche Beziehungen zwischen England und Italien bestanden seit Italiens nationaler Einigung, solche Beziehungen bestanden, solange der Dreibund besteht, und mehr als einmal ist von dieser Seite aus dargelegt worden, daß dieses freundliche Verhältnis nicht nur mit Italiens Stellung zum Dreibund vereinbar, sondern auch an sich nützlich und erwünscht ist. (Zustimmung.)

Die Vorgänge in Marokko

berfolgen wir aufmerksam, aber ohne Anlaß zum Argwohn, im Vertrauen auf die allseitige lokale Einhaltung der in Algerien eingetragenen Verpflichtungen. Ueber einzelne Vorgänge und Maßregeln in Marokko können unter den Unterzeichneten der Algerienparteien Meinungsverschiedenheiten entstehen. Ich rechne aber für alle diese Fälle auf die ständige Wirkung einer direkten und unmittelbaren Aussprache. Nach wie vor hat Deutschland in Marokko keinen anderen Zweck, kein anderes Ziel als das: im wirtschaftlichen Wettbewerb gleichberechtigt zu sein. Wie ich somit einen neuen Anlaß zur Kränkung unseres Verhältnisses mit Frankreich nicht sehe, vielmehr auf ein allmähliches Verschwinden des Mißtrauens zwischen Deutschen und Franzosen hoffe, so stelle ich auch gern fest, daß zwischen uns und England keine Streitfragen vorhanden sind, die die von den besonnenen Elementen beider Länder unterhaltenen freundlichen Bestrebungen stören könnten. (Vielstimmiges Bravo!)

Auch in Sachen nehmen wir ohne politischen Hintergedanken nur wirtschaftliche Bewegungsfreiheit in Anspruch. Geht es auf die Versicherungen, die uns von beiden Seiten spontan gegeben worden sind, sehen wir dem Abschluß der englisch-russischen Verhandlungen über Verleihen ohne Unruhe entgegen. Der gleiche ruhige und abwartende Standpunkt gilt für das, was Rußland und England als asiatische Landmächte über innerasiatische Fragen, handle es sich nun um Tibet oder Afghanistan, vereinbart haben oder noch vereinbaren werden. Ich sehe voraus, daß mir wieder der Vorwurf gemacht werden wird, ich nähme die russisch-englische Annäherung zu leicht. Ich nehme sie als das, was sie ist, nämlich als den Versuch, auf einem uns ziemlich fernliegenden Gebiete alte Streitfragen zu begreifen. Ich nehme sie auch als Bekräftigung einer Ansicht, die ich als nüchternen Beobachter schon vor Jahren aus dem Auslande hierher mitgebracht habe, nämlich, daß wir den Gegensatz zwischen Balkan und Slesien nicht als unüberwindlichen Faktor in die politische Rechnung einstellen können. Es gibt überhaupt keinen Gegensatz zwischen zwei Mächten, den Deutschland als Gelegenheit für sich und Ungelegenheit für andere auszunutzen könnte. Das kann man offen aussprechen, ohne Leichtfertigkeit, aber auch ohne pessimismus.

Ich will bei dieser Gelegenheit nicht wiederholen, was ich gelegentlich über die Nachteile einer übertriebenen Kritik der ausländischen Politik des Landes ausgesprochen habe. Ich will nur darauf hinweisen, daß eine ruhige, feste und mäßige Beurteilung der Lage nach lange keine Schönfärberei ist. (Vielstimmiges Bravo!) Um Schwierigkeiten und Gefahren zu überwinden, haben wir die Ruhe, das Selbstbewußtsein und Vertrauen in die Kraft der Nation nötig. (Beifall rechts, in der Mitte und bei den Liberalen.) Erhalten wir uns das Vertrauen und die Achtung, die unsere Macht und Friedensliebe einflößen! Pflegen wir unsere Freundschaften und Bündnisse, und seien wir nicht ängstlich, wenn Enten abgeschossen werden über Dinge, die uns nicht unmittelbar betreffen! Von den Feindschaften anderer Nationen untereinander können wir nicht leben. Lassen wir anderen die Bewegungsfreiheit, die wir für uns selbst in Anspruch nehmen, und seien wir uns vor allem bewußt, daß wir die Schwierigkeiten um so eher, um so sicherer überwinden werden, je mehr wir eine ruhige, stetige, sachliche auswärtige Politik treiben, und je mehr wir uns entschlossen zeigen, unseren Frieden und unsere Weltstellung durch Sammlung aller Kräfte im Innern zu wahren und wenn es not tut, einmütig zu verteidigen. (Lebhafte Bravo! rechts, in der Mitte und bei den Liberalen.)

Abg. v. Bollmar (Soz.):

Bereits im Dezember vorigen Jahres, kurz vor der Auflösung des Reichstages, habe ich auf die geradezu besorgniserregende Tatsache hingewiesen, daß der Reichstag über die auswärtige Politik, zum Beispiel über die so wichtige Marokkofrage, aus eigenen Mitteln der eigenen Regierung so gut wie gar nicht orientiert wird. Wenn der Herr Reichskanzler heute gesagt hat, er habe schon früher Reichsbücher über die auswärtige Politik herausgegeben, so sind sie auch danach gewesen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man braucht das, was bei uns als Weisbuch über die Marokkofrage herausgegeben wurde, nur mit der Sammlung zu vergleichen, die dem französischen Parlament über die Frage vorgelegt worden ist. Wir haben uns bei unseren Ausführungen im Wesentlichen auf jene Sammlung und nicht auf das deutsche Weisbuch stützen müssen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das scheint mir der Würde des Reichstages und den Interessen des deutschen Volkes nicht zu entsprechen; wir müssen verlangen, daß die Regierung mit dem Verstandespiel in diesen Dingen ein Ende macht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) und daß der Reichstag die auswärtige Politik ebenso gut wie die innere unter seine wirksame Kontrolle nimmt. Aber freilich mit der Annahme des Antrags Gompels wird an sich noch sehr wenig erreicht sein, wenn nicht der Reichstag auch den ersten Willen zur Durchführung dieser Kontrolle beweist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Was nun

die auswärtige Lage

betrifft, so sucht man ja jetzt gerade in solchen Kreisen, welche früher in der auswärtigen deutschen Politik alles schön und gut fanden, mit einer gewissen Besessenheit die Lage möglichst schwarz darzustellen, mit einer Besessenheit, die schon deswegen verdächtig erscheinen muß, weil diese Schwarzmalerei geeignet ist, bedenklichen militärischen Forderungen Vorschub zu leisten und naive, dienstbereite Gemüter für die Forderungen geneigt zu machen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In ähnlichen launigen meine Freunde durchaus nicht — wir haben darauf schon früher hingewiesen — daß die Lage nichts weniger als behaglich ist und daß man diese Lage ernst ins Auge fassen muß. Der Herr Reichskanzler hat darauf hingewiesen — in dem Falle kann ich ihm einmal ausnahmsweise zustimmen — daß sich in den letzten Wochen eine auffallende Reichbarkeit gezeigt hat, eine Stimmung, die sich durch jeden Windhauch hin- und herbewegen ließ und auf jede Sensationsmacherei in Spanien oder sonst irgendwo hingeingefallen ist, aus ihr die unsinnigsten Schlüsse gezogen hat, die dann natürlich nur immer neue Unruhe erzeugen konnten. Dieses allgemeine Unbehagen ist eine notwendige Folge der unangenehmen Vorfälle. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Jeder der großen europäischen Staaten sucht sich durch Bündnisse, durch Verabredungen zu sichern. Dazu kommen bei uns in Deutschland noch besondere Gründe. Der eine ist der, daß

unsere auswärtige Politik

nach allen Äußerungen, die man sonst in der Presse aller Parteien lesen kann, von der communis opinio (öffentlichen Meinung) als eine recht schlechte beurteilt wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), als eine Politik die jeder Einzelne, jedes Zielbewußtseins, jeder

Stetigkeit entbehrt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Reichskanzler hat ja heute selber diese Eigenschaften als Voraussetzung einer guten auswärtigen Politik dargestellt. Aber es wäre etwas ganz Neues bei uns in Deutschland, wenn wir eine solche Politik endlich bekommen würden; denn bis jetzt haben wir davon wahrhaftig nichts gesehen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es ist bereits von Worten und Demonstrationen gesprochen worden, die seit langer Zeit den Hauptbestandteil unserer auswärtigen Politik bilden. Ich kann selbst zugeben, daß die Worte, die man so und so oft gehört hat, vielleicht schlimmer ausgefallen haben, als sie gemeint gewesen sind. Das Unglück ist nur, daß man sie im Auslande erstens nimmt als bei uns in Deutschland selbst. (Lebhafte sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) und daß auf diese Weise ganz naturgemäß der gefährliche Eindruck der Unsicherheit der deutschen Politik im Auslande entsteht. Ich will mich auf diesen Punkt nicht weiter einlassen, sondern zusammenfassend sagen: Wenn wir früher bereits in der Lage gewesen sind, der auswärtigen Politik kein Vertrauen zu schenken, sondern unser entschiedenes Mißtrauen auszusprechen, daß wir heute gar keinen Anlaß zu einer Aenderung dieser unserer Anschauung haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich habe noch kaum einen Politiker oder Richtsprücker im Auslande getroffen, der einen Zweifel darüber befehlen hätte, daß das deutsche Volk im tiefsten Herzen den Frieden verlangt, daß ein Friedensbruch vom deutschen Volke nicht zu erwarten sei. Aber man weiß im Auslande auch, wie wenig das deutsche Volk und wie wenig die deutsche Volksvertretung auf den Gang der Politik im allgemeinen und der auswärtigen Politik im besonderen Einfluß hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und man weiß im Auslande auch bei uns Deutschen sehr wohlgestimmten Leuten deswegen die Wahrscheinlichkeit, daß nicht an einem schwarzen Tage gegen den Willen des deutschen Volkes eine Kriegserklärung kommen könnte. Dazu kommt noch etwas weiteres, worauf ich in früheren Jahren eingehend hingewiesen habe, das ist die Beschaffenheit unserer inneren politischen Verhältnisse, die den parlamentarisch-demokratischen Anschauungen der meisten Länder, um die es sich hier handelt, widersprechen und sie abstoßen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nicht zuletzt kommt dabei in Betracht die soziale und politische Behandlung eines großen Teiles des deutschen Volkes, der fortgesetzt in schimpflicher Weise als „innerer Feind“ hingestellt wird, der nur mit Gewalt niedergehalten werden könne. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Glauben Sie denn, daß es dem Ansehen des Deutschen Reiches, seiner Größe und Macht Vorschub leisten kann, wenn im Auslande der Gedanke vorherrscht, daß große Teile des deutschen Volkes im unheilvollen inneren Krieg zu einander sich befinden? (Sehr gut! b. d. Sozialdemokraten.) — Ich möchte hier eine Nebenbemerkung machen: Herr Wassermann hat auf die Rede meines Parteigenossen Koble von neulich hingewiesen und gemeint, diese Rede sei geeignet, auch im Auslande eine richtige Vorstellung über die Verhältnisse in Deutschland herbeizuführen. Herr Abg. Wassermann vergißt dabei nur das eine, daß es nämlich nur einem politischen Loren einfallen kann, in einer derartigen Erklärung etwas Neues zu sehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Seit Jahrzehnten befinden wir uns in diesem Hause und seit Jahrzehnten haben wir wiederholt die gleiche Erklärung abgegeben. Es gibt eben leider Leute, die entweder nicht hören können oder nicht hören wollen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Zweifellos ist also, daß Deutschland mehr und mehr von seinen früheren Sympathien eingebüßt hat. Es ist leider zu einer moralischen Vereinsamung gekommen, von der die diplomatische die Folge ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Seit kurzer Zeit wird in geradezu kindlicher Weise der König von England als Zauberer hingestellt, der mit teuflischer List auf eine Einkreisung Deutschlands ausgeht und der der Ueberredung jeden Anheils ist. Ich zweifle gar nicht daran, daß an dem Worte von der Vereinsamung Deutschlands etwas ist, ich kann das schon deswegen nicht, weil wir Sozialdemokraten schon vor mehreren Jahren auf die zunehmende Isolierung Deutschlands hingewiesen haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben das schon getan, als der Reichskanzler und der Staatssekretär des Auswärtigen auf das entschiedenste das Vorhandensein einer derartigen Isolierung bestritten haben. Wir haben es getan, als der Staatssekretär des Auswärtigen und hier erklärt hat: „Wir haben die bestimmtesten Versicherungen, daß der Dreibund an den Verträgen festhält und daß nichts geändert worden ist.“ Wir haben es getan, als der Reichskanzler uns hier erklärte, daß das französisch-englische Uebereinkommen über Marokko Deutschlands Interessen überhaupt nicht berührt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, welche ungeheure Ueberhöhung des Königs von England in der geschilderten Auffassung sich zeigt und welche Unkenntnis des englischen Staatswesens daraus spricht. Es ist töricht, anzunehmen, daß das englische Parlament dem Könige eine derartig absolutistische Rolle erlauben würde. (Abg. Debel: Es ist dort nicht so, wie bei uns!) Was würden wir denn gesagt haben, wenn der König von England erklärt hätte: von nun an löse keine Entscheidung mehr ohne ihn fallen? (Sehr richtig! links.) Ich sollte meinen, daß jemand, der Selbstvertrauen besitzt, sich bewußt sein sollte, daß der Erfolg der Vereinsamung und Einkreisung lediglich durch Deutschlands Politik möglich gewesen ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), durch jene Politik, welche eine nicht nur ausnahmsweise schlechte gewesen ist, sondern

eine ununterbrochene Kette von lauter Fehlern.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten, Lachen rechts und in der Mitte.) Es ist mir ganz neu, daß in der Mehrheit des Hauses eine andere Ansicht vorhanden ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das ist doch auch von Konservativen, von Freikonservativen, sogar von Mitgliedern des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gesagt worden, es ist auch in national-liberalen Blättern zum Ausdruck gekommen. Sie scheinen ein kurzes Gedächtnis zu haben. (Heiterkeit.) Ein Teil der deutschen Presse und vor allem ein Blatt, das seine Spalten offizielle Äußerungen öffnet, hat sich in der letzten Zeit wieder einmal in einer Weise gebärdet, von der ich nur sagen kann, daß sie die Art des Besessenen gewesen ist; denn nur ein Besessener kann dann, wenn eine Unannehmlichkeit an ihn herantritt, so nach allen Seiten mit Verleumdungen, mit Beschuldigungen und Herausforderungen herantreten; es gibt keine einzige Macht, die man in Ruhe gelassen hätte. Der Teil der Presse, den ich im Auge habe, hat sich um kein Paar besser benommen als die berüchtigte englische Jungopresse. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ist man doch vor direkten Fälschungen nicht zurückgeschreckt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Wassermann hat auf eine Äußerung des französischen Ministerpräsidenten hingewiesen. Wir auf dieser Seite haben wahrhaftig keine Veranlassung, Herrn Clemenceau in Schutz zu nehmen. Unser Freund Jaurès ist es gewesen, der Herrn Clemenceau sofort gesagt hat, er habe sehr ungerne geredet. Aber das darf doch nicht verschwiegen werden, daß die Worte Clemenceaus bei uns verdreht und durch das offizielle Wollstücker Bureau übertrieben worden sind und daß man aus diesen Verdrehungen Folgerungen gezogen hat. Wenigstens das ist gleich darauf mit einer Äußerung des Königs von Italien geschehen, die er anlässlich der Einweihung eines Kriegsschiffes getan hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist darüber schon viel gesprochen worden, aber ich muß doch auf die Tatsache hinweisen, daß leider auch Mitglieder dieses Hauses an diesen Dingen beteiligt sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Mit dem, was Kollege Wassermann heute gesprochen hat, bin ich nichts weniger als einverstanden, aber wenn er niemals etwas anderes gesagt hätte als heute, möchte es noch so leidlich hingehen. Ich erinnere aber an jene bekannte Rede von Magdeburg, wo sich gerade Herr Wassermann gegen Frankreich, England, Italien gewendet hat, wo er sagte, Italien sei gar nicht mehr im Dreibund, Frankreich schwele von neuem der Ramm usw. usw. Herr Wassermann macht es sich leicht; er nimmt irgend

ein Blatt, welches ihm paßt, liest daraus etwas vor und sagt dann: Das ist die öffentliche Meinung des Landes! Von Italien hat er uns heute eine Äußerung aus dem „Secolo“ vorgelesen. Wer aber die Journalistik Italiens, ja wer überhaupt die politischen Dinge verfolgt, der weiß, daß der „Secolo“ seit Jahrzehnten das Zentrum einer Feindseligkeit gegen den Dreibund ist und daß er in dieser Beziehung unter allen großen Blättern Italiens allein steht. Den „Secolo“ aber als typisch für die öffentliche Meinung Italiens hinzustellen, das ist das Verleibteste, was man tun kann und es ist bedauerlich, daß selbst im Reichstag nach derartigen, überaus dürftigen Informationen solche Behauptungen aufgestellt werden. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn Herr Wassermann von gewissen Leuten im Auslande sagt, sie seien nervös geworden, so wundern mich das gerade von ihm; denn wer im Glashaufe sitzt, der soll nicht mit Steinen werfen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) und etwas Nervöses als Herrn Wassermann damals in Magdeburg habe ich lange nicht gesehen. Ich sage lange nicht, denn in den letzten Tagen habe ich etwas anderes gesehen, den Abg. Semler, von dem ganz unverdientermaßen heute noch nicht die Rede gewesen ist. (Große Heiterkeit.) In seinem Interview mit dem Rebatteur des „Petit Parisien“ hat er an internationaler Verbeugung das äußerste geleistet, was möglich ist, und zwar nicht in der Höhe des Gefechts, sondern er hat es hinterher sogar schriftlich gegeben! — Wenn in Frankreich dadurch nicht eine größere Aufregung hervorgerufen wurde, so ist das nicht seinem Willen, sondern dem Umstände zu danken, daß die gesamten anderen Herren, die interviewt wurden, welcher Partei sie auch angehören, sich in gerade entgegen gesetztem Sinne ausgeprochen haben. Ich halte es nicht für wünschenswert, auf die Äußerungen des Herrn Semler und die Magdeburger Äußerungen Wassermanns einzugehen. Daß aber derartige unverantwortlichen Reden nur einen ganz winzigen Bestandteil des deutschen Volkes hinter sich haben, das muß gesagt werden, und ebenso, daß wir auf das entschiedenste dagegen protestieren, daß das Ausland derartige Meinungen als „die öffentliche Meinung Deutschlands“ betrachten soll. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Für uns Sozialdemokraten gibt es nichts Verwerflicheres und sowohl für das Interesse Deutschlands als für das der übrigen Völker Nachteiligeres, als wenn auf diese Weise Del ins Feuer gegossen wird und wenn man leichten Herzens und mit leichter Zunge von einem Kriege redet, der der schrecklichste werden würde, der jemals geführt wäre. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ganz besonderen Anlaß zu diesem Auseinandergehen hat der Antrag Englands gegeben, auf der Haager Konferenz

die Frage der Beschränkung der Rüstungen

zu verhandeln. Man hat darin eine Falle Englands gegen Deutschland gesehen. Ich will nicht über die Gründe streiten, welche die englische Regierung veranlaßt haben, diese Frage der Haager Konferenz zu überweisen. Es ist ja auf innerpolitische Gründe hingewiesen worden, und wer die englische Presse liest, weiß, daß dies nicht mit Unrecht geschehen ist. Aber selbst wenn man annimmt, daß England bzw. die englische Regierung diesen Antrag aus dem Plane heraus gestellt hat, Deutschland in eine schwierige Lage zu versetzen, so kommen meine Parteigenossen doch zu einem entgegen gesetzten Ergebnis als die bisherigen Redner. Wie meinen nämlich, daß die Nichtbeteiligung an der Beratung der Abrüstungsfrage im Haag politisch und faktisch das verheerendste und der größte Fehler wäre. (Lebhafte sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn ein Gegner von uns und bei der Einladung von dem Plane ausgeht, Deutschland würde die Einladung nicht annehmen, und löse dann als Störenfried hingestellt werden, so würde doch die Nichtannahme der Einladung einem derartigen Plane in die Hände arbeiten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man könnte hierbei auch die Frage aufwerfen, ob denn unser treuer Bundesgenosse Oesterreich allezeit bereit sein wird, dieselbe Stellung einzunehmen. Wenn Sie die Schlusssätze der ersten Haager Konferenz vom 20. Juli 1899 ausschlagen, so finden Sie, daß dort eine Resolution angenommen ist, in welcher die Beschränkung der Militärausgaben für die Förderung des materiellen und moralischen Wohles der Menschheit als höchst wünschenswert bezeichnet wird und daß die Frage der Möglichkeit einer Beschränkung der Land- und Seemacht einen Gegenstand des Studiums der Regierungen bilden solle. Dieser Beschluß ist mit Zustimmung Deutschlands gefaßt worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), nachdem vorher in der Militärkommission die Beschränkung der Rüstungen im Prinzip als berechtigt anerkannt und der Wunsch ausgesprochen war, es möge eine entsprechende Formel dafür gefunden werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Vor acht Jahren hat also die deutsche Regierung dem zugestimmt, und schon deswegen kann Deutschland, wenn es sich keiner Mißdeutung aussetzen will, sich der Beratung dieser wichtigen Frage nicht entziehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn man sich ernsthaft auf die Verhandlung der Frage einlassen wollte, so wäre man auch imstande, die Aufrichtigkeit Englands zu prüfen. Wir wünschen daher und verlangen, daß Deutschland sich nicht nur an der Haager Konferenz, sondern auch an der Abrüstungsfrage beteiligt. Kommen Sie aber nicht glauben, daß wir deswegen besondere Opportunisten sind und zur Haager Konferenz ein besonderes Vertrauen haben. Das ist durchaus nicht der Fall. Wir erkennen die außerordentliche Schwierigkeit der Lage an. Wir wissen aber auch, welche schweren Kosten die unausgesetzten Wettbewerben den Völkern auferlegen, und wir wissen sehr wohl, daß die Herstellung eines gewissen gegenseitigen Vertrauens unter den Mächten einer wirksamen Abrüstung und der Einrichtung eines Schiedsgerichts vorhergehen muß, wenn irgend ein Erfolg erzielt werden soll. Wir meinen aber, wenn die Beratungen unter der Anteilnahme der deutschen Regierung im Geiste der Offenheit und Persönlichkeit geführt werden, daß dann die Voraussetzungen für die spätere Lösung dieser Lebensfrage für alle Völker vorbereitet würden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Schlüssel der ganzen politischen Lage ist für uns im Verhältnis der beiden Nachbarländer Deutschland und Frankreich zu suchen, in jenem nicht Vertrauen erweckenden, schlechten Verhältnis, das seit Jahrzehnten auf Europa drückt und der Ausgangspunkt jener Gruppierungen ist, die bei uns Mißbehagen verursachen. Nun gibt es ganz gewiß sowohl in Deutschland wie in Frankreich Nationalisten und Chauvinisten, welche die Völker gegen einander heizen. Aber ganz ebenso sicher ist auch, daß die Masse des deutschen Volkes und ebenso des französischen Volkes durchaus abgeneigt ist, irgend einen Konflikt herbeizuführen. Das ist nicht nur in der sozialdemokratischen, sondern auch in der konservativen Presse, sogar in der „Kreuzzeitung“ zu lesen. In Frankreich ist eine große und starke Strömung für eine Annäherung an Deutschland, für ein besseres Verhältnis mit Deutschland vorhanden. Leider ist vor zwei Jahren eine sehr schöne Gelegenheit, diese Bewegung zu fördern, verborben worden. Es ist damals in Frankreich das Gefühl des Zwanges, das Gefühl der Verleibtheit hervorgerufen worden, und das ist einer bloßen Formfrage willen geschehen, die uns, nachdem Deutschland sich durchgesetzt hatte, zu dem wunderbaren Erfolge von Algerien geführt hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Seit jener Zeit hat sich auf beiden Seiten das Verhältnis nach Annäherung wieder geltend gemacht. Aber durch Vorgänge, wie ich es geschildert habe, durch Zeitungskampagnen, durch Kriegreden hier im Hause und außerhalb werden naturgemäß die erstulichen Ansätze zu einer Annäherung wieder zerfallen; das alte Mißtrauen bricht wieder durch, und die Bestrebungen der Friedensfreunde in Frankreich, in erster Linie der Sozialdemokraten in Frankreich, können auf diese Weise nur erdriekt werden, und der Erfolg ist, daß sie von Worten und Taten als „vaterlandlos“ hingestellt werden, gerade wie es bei uns auch geschieht. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich erkläre, die sozialdemokratische Partei verdammt auf das entschiedenste jede Art von Störung der Politik der Annäherung, komme sie, gewollt oder ungewollt, von der Regierung, den Parteien oder der Presse; wir beklagen in Wirklichkeit eine ruhige, feste, freundliche

und würdige Politik Frankreich wie allen anderen Mächten gegenüber, eine Politik, welche die Gefühle anderer schon, wie wir auch verlangen, daß unsere eigenen nationalen Gefühle von anderen geschont werden. Wir verlangen eine Politik der aufrichtigen Annäherung, die zur Vereinarbeitung führen muß und zur Verwirklichung der Idee des Friedens, der das leidenschaftliche Verlangen der Völker ist und ihrer kulturellen Entwicklung ungehindert Anstöße geben wird. (Sehr lebhaftes Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Viedermann von Sonnenberg (wirtsch. Vg.): Die Sozialdemokratie hat sich in nationaler Beziehung nach den Wahlen verbessert; hoffentlich hält diese Besserung an. Ohne persönliche Bitten geht es in der äußeren Politik nicht. Gott bewahre uns davor, daß wir ein für die auswärtige Politik verantwortliches Parlament bekommen! (Sehr wahr! rechts.) Wir können jetzt, da wir für die Ernährung des Volkes selbst genügend sorgen können, einem etwaigen Weltkriege in Ruhe entgegensehen. (Beifall rechts.)

Abg. Schröder (fr. Vg.): Die Völker wollen alle den Frieden, es sind immer nur einzelne und ein Teil der Presse, die gegen andere Nationen Drohungen ausstoßen. Diese Drohungen werden im Auslande verbreitet und erzeugen immer aufs neue Mißstimmung. Es kommt nur darauf an, daß sich die vernünftigen Leute in allen Ländern durch solche Drohungen nicht beeindrucken lassen. Ich hoffe, daß auf der Haager Konferenz auch von deutscher Seite mit aller Energie auf den Ausbau der Schiedsgerichte hingewirkt wird.

Dem Antrage Hoppeich stimmen wir zu. Auf jeden Fall sollte uns in Zukunft mehr Auskunft über die Lage der auswärtigen Politik gegeben werden.

Abg. Zimmermann (Ant.): Von der ruhigen, stetigen Politik, von der Herr Reichsminister sprach, haben wir leider in den letzten Jahren wenig gemerkt. Man sollte weniger auf Neben als auf Taten sehen. (Bravo! bei den Antisemiten.)

Abg. Dr. Semler (natl.): Herr v. Bollmar hat mich angegriffen wegen meiner Ausführungen zu einem französischen Journalisten. In seiner nervösen Angst vor dem Aussprechen einer offenen Meinung begegnet er sich mit der ganzen offiziellen Presse. Ich sah die politische Situation keineswegs so kritisch an, daß man nicht ein offenes Wort hätte sagen können, wenn man sich überhaupt entschloß, zu antworten. Ich hätte mich ja auch entschließen können, gar nicht zu antworten. (Lebhaftes Beifall rechts!) Aber andere Herren haben ja auch geantwortet. Die Uebersetzung im „Berliner Tageblatt“, nach der Herr v. Bollmar zitierte, ist nicht völlig genau.

Abg. v. Bollmar (Soz.): Ich habe nicht davon gesprochen, daß Herr Semler die Tendenz gehabt habe, aufreizend zu reden, sondern ich habe nur die Tatsache festgestellt, daß solche Worte in Frankreich als aufreizend empfunden werden müßten. Wenn man in der gegenwärtigen Situation sagt: Falls es zu einem Kriege zwischen Deutschland und England käme, müßte Frankreich unter allen Umständen binnen 24 Stunden Partei ergreifen, so müßten solche Worte allerdings in Frankreich als aufreizend empfunden werden. (Sehr wahr!)

Damit schließt die Besprechung über die auswärtige Politik. Das Haus vertagt die Weiterberatung des Etats des Reichs-Lanzlers und des Auswärtigen Amtes auf Mittwoch 1 Uhr. Schluß 6 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Aus der Budgetkommission.
(Sitzung vom 30. April.)

Die Beratung des Kolonialetat wird mit dem Etat für Kiautschou fortgesetzt. Die eigenen Einnahmen betragen 1 1/2 Millionen Mark, die Ausgaben 13 1/2 Millionen, sodaß der Reichszuschuß 11 1/2 Millionen Mark beträgt!

Bei der Anforderung für die Bauverwaltung, 97 700 M., wird von Erzberger und Leonhart die zu äppige und teure Bauweise kritisiert. Ein Regierungsdirektor sucht diese Vorwürfe zu entkräften. Demgegenüber erzählt Paasche, daß viel zu viel Baubeamte dort untergebracht seien. Der Marineminister verspricht, daß nach Fertigstellung der Hafenanlagen eine Anzahl Baubeamte in Wegfall kommen sollen. Die Ausgaben der Zivilverwaltung werden im übrigen ohne erhebliche Debatte genehmigt. Ebenso die Ausgaben der Militärverwaltung von 3 1/2 Millionen Mark und die gemeinsamen Ausgaben von 2 1/2 Millionen Mark. An einmaligen Ausgaben werden größere Summen gefordert für Kasernenbauten. Hierbei entspinnt sich eine lebhafteste Debatte über die Frage, ob die militärische Macht in Kiautschou gehalten oder gar noch vermehrt werden soll. Der Referent Paasche ist der Meinung, man solle die Truppen nach und nach zurückziehen; denselben Gedanken äußert, nur wesentlich schärfer, Erzberger, der Kiautschou für völlig wertlos als militärischen Stützpunkt und ebenso wertlos als Handelsplatz erklärt. Freiherr v. Richtigshofen will an Kiautschou unter allen Umständen festhalten.

Genosse Webel konstatiert mit Freuden, daß die maßgebenden Parteien die Wertlosigkeit der Kolonie Kiautschou einzusehen beginnen. Er habe vor Jahren, als er sich zum ersten Male über Kiautschou äußerte, dieselben Gedanken ausgesprochen; damals aber habe er allein gestanden. Webel bezieht dann eingehender den militärischen und Handelswert von Kiautschou und kommt zu dem Ergebnis, daß die Hoffnungen in allen Punkten getäuscht worden sind. Wir haben jetzt schon über 100 Millionen Mark für diese Kolonie ausgegeben, das dürfe so nicht weiter gehen. — Abg. Storz spricht auch gegen die Verwendung großer Geldsummen auf Kiautschou; wir seien dort mit unseren Einrichtungen nur die Lehrmeister der Chinesen, auf deren Dankbarkeit nicht zu rechnen sei. — Semler will die Kolonie zu einer „Kulturstation“ ersten Ranges ausbauen und der Marineminister warnt vor Pessimismus und behauptet, das Marineministerium habe vom ersten Augenblick an nur den Gedanken gehabt, Kiautschou zu einem Zivilisationspunkt zu gestalten. Dazu gehöre aber auch militärische Macht.

Es wird von freisinniger Seite der Antrag gestellt, von den Ausrüstungskosten einen Teil zu streichen, der Antrag wird jedoch zurückgezogen, aber von Ledebour wieder aufgenommen. Schließlich wird die Anforderung gegen die sozialdemokratischen Stimmen bewilligt. Auch die freisinnigen stimmen dafür. Der Rest des Etats für Kiautschou wird debattelos genehmigt.

Die Kommission geht über zur Beratung des Marine-Etats. Die unbedeutenden Einnahmen werden ohne Debatte genehmigt. Bei den Personalausgaben spricht Semler für Gehaltsaufbesserung der Beamten. Andere Redner behalten sich ähnliche Wünsche für das Kapitel Verden vor. Auch größere Berücksichtigung der technischen Kräfte wird gewünscht. Der Staatssekretär sagt Verzichtung der Wünsche zu. Die umfangreiche Diskussion verbreitet sich dann über allerlei Beschwerden und Wünsche. Da wird mitgeteilt, daß ein Dack viel zu schmal gebaut wurde, so daß, als es fertig war, sofort der Umbau beginnen mußte! Daß ein neues Mononoboot seit vier Jahren unbenutzt im Kieler Hafen liegt; daß zu wenig neue Schiffe auf den eigenen Werften gebaut werden usw. Hinsichtlich des letzteren Punktes wird zugegeben, daß ein unwirtschaftlicher Wettbewerb besteht, aber das sei nicht zu ändern, da zu viel Reparaturarbeiten keine Zeit für Neubauten lassen. Die Reparaturen können man dem „Apothekerrechnungen“ halber nicht auf Privatwerften machen lassen!

Bei unwesentlichen Debatte werden die Ausgaben für Marineamt, Admiralstab, Seewarte, Intendanturen, Rechtspflege, Seeförderung, Garnisonsschulen und Geldverwaltung bewilligt. Die Ausgaben für Velleidung liegt eine Petition pommerischer Tuchfabriken vor, die sich nicht genug berücksichtigt fühlen. Die Marinerverwaltung will von der allgemeinen Subvention nicht abgehen. Es werden weiter genehmigt die Ausgaben für Garnisonverwaltung, Garnisonbauwesen, Wohnungsgeldzuschuß, Sanitätswesen, Reise-, Marsch- und Brackwasser und Bildungswesen. Zu längerer Debatte führt das

Kapitel „Instandhaltung der Flotte und der Werften“. Die Bepflegung der Arbeiterverhältnisse wird bis zur Behandlung der Petitionen aufgeschoben.

Zu der Forderung von 22 250 000 „Allgemeiner Werftbetrieb“ wird eine Resolution angenommen: Diese Forderung künftig zu spezialisieren. Der Rest der fortbauenden Ausgaben beim Marineetat wird bewilligt; die gesamten dauernden Ausgaben belaufen sich auf 120 846 000 M.

Die russische Revolution.

Der Fall Surabow.

Die Reaktion macht aus der Rede, die Surabow am Montag in der Reichsduma hielt und über die wir gestern bereits kurz unter „Letzte Depeschen“ berichteten, eine Haupt- und Staatsaktion. Wir geben daher — nach dem selbstverständlich reaktionär gefärbten Bericht der „Kotwoje Wremja“ einen längeren Auszug aus der Rede Surabows. „Kotwoje Wremja“ schreibt:

Surabow begann seine Rede mit einer Reihe parlamentarisch unzulässiger Ausfälle gegen die Armee und die Regierung. Trotz Unterbrechungen seitens des Präsidenten Solowin fuhr Redner fort und sprach offen schwere Beleidigungen aus. Auf der Rechten herrschte große Erregung. Der Kriegsminister und seine Mitarbeiter erhoben sich empört von den Plätzen und forderten die Entfernung Surabows aus dem Saal. In dem allgemeinen Lärm wurde die Stimme Solowins nicht gehört. Endlich erklärte dieser, Surabow werde sich wohl nicht weigern zu erklären, daß er keine Beleidigungen beabsichtigt habe. Surabow bestätigte dies, fuhr jedoch mit Beleidigungen, und zwar in noch verächtlicher Form, fort. Hieraus entstand ein gewaltiger Lärm. Die Mitglieder der Rechten und des Zentrums gaben ihrer Entrüstung lebhaftesten Ausdruck; die gemäßigten Bauernabgeordneten stürzten zur Präsidententribüne und forderten die sofortige Verweisung Surabows aus dem Saale. Unter fortwährendem wüstem Lärm erklärt der Präsident Solowin den Zwischenfall für erledigt. Sofort erheben sich die Abgeordneten der Rechten, der Gemäßigten, der Oktobristen sowie die Parteiloosen und verlassen unter Protestrufen den Saal. Auf einen Antrag der Kadetten hin ordnet der Präsident Solowin eine Pause von 20 Minuten Dauer an, die sich aber auf 1 1/2 Stunden ausdehnt. Die Fraktionen versammeln sich in ihren Zimmern zur Beratung. Ueberall laufen Gerüchte um über eine Auflösung der Duma. Die Kadetten beginnen mit der Rechten zu unterhandeln und erklären, Solowin habe jetzt die Beleidigungen Surabows nach Einsicht in die Stenogramme richtig aufgefaßt; er wolle ihn aus dem Saal entfernen lassen und werde, falls der Antrag auf seine Entfernung abgelehnt würde, die Präsidentschaft niederlegen. — Diese Erklärung befriedigt die Rechten und die bauerlichen Abgeordneten; die Sitzung wird darauf um 7 Uhr abends wieder aufgenommen. Das polnische Kolo kehrt nach der Pause nicht wieder in den Saal zurück. Präsident Solowin erfüllt nicht ganz die Versprechungen der Kadettenpartei, sondern erteilt dem Abgeordneten Surabow nur eine Kugel, entzieht ihm das Wort und fordert gleichzeitig für sich das Vertrauensvotum des Hauses. Hieraus erheben die Abgeordneten der Linken einen furchtbaren Lärm und toben. Der Sozialdemokrat Jereteli springt auf das Podium und protestiert gegen die Maßregelung Surabows. Präsident Solowin entzieht ihm das Wort. Jereteli fährt trotzdem fort zu reden; der Lärm nimmt immer größere Dimensionen an. Jereteli stürzt nunmehr in den Gang zwischen den Reihen, ihm folgen alle Abgeordneten der Linken, die beim Verlassen furchtbare Beschimpfungen und Beschimpfungen ausstoßen und mit Häuten drohen. Nur zehn Mitglieder der Arbeitsgruppe bleiben allein von den linksstehenden Parteien im Saal. Von den im Saale gebliebenen wird die Maßregelung Surabows durch Solowin gut geheißt. Die Minister hatten während des Lärms empört den Sitzungssaal verlassen. Die Sitzung wird nach 8 Uhr abends geschlossen.

Daß Surabow auch zu seiner Schärfe in der Form ein gutes Recht hatte wegen des provokatorischen Auftretens, das der Kriegsminister zu Anfang der Montagssitzung an den Tag legte, das brauchen natürlich die Blätter und die Politiker der Reaktion nicht zu berücksichtigen.

„Russ. Kur.“ schreibt allerdings: Der stürmische Verlauf der Reichsdumassitzung am Montag, den 20. April, hat in den beteiligten russischen Kreisen und vor allem in den russischen Regierungskreisen, den denkbar peinlichsten Eindruck hervorgerufen, und man verurteilt allgemein (?) das Auftreten des russischen Kriegsministers, General Adigder, der, obwohl nach diesbezüglichen Konferenzen der letzten Tage in Jaroslawe Selo das Schicksal der Rekrutenvorlage bereits im Prinzip entschieden war, in unnützig provokierender Weise auftrat und so die außerordentliche Erregung der extremen Linken hervorrief, die sich mit Höchstgeschwindigkeit auch auf die in Petersburg noch verbliebenen Reichsdumamitglieder übertrug und worüber sofort nach allen Richtungen Russlands Berichte erstattet wurden. —

Dumaauflösung?

Petersburg, 30. April. Im Laufe der Nacht fand eine außerordentliche Sitzung des Ministerrats statt, in welcher es wegen eventueller Auflösung der Duma zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Stolypin und Schwanebach gekommen sein soll. Der Kriegsminister soll erklärt haben, der Kaiser werde, wenn die Duma die Rekrutenvorlage nicht annehmen und wenn der armenische Abgeordnete Surabow nicht aus derselben entfernt würde, oder aber seine Beleidigungen und Beschimpfungen nicht zurückzöge, die Duma auflösen, da er nie zulassen würde, daß seine Armee derartig beschimpft werde.

Die Polen haben sich bei ihrem Eintreten für die Rekrutenvorlage von dem Gesichtspunkte leiten lassen, daß die Autonomie Polens im Rahmen des großen russischen Reiches wünschenswert sei. Deshalb müsse die russische Armee stark erhalten werden. Allerdings mißbilligten auch sie dieses, was die Heeresverwaltung angeordnet habe.

Angenommen!

Petersburg, 30. April. Die Duma hat die Regierungsvorlage betreffend die Festsetzung des Rekrutenkontingents mit 193 gegen 123 Stimmen angenommen.

Damit ist der Duma die Fortsetzung ihrer Existenz wohl bis auf weiteres gesichert. Aber auf wie lange? —

In den Händen der Menschenhändler.

Unermüdlich ziehen gewissenlose Agenten, Menschenhändler, durch die Lande, um Arbeiter, die Sehnsucht nach Verbesserung ihrer Lebenslage haben, ins Ruhrrevier zu locken. Und meistens haben diese Wesen mit ihrem verbrecherischen Treiben noch immer Erfolg, trotz aller Warnungen der Arbeiterpresse.

Täglich langen auf den Bahnhöfen des Ruhrreviers größere Massen fremder Arbeiter an, in geschlossenen Kolonnen, wie Sklaventransporte, von verächtlich aussehenden Menschen kommandiert. Ein äußerst trauriger Anblick! Für den Kenner der Verhältnisse um so trauriger, als er sicher weiß, daß die meisten der Armen ins sichere Elend wandern.

Schon oft geben sogar gelehrte, gut bezahlte Arbeiter ihre Stellungen in der Heimat auf und folgen den Lockungen der modernen Sklavenhändler. Hatte z. B. so ein junger, kräftiger, gelehrter Arbeiter in der Heimat 5 M. Lohn pro Tag (solche Löhne sind sehr oft vorgekommen, kürzlich noch einem Schlosser aus Wien), dann versprach der Agent 6—8 M. Lohn. Freudig nahm der Arbeiter an und war natürlich der Betrogene.

Wie sind die Arbeiter enttäuscht, wenn sie am Lohnstage statt der vom Agenten versprochenen 6—8 M. nur 3,50—3,80 M. in die Hand gedrückt bekommen! Und dann führen sich noch oft die Betroffenen ins Unklare dadurch, daß sie sich in ihrer begreiflichen

Erregung an den Beamten vergreifen, dafür kann auf lange Zeit ins Gefängnis wandern.

Sind die Betroffenen gar noch Ausländer, dann dürfen sie sich nicht mal über widerfahrendes Unrecht beschweren, bei Gefahr, als „lästig“ auf den Schah gebracht zu werden.

Klagen der Betroffenen beim Bergwerbergericht sind fast immer erfolglos, denn man läßt den Einwand der Fehdenvertreter gelten, sie hätten den Agenten keinen Auftrag gegeben, den Angeworbenen 6—8 M. Lohn zu versprechen. Wird dieser Einwand erhoben, dann können die Kläger keinen Gegenbeweis erbringen und ihre Klage wird abgewiesen. . . .

So sind diese armen betrogenen fremden Arbeiter fast immer den Ausbeutern auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Der Unternehmer laserniert die Leute ein, schließt sie von der Außenwelt ab, benutz sie als Lohnbrüder und hat vor allen Dingen ein Heer von Streikbrechern in Reserve.

Im übrigen sollte der Einwand der Unternehmer, sie hätten den Agenten keinen Auftrag gegeben, den Angeworbenen 6—8 M. Lohn zu versprechen, gar keine Geltung haben. So unschuldig sind die Unternehmer keineswegs! Beweises doch noch kürzlich die Verwaltung einer Ruhrloblege in einem Inzert in einer Lütker Zeitung, durch welches sie mehrere hundert Arbeiter suchte, u. a. auf ihre Hauertlöhne, die mehr als 6 M. betragen hätten. Selbst wenn die Angabe der Fehdenverwaltung stimmt, daß sie solche hohe Hauertlöhne gezahlt hat, ist ihre Angabe dennoch auf Irreführung berechnet, weil der Angeworbene glauben muß, er könne als Dauerbeschäftigter werden und ebenfalls 6 M. pro Schicht verdienen. Und doch müssen fremde, des Bergbaus unfähige Arbeiter erst jahrelang allerlei andere, minderbezahlte Arbeiten verrichten, ehe sie als Dauer zugelasen werden dürfen. . . .

Nun hat sich in den letzten Tagen ein recht drastischer Fall ereignet. Der Wagbeurger Arbeiter betrifft, die ebenfalls einem Menschenhändler in die Hände gefallen waren. Infolge der Ausschließung der Hamburger Schauerleute war es auch mit der Schiffahrt flau bestellt und die Hafenarbeiter in den Elbstädten hatten recht wenig zu tun. Flugs machten sich Agenten die Gelegenheit zunutze, um diese Leute ins Ruhrrevier zu locken, wo wieder andere Agenten tätig waren, Arbeitswillige für den Hamburger Hafen zu werben.

Einem Menschenhändler, der in Wagbeurg eintraf, gingen wirklich etwa 100 Arbeiter — meist im Hafnarbeiterverband, einige auch im Metallarbeiterverband organisiert — auf den Leib. Sie wurden für die große Heide „Deutscher Kaiser“ des belandeten Industriefürstlings Thissen angeworben, wo sie 6 M. pro Schicht verdienen sollten. An Ort und Stelle angekommen, wurden die Leute sofort in Kasernen untergebracht. Und als sie sich dann nochmals um ihren Lohn befragten, mußten sie erfahren, daß sie die Betroffenen waren; anstatt der vom Agenten versprochenen 6 M. sollten sie 3,50 bis 3,80 M. pro Schicht verdienen; was der Agent versprochen, gehe der Fehdenverwaltung gar nichts an, hieß es. Wie immer!

Darauf ließen sich die Wagbeurger Arbeiter, die den rufständigen Elementen nicht beizuzählen sind, aber nicht ein, sondern sie verweigerten die Arbeit. Und sie beschloßen weiter: Rückkehr in die Heimat! Wie das aber bewerkstelligen, da doch die geringsten Mittel fehlten? Sie beschloßen also, den Weg von Ruhrort nach Wagbeurg über Hannover zu Fuß zurückzulegen! Sobald der Beschluß gefaßt war, begaben sie sich auf den Weg.

Sonnabend früh langten die vier ersten Heimwanderer in Dortmund an; sie kamen dort zur Redaktion der Dortmunder „Arbeiterzeitung“ und schilderten ihr Elend. Die Kernten waren völlig erschöpft und fast dem Hungertode nahe; sie hatten weder Mittel zur Bahnfahrt noch sonstiges Geld. Sie hatten kein Geld, um nachts ein Unterkommen zu finden, und hatten auch kein Geld, ihren Hunger zu stillen! Sie erzählten, daß sie wie die Biscuener ausjagen und nachts in den Wäldern lagerten. Bis Mittwoch würden sie wohl ihre Heimat Wagbeurg wieder erreichen. . . .

Fürwahr, diese Kernten haben ihre Sehnsucht nach den „Goldbergen“ des Ruhrreviers bitter büßen müssen! Und doch sind sie glückselig zu preisen, daß sie sich aufzröffen und wieder heimzogen. Kaufende unglückliche Familien müssen, durch die Verhältnisse gezwungen, ausharren und gehen im Elend zugrunde. Freilich ist es auch schon vorgekommen, daß ganze Familien, 6 und 8 Köpfe stark, mit Saß und Paß, die kleinsten Kinder in einer Handarre, die von den größeren Kindern gezogen wurde, zu Fuß wieder nach der Waidauer Gegen wanderten, wo ihre Heimat war.

Das sind entsetzliche Zustände! Und keine Behörde des preussischen Staates denkt daran, dem verbrecherischen Treiben der Menschenhändler Einhalt zu gebieten. Wie sollen sie auch dazu kommen, da doch das Treiben dieser Agenten den Grubenpropheten und sonstigen Ausbeutern nur zum Segen gereicht!

Um so mehr müssen die Arbeiter auf Selbstschutz bedacht sein. Ueberall müssen die Agenten und ihr verbrecherisches Treiben gebremst werden. In den Organisationen muß darauf hingewiesen werden, daß die fremden Arbeiter im Ruhrrevier den Ausbeutern macht- und rechtlos gegenüberstehen und daß sie gegebenenfalls den ansässigen Arbeitern als Streikbrecherkolonnen in den Rücken fallen sollen. Es muß ihnen gesagt werden, daß die Agenten schwindeln und lügen und ihnen, den Arbeitern, im Ruhrrevier nur Elend bedorft, daß sie bei bedeutend teuren Lebensverhältnissen einen viel geringeren Lohn als in der Heimat erhalten und noch obendrein bedeutend schwerer schütten müssen. . .

Noch deutlicher als diese Schilderung spricht für das tieftraurige Elend der durch Betrögenen nach dem Westen gelockten Arbeiter der nachstehende Brief eines moscovischen Arbeiters, der in seiner Heimat 2 M. Lohn in der Fabrik erhielt. Er schreibt über seine Erlebnisse im Westen:

Auch ich bin, weil ich bei den furchtbar niedrigen Löhnen, die hier gezahlt wurden, mit meiner Familie nicht länger hungern wollte, einem der hier herumlungern Agenten ins Garn gegangen und nahm Arbeit nach dem Rheinland an, wohin ich mit einem Trupp angeworbener Landleute am 5. Januar dieses Jahres abfuhr. Vor meiner Abreise fragte ich den und begleitenden Transporteur, ob wir nicht im Rheinland gar schlechter behandelt werden würden als hier, denn in sozialdemokratischen Zeitungen warne man vor den industriellen Ausbeutern des Westens. Der Transporteur erklärte aber, dies wären nur Erfindungen der Sozialdemokraten, die die Arbeiter unzufrieden machen und gegen die Arbeitgeber aufhetzen. Nachdem wir unterwegs noch auf einigen Stationen, besonders in Berlin, gewarnt worden waren, kamen wir in Weidrich an. Hier merkten wir schon, daß wir betrögen waren. Denn während man uns in unserer Heimat als Plagarbeiter angeworben hatte, wurden wir im Kontrollbureau als Erzablander eingestellt. Dann erhielten wir in einer Wirtschaft Mittagessen, vor dem wir, die wir wahrlich nicht verdoht sind, und tatsächlich graulen. Dann ging es zum Arzt zur Untersuchung. „Ach! Ach! von wo hat Euch der Teufel alle hierher gebracht?“, das waren die ersten Begrüßungsworte, die wir hier zu hören bekamen. Dann wurde fast jeder derb angeschaut und hin und her gestochen. Am anderen Morgen ging es zur Arbeit. Kaffee oder Frühstück erhielten wir nicht. Geld hatte keiner, denn die paar Mann, die noch Geld hatten, mußten es hergeben zur Anschaffung von Töpfen, Löffel und sonstigen notwendigen Dingen. Auch Schüsseln mußten zu den Spindeln gelauft werden. Die meisten — auch ich — mußten mit mühsamem Wagen zur Arbeit gehen. Und was für eine Arbeit! Solch eine Arbeit kannte ich noch nicht. Vordurch gab es nicht, nur Mittagessen auf Rump. Dieser schmerzlichen Arbeit mit meinem schon in der Heimat ausgemergelten Körper und jetzt noch mit knurrendem Magen war ich nicht gewöhnt. Schon nach drei Tagen klappte ich zusammen. Es stellte sich Lungenentzündung ein, an der ich vom 11. Januar bis zum 15. April im Krankenhause lag. Vor Gram und Entbehrung erkrankte nun auch meine Frau in der Heimat und hat dort 7 Wochen schwer krank gelegen. Die Folge war schreckliche Not in der Familie. Die Kinder hungerten und waren halb todt. Ich lag fern von ihnen krank und konnte nicht helfen. Jetzt bin ich kaum genesen und wieder nach O. zurückgeführt ins alte Elend. Wie wird

Was mit gehen? Kennt man diese Zustände hier beim richtigen Namen, dann bekommt man auch nicht mal die schlecht bezahlte Arbeit und wird obendrein noch von den durch Pfaffen verbummelt und aufgeblähten Arbeitskollegen gemieden.

Das durch die vorstehende Schilderung gekennzeichnete Treiben der Agenten und ihrer Helfershelfer ist schamlose, gemeine Ausbeutung der Kollage der in die Ferne Gelockten. Deshalb schreitet die auf anderen Gebieten so zugriffslustige Strafverfolgungsbehörde nicht wegen Betrugs und Wuchers ein!

Aus der Partei.

Die Maifeier in Italien.

Paris, 30. April. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Das Proletariat Italiens rüstet zur Maifeier und zur Arbeitsruhe in üblicher feierlicher Weise. Umzüge und Volksversammlungen werden vorbereitet, obgleich die Regierung an vielen Orten alle Demonstrationen irgendwelcher Art untersagt hat. — In Rom soll die geplante Versammlung trotz des Verbotes doch abgehalten werden! —

Rom, 30. April. (W. L. D.) (Deputiertenkammer.) In Verantwortung einer Interpellation des sozialistischen Abgeordneten Turati, der sein Bedauern darüber geäußert hatte, daß eine auf den 1. Mai in Rom anberaumte Versammlung, bei der Maxim Gorli den Vorsitz führen sollte, von der Sicherheitsbehörde verboten worden sei, erklärt Ministerpräsident Giolitti, die Versammlung sei nicht erlaubt worden, weil man besorgt habe, daß sich Gesinde dazu einfinden und Außerordnungen hervorgerufen würde. Er, der Minister, sei ein Betrunder Gorli und glaube, daß man diesem mehr Achtung erweise, wenn man ihn in die Lage versetze, bei einer Gelegenheit zu sprechen, bei der tumultuarische Ausschreitungen nicht zu befürchten seien und das Publikum ihn in angemessener Weise hören könne. (Lebhafte Beifall.)

Wieder ein Waffensatzverbot. Die Arbeiter von Heibingsfeld bei Würzburg beschloßen, am 1. Mai einen Aufzug mit Musik zu veranstalten. Wäher wurde ihnen die Erlaubnis immer erteilt, aber diesmal verweigerte der Stadtmagistrat die Genehmigung. Aus dem Bescheid erfährt man, daß der bayerische Polizeiminister tatsächlich ein generelles Verbot der Waffensätze erlassen hat. Es heißt darin, daß für ganz Bayern die Waffensätze der Erlaubnis der Erlaubnis zu öffentlichen Aufzügen der sozialdemokratischen Partei am 1. Mai allgemein zu versagen.

Die jüngste Reichstagsrede des Genossen Koste behandelte die „Reiziger Volkszeitung“ am Montag in einem Leitartikel, aus dem wir folgende Stellen wiedergeben:

..... Wenn die liberale Presse sagt, der größte Teil der Koselischen Rede dachte sich mit dem, was Mitglieder der bürgerlichen Linken ebenfalls vertreten könnten, nun, so schlimmer für die bürgerliche Linke, daß sie diese Forderungen nicht vertritt. Damit beweist sie nur von neuem, daß sie den Kampf selbst gegen die Wünsche des Militarismus schon lange aufgegeben und der Sozialdemokratie überlassen hat. Also einen gewissen Teil rein bürgerlicher Forderungen wird jede sozialdemokratische Rede gegen den Militarismus enthalten. Immerhin muß gesagt werden, daß Genosse Koste die prinzipielle Stellung der Sozialdemokratie zum Militarismus nicht mit der Schärfe betonte, die nötig war und die vor allen Dingen bei einer Rede zum Militärrecht nötig war. Wir sind nicht gesonnen, deshalb dem Genossen Koste, der ja dem Reichstags erst kurze Zeit angehört, Vorwürfe zu machen. Aber vielleicht nimmt die Fraktion daraus Veranlassung, bei der Auswahl ihrer Staatsredner noch größere Vorsicht walten zu lassen als bisher. Die Partei muß von ihren parlamentarischen Vertretern verlangen können, daß sie die Ziele und die Stellung der Sozialdemokratie nach allen Richtungen hin scharf zu ziehen verstehen. Und dreifach gilt das dem Todfeinde der deutschen Arbeiterklasse gegenüber, dem völlerzerfressenden Militarismus, den sich die herrschenden Klassen zu einem so brauchbaren Instrument zur Aufrechterhaltung ihrer Diktatur gestaltet haben.

Mit besonderem Vergnügen ist die gesamte bürgerliche Presse über eine Neuerung Koste's hergefallen, wonach im Falle eines Angriffskriegs jeder deutsche Sozialdemokrat die Flinte auf den Boden nehmen werde. Danach hätte es allerdings die herrschende Klasse Deutschlands sehr bequem, sich der Zustimmung der Sozialdemokratie zu ihren Kriegen zu verweisen. Sie brauchte nur die gerissene Politik Bismarck's aus dem Jahre 1870 zu befolgen, als er Frankreich angriff und doch selber als Angegriffener erschien. Man sieht hier: die Unterscheidung, ob Angriffskrieg oder Verteidigungskrieg, ist rein äußerlich und führt zu gar nichts. Die Stellung der Sozialdemokratie zu einem Kriege ist ausschließlich von den Faktoren diktiert, von denen ihr ganzes Tun und Treiben diktiert ist, von den Interessen der Arbeiterklasse, und da ist es ganz gleichgültig, ob es den Herren Diplomaten gelungen ist, dem Gegner die Offensive zuzuschieben oder nicht. Augenblicklich befinden sich ja diese Herren in arger Verlesung. Sie fühlen sich von England eingekreist und kennen augenblicklich keine bessere Rolle, als die des „Westen“, der bekanntlich nicht in Frieden leben kann, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt. Galt in dieser Situation der Staatsredner der Sozialdemokratie wirklich nichts Besseres zu sagen, als: „Beruhigt euch, wenn man „uns“ angreift, nehmen wir alle die Flinte auf den Boden!“? Kam es nicht vielmehr darauf an, dem Gegner zu sagen: Es ist ein würdiger Zustand für ein Kulturvolk, sich von einer Bande talent- und namenloser Diplomaten wie eine Schafherde in einen Krieg hegen zu lassen, von dem niemand weiß, wie er entstanden ist, noch um welche Ziele er sich eigentlich dreht? Wenn ihr wollt, daß das deutsche Volk die Verantwortung tragen soll für eure „Diplomatie“, so beantwortet erst mal eure Diplomatie vor dem deutschen Volke. Legt uns, den Vertretern der Nation, die Aktenstücke vor, um die es sich handelt, wie es die englische und französische Regierung mit den englischen und französischen Parlamenten auch macht. Bei einer derartigen Gelegenheit ließ die französische Kammer den Minister, den sie als die Kriegsheber einer kriegerischen Politik ansah, den Herrn Delcassé, einfach über die Klinge springen. So geht es in wirklichen Kulturstaaten zu. Und so lange das in Deutschland nicht möglich ist, erklären wir es für eine Unverschämtheit, der deutschen Arbeiterklasse zuzumuten, blindlings für eure unverantwortliche Politik einzutreten zu sollen.

So mühte ein sozialdemokratischer Redner sprechen, und er hätte sich dann nicht einmal rühmen dürfen, eine speziell sozialistische Forderung vertreten zu haben — denn die Entscheidung des Parlaments über Krieg und Frieden ist eine so rein bürgerliche Angelegenheit, daß sie, wie schon erwähnt, in wirklichen Kulturstaaten die ganz selbstverständliche Voraussetzung des bürgerlichen Parlamentarismus bildet. — Immerhin hätte er einen Grundsatz des Erfurter Programms vertreten, wo es unter den Forderungen, die die Sozialdemokratie bereits an den heutigen kapitalistischen Staat stellt, unter Punkt 3 heißt: „Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung.“ Nirgends steht da geschrieben, daß jeder Sozialdemokrat blindlings die Flinte auf den Boden nehmen muß, wenn „wir“ angegriffen sind. Die Komplikationen und Schwierigkeiten, unter denen jetzt die deutsche Regierung auf auswärtigen Gebieten leidet, und die zum großen Teile durch ihre arbeitfeindliche innere Politik verursacht ist, galt es im Interesse der Arbeiterklasse anzunehmen und offen vor der gesamten Welt zu erklären, daß diese selbstherrliche Regierung kein Recht hat, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen, fernerhin die große Partei ihr feindlich gegenübersteht. Das hätte den deutschen Juristen diplomaten deutlich die Gefahr gezeigt, der sie mit ihrer trivialen Politik entgegensteuern.“

Ein kulturhistorisches Dokument.

Das Gesuch des Anwalts des Genossen Paul Schlegel von Nürnberg, die gegen ihn verhängte Zeugniszwangsbefehl sofort aufzuheben, da das Gericht jetzt schon zu Ueberzeugung gekommen sein müsse, daß die Haft wirkungslos und ihre Fortdauer daher zwecklos sei, wurde vom Amtsgericht Kulmbach abgelehnt mit der klassischen Begründung: Die kaiserliche Partei verzichte nicht, und das Gericht sei angehalten, der anhaltenden und gefehlich unzulässigen Weigerung Schlegel's gezwungen, das letzte Mittel, die Zeugniszwangsbefehl, völlig durchzuführen und eventuell ganz zu erschöpfen. Vor der völligen Erschöpfung lasse sich nicht sagen, ob Schlegel durch die lange Freiheitsberaubung schließlich nicht doch die Geduld verliere und sich zur Zeugnisabgabe bestimmen lasse.

Die preussischen und sächsischen Richter müssen sich vor dem bayerischen Amtsrichter Frohnauer in Kulmbach, der diese unerhörte Begründung gegeben hat, beschämt ins Kauseloch verfrachten. So etwas hätten sie kaum fertig gebracht. Man fühlt sich an die Unterjochungen mittelalterlicher Richter erinnert. Herr Frohnauer will sein Opfer durch die Anwendung der „peinlichen Frage“ mürbe machen. Und zu der Tortur wird auch noch die persönliche Schmähung gefügt: der gemüthliche Richter traut seinem Opfer zu, daß es „durch die lange Freiheitsberaubung“ schließlich doch zum moralischen Zusammenbruch getrieben wird und sich zum Verrat des Berufsgeheimnisses bereit finden läßt. Ein Mann, der sich weigert, seine Ehre durch eine schmachvolle Handlungswiese zu befehlen, soll gewaltsam entehrt werden, nur um die persönliche Nachsucht eines Kapitalisten zu befriedigen, der Schlegel bereits in derselben Sache wegen Verleumdung hat verurteilt lassen, aber seine Ehre dadurch noch nicht genügend repariert hält und nun auch noch den Verfasser wissen möchte. Dieser unerhörte Fall wird das wertvollste Beweismittel für die Notwendigkeit der Aufhebung des Zeugniszwanges abgeben.

Soziales.

Landarbeiterelend.

Der 65jährige Landarbeiter Gottlob Lehmann hatte sich im Dezember vorigen Jahres auf ein Jahr bei dem Agrarier Frißche in Holleben bei Halle vermiethet. Am 4. Februar d. J. verließ er fändigungslos den Dienst. Deshalb wurde er vom Schöffengericht wegen Kontraktbruchs mit sechs Mark Geldstrafe belegt. Gegen dieses Urteil hatte Lehmann bei der Strafammer Halle Berufung eingelegt. Er führte bittere Klage gegen den Gutsherrn. Dieser habe ihm nicht die nötigen „Frühstück“ und Wesperrausen gelassen und als er, Angeklagter, einmal vier Tage krank gewesen sei, habe ihm der Gutsherr nicht einmal den Lohn, sondern für die vier Tage nur das Krankengeld gezahlt. Eine Beschwerde bei dem Amtsvorsteher sei erfolglos gewesen und als er Frißche einen Zahlungsbefehl geschickt, habe er die Auslagen dafür noch hinterhergeworfen. An Lohn sei vereinbart gewesen für das erste Halbjahr pro Woche 10 M., für das zweite Halbjahr pro Woche 12 M. Doch er bei dem Einkommen überflüssige Mittel nicht zur Verfügung gehabt habe, werde man ihm wohl glauben können. Das Berufsgericht hob das erste Urteil auf, sprach den Landarbeiter frei, da der Dienstherr den Lohn nicht zahlte, wozu er verpflichtet war und der Angeklagte deshalb berechtigt den Dienst verließ.

Daß der Landarbeiter in zweiter Instanz Recht erhalten hat, bestreitet die Tatsache nicht, daß in vielen ähnlich liegenden Sachen die Landarbeiter nicht Recht erhalten, weil das Gericht das Nichtlohnzahlen für keinen „wichtigen Grund“ erachtet und dann ein ähnliches Urteil wie das Schöffengericht fällt. Das liegt in Wirklichkeit darauf hinaus, daß der Landarbeiter bestraft wurde, weil — der Gutsherr den Vertrag gebrochen hatte. Die gegen das Besondere und Landarbeiter gerichteten Vertragsbruchgesetze sprechen modernen Verhältnissen Hohn. Sie sind schlimmer als Hörigkeitverhältnisse, ungerechte Fesseln für den Arbeiter. Derartige schmachvolle Verhältnisse lassen es verständlich erscheinen, wenn in weiten Kreisen des Auslandes angenommen wird, eine große Menge, insbesondere der ländlichen Bevölkerung, würde — genau so wie die „untertänige“ Bevölkerung von 1807 den Napoleonischen Einfall in Preußen — eine Befreiung Preußens durch das Ausland als einziges Mittel der Erlösung aus den Fesseln der Hörigkeit empfinden.

Aus Industrie und Handel.

Leistung, Mehrerlös und Lohnsteigerung.

Im Jahresbericht des Vereins für die bergbäulichen Interessen in Niederschlesien werden u. a. folgende Angaben gemacht: Der Durchschnittspreis für die Lonne Kohle betrug für das Jahr 1905: 8,15 M., für 1906: 8,52 M. Mithin pro Tonne 37 Pf. mehr! Die Gesamtzahl der Arbeiter ging um 427 auf 26 222 zurück. Die Förderung dagegen stieg um 98 576 Tonnen auf 5 403 056 Tonnen. Demnach ist die Förderung um 7 Tonnen pro Kopf auf 206,05 Tonnen gestiegen. Die Jahresdurchschnittslöhne erfuhren eine Steigerung um 42 M. auf 924 M.

Nach den Angaben beträgt der für eine Tonne gezahlte Lohn 4,48 M. Da im Jahre 1906 pro Kopf 7 Tonnen mehr geleistet wurden, als im Jahre 1905, entfallen von der Lohnsteigerung allein 31,36 M. auf Mehrleistung und nur 10,64 M. auf wirkliche Lohnerhöhung; ganz abgesehen davon, daß im Jahre 1906 ein größerer Kreis von Personen bei der Kohlegewinnung und der Erzeugung von Nebenprodukten tätig war. Die Mehrerlöse pro Kopf der Arbeiter stellt sich bei einer Steigerung des Verkaufspreises um 37 Pf. auf 76 M. Es bekamen mithin von dem Mehrerlös die Arbeiter rund 10 M., die Unternehmer 64 M.! Und da wagt man noch zu behaupten, Lohnerhöhungen hätten die Preisaufschläge notwendig gemacht und die Mehrerlöse fließe den Arbeitern zu.

Industrie-Absolutismus.

Nicht nur die Gewerkschaftler als Produzenten, auch die Abnehmer der syndizierten Produkte erfahren es, daß das Unternehmertum nicht nur für sich das Recht des Zusammenschlusses in Anspruch nimmt, sondern auch das Recht, anderen die gemeinsame Wahrnehmung der Interessen zu wehren. In der „Frankf. Ztg.“ lesen wir:

Eine Ziegeleibereinigung, deren Gründung auch gerade zum Zwecke des gemeinsamen Kohleneinkaufs für alle Gesellschaften erfolgt war und deren Jahresbedarf auch die Mindestgrenze von 6000 Tonnen, die das Syndikat für direkte Lieferung festgesetzt hat, übertraf, hatte sich an das Kohlenyndikat mit der Bitte um direkten Geschäftsbetrieb gewandt. Das wurde abgewiesen; die Genossenschaft solle sich an die Kohlenhandelsgesellschaft ihres Bezirks wenden, die jedenfalls auf ihre Wünsche soviel als möglich Rücksicht nehmen und ihr auch bezüglich der Preisstellung entgegenkommen würde. Das war also der erste Schritt. Aber bei dem blieb es nicht. Die betreffende Kohlenhandelsgesellschaft nämlich erklärte auf Anfrage zunächst, sie habe feste Preise und ob jemand 100 oder 1000 Waggons benötige, wäre ihr gleich; dann wurde sie höflicher und versprach, bei Tätigung eines etwaigen Abzuges die Genossenschaft „so wohlwollend als möglich“ zu behandeln; zum Schluß aber erklärte sie, aus prinzipiellen Gründen ein Angebot für die verschiedenen Ziegeleien der Genossenschaft nicht abgeben zu können: Wir haben mit derartigen Genossenschaften zu unerwünschten Erfahrungen gemacht, da sie (wohlgemeint: kein geschrieben!) uns nicht die genügende Gewähr für eine glatte Abnahme und für glatte Zahlung zu bieten vermögen.

Also auch dem Handel paßt der Zusammenschluß der Käufer nicht. Und da das Kohlenyndikat nicht will und der monopolisierte Handel auch nicht will, so sind die Abnehmer mehrlos. Mit Einkaufsgenossenschaften für Kohle gibt es keine Abschlüsse. Genau so, wie es mit den Verbänden der Arbeiter keine Unterhandlungen gibt. So ist doch der Industrieabsolutismus wenigstens deutlich.

Gewerbliche Einzelvorträge an der Handelshochschule Berlin werden in den Monaten Mai und Juni veranstaltet. Der Zweck dieser Vorträge geht hauptsächlich dahin, in Ergänzung des übrigen Lehrplanes den Studierenden und gleichzeitig der gewerblichen Bevölkerung Berlins einen Einblick in die Geschichte und den Handelsbetrieb der einzelnen Gewerbe durch anerkannte praktische Vertreter des Faches zu verschaffen. Die Vorlesungen finden in den Abendstunden im Handelshochschulgebäude statt. Die Reihe wird am Sonntag, den 11. Mai, von Herrn Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Aron mit einem Vortrage über die „Entwicklung der elektrischen Industrie“ eröffnet. Darauf folgt am Mittwoch, den 29. Mai ein Vortrag von Herrn Stadtrat Dr. Weigert, Vizepräsidenten der Kassen der Kaufmannschaft von Berlin, über „Geschichte und Technik der Textilindustrie“. Am Mittwoch, den 5. Juni wird Herr Kommerzienrat Richter, Mitglied des genannten Kollegiums, über „die Einrichtungen an der Berliner Börse“, und am Sonntag, den 8. Juni Herr Hermann Hecht, Mitinhaber der Firma Hecht, Pfeiffer u. Co., über „die Entwicklung und die Arten der Exportgeschäfte“ sprechen. Ferner findet eine Befestigung des Verlehrsbüros der Korporation der Kaufmannschaft von Berlin unter Führung des Herrn Bureau direktors Hoffmann am 15. Juni statt. Für jede Vorlesung werden besondere Eintrittskarten ausgegeben. Dieselben sind beim Bedell der Handelshochschule, Eingang Spandauerstr. 1 (Pfortnerloge), unentgeltlich zu haben. Bei brieflicher Bestellung (an das Sekretariat) wird gebeten, die Vorlesung oder Vorlesungen, zu denen Eintrittskarten gewünscht werden, genau zu bezeichnen, worauf diese portofrei übersandt werden.

Wirkung der neuen Handelsverträge. Im soeben erschienenen Jahresbericht der Chemnitzer Handelskammer heißt es: „Soviel ist... jetzt schon zu übersehen, daß der deutsch-österreichische Handelsvertrag für sehr viele Erwerbszweige eine ungeheure Verschlechterung gegenüber dem bisherigen keineswegs günstigen Zustand bedeutet. Von fast allen Industrien unseres Bezirkes wird die gleiche Klage erhoben, daß ihnen durch diesen Vertrag der Export nach Oesterreich abgeschnitten oder völlig unlohend geworden sei. Es scheint hiernach eine der wichtigsten Aufgaben der Reichsregierung, bei der endgültigen Regelung der Handelsbeziehungen zu denjenigen Staaten, mit denen bisher nur ein provisorisches Verhältnis vereinbart worden ist, auf die Bedürfnisse von Industrie und Handel die allergrößte Rücksicht zu nehmen, damit der deutschen Ausfuhr günstigere Abfahrtsgelegenheiten verschafft, nicht aber weitere Märkte verschlossen werden.“

Dreißig Prozent Dividende verteilten für 1906 die Farbwerke in Höchst bei Frankfurt a. M. Im Jahre 1905 wurden 24 Proz. Dividende ausbezahlt. Der Reingewinn beträgt pro 1906 10 736 440 M. gegen 8 698 548 M. im Jahre 1905. Dabei sind im abgelaufenen Jahre 1000 Arbeiter weniger beschäftigt gewesen als 1905.

Dreißig Mark vom Hundert erhalten die Herren Aktionäre ohne einen Finger dabei zu rühren; die Arbeiter dagegen, die den Mehrwert schaffen, werden mit Hungerlöhnen abgepepelt! O, welch ein Lust, Aktionär zu sein!

Som Käse- und Kräutermarkt. Die Zufuhren auf den holländischen Märkten waren sehr bedeutend bei stellenweise flottem Geschäft. In Reed Gese und Reed kostete Vollkäse- und Mollkäse 50 bis 55 M., 60 bis 65 M., 68 bis 70 M. Emmentaler 55, 60, 65 bis 70 M., je nach Qualität. Im Kreise Kempen erbrachte Stallkäse, 1/2-3/4 feil, 40, 44, 46 bis 50 M., Magerkäse 36 bis 38 M.

Rübenkraut ist wenig begehrt. Die Preise waren im Großhandel folgende: Rübenkraut 10,50 bis 11,50 M., Apfelkraut, erste Sorte 28 bis 42 M., zweite 30 bis 35 M., Obstkraut 23, 25 bis 28 M. Sämtliche Preise verstehen sich für 50 Kilogramm ab Verladeplatz, Kraut auch einschließlich der Verpackung.

Die Krise. Wegen Mangel an Bestellungen wurde die Petersburger Waggonfabrik geschlossen. 2000 Arbeiter wurden entlassen.

Aus der Frauenbewegung.

Dienstboten und Hausangestellte hatten sich am Sonntag im Beders Festsaal, Kommandantenstraße, versammelt. Der Referent, Simon Kagenstein, behandelte das Thema: „Arbeiterverschöpfung und Arbeiterversicherung für Hausangestellte“. Eingangs wies der Redner auf die bevorstehende Maidemonstration der Arbeitererschaft hin. Er schilderte dann die Vorteile der Arbeiterorganisation und ihre Erfolge und die Rechtlosigkeit der Dienenden. Sehr eingehend und verständlich besprach der Referent das Invalidengeschäft, als die einzige für Dienstboten bestehende Versicherung und erklärte auch die Vorteile der Arbeiterversicherung nach der Heirat. Anstatt sich 30 oder 40 M. (eingezahlte Invalidenbeiträge) zurückzahlen zu lassen, sollte jedes Mädchen eine Arbeiterversicherung durchziehen, weil die Vorteile groß sein können gegenüber den kleinen Leistungen (jährlich 10 Mark an 14 Pf.). Die Unterstellung des Dienenden unter die Unfall- und Krankenversicherung ist von großer Wichtigkeit. Die letztere sei ja in Aussicht gestellt; wir wünschen nur, daß sie nicht zu lange auf sich warten lasse. Nach eingehender Erörterung der Notwendigkeit und Nützlichkeit einer begrenzten Arbeitszeit, Festsetzung von Ruhepausen, Regelung der Sonntagsarbeit, wies der Referent auf die Forderungen hin, die der Arbeitsvertrag des Vereins für die Interessen der Hausangestellten“ empfiehlt, und erwiderte darin das Mittel, auch die Hausangestellten und Dienstboten zum selbständigen Vorgehen anzuregen. Nicht aufs Wollen sollen sie sich verlassen, sondern mutig streiten und sich die schweren Kämpfe, die auch gegenwärtig wieder ein großer Teil der ausgesperrten Arbeitererschaft zu führen hat, als Vorbild nehmen und zur Nachahmung dienen lassen. Die Versammlung brachte dem Verein 28 neue Mitglieder.

Die „Monatsschrift“ des Vereins für die Interessen der Hausangestellten wird vom 1. Mai dieses Jahres ab auch für den Verband der Hausangestellten in München obligatorisch eingeführt.

Versammlungen.

Zu dem Bericht über den Verbandstag der Zivilberufsmusiker erhalten wir folgende Zuschrift:

Nach dem in der Nr. 98 des „Vorwärts“ enthaltenen Bericht über die Verhandlungen des dritten Verbandstages des Zentralverbandes der Zivilberufsmusiker Deutschlands hat nach einem Referat des Vertreters der Generalkommission, Genossen Knoll, über „Gewerkschaften und Jugendorganisation“ der Delegierte aus Bremen die Behauptung aufgestellt, daß von der Bremer Parteileitung intensiv in der von der Generalkommission gemißbilligten Weise an der Jugendorganisation gearbeitet würde. Wir legen nun demgegenüber Wert darauf, festzustellen, daß diese Behauptung durch nichts begründet und völlig aus der Luft gegriffen ist. Die zur Prüfung über die Frage der Gründung einer Jugendorganisation eingesetzte Kommission ist erst vor kurzer Zeit mit ihren Beratungen fertig geworden und hat bis heute noch keinen Bericht erhalten können. Es war also dem Genossen selbst die Stellung der Kommission zu dieser Frage vollständig unbekannt, die aber scheinbar völlig konform ist mit der der Generalkommission, soweit deren Stellung aus dem Bericht ersichtlich ist. Es wäre also besser gewesen, wenn der Delegierte aus Bremen, der nebenbei dem Parteileben sehr fern steht, glaubte, sich zu dieser Frage äußern zu müssen, daß er sich dann wenigstens vorher genauer informiert hätte.

Wir ersuchen die Parteipresse, soweit sie diese Bemerkung gebragt hat, von vorstehender Verächtigung Notiz zu nehmen.

Die Bremer Jugendkommission.

Wegen Vermeidung eines Konflikts verurteilt.

Der Inhaber einer Glasblecherei stellte den Schieferarbeiter Düsing als Koraschleifer ein. Drei andere Schleifer, Mitglieder des Glasarbeiterverbandes, welche bereits in der betreffenden Werkstatt arbeiteten, teilten dem Bevollmächtigten des Glasarbeiterverbandes, Welfisch, mit, sie würden lieber aufhören, als mit Düsing zusammenarbeiten, der früher als Streikbrecher tätig war und auch noch in anderer Weise den Glasarbeiterverband geschädigt hatte.

Damit aber war die Angelegenheit noch nicht erledigt. Düsing verklagte Welfisch auf Schadenersatz. Er begründete die Klage damit, daß Welfisch in einer Weise, die gegen § 153 der Gewerbeordnung und gegen § 826 B. G. B. verstoße, seine Entlassung bewirkt habe. Die 3. Zivilkammer des Landgerichts I wies jedoch die Klage mit folgender Begründung ab: Der § 153 der Gewerbeordnung treffe auf diesen Fall nicht zu, auch ein Verstoß gegen die guten Sitten (§ 826 B. G. B.) liege nicht vor.

Der mit durchaus zureichenden Gründen vom Landgericht abgewiesene Kläger Düsing legte Berufung beim Kammergericht ein. Hier erreichte er seine Absicht. Auf Grund der in erster Instanz vorgenommenen Beweiserhebung erkannte der 19. Zivilsenat des Kammergerichts die Klage des Düsing als begründet an.

Eine überaus seltene, formell auffallende Erscheinung ist es, daß das Kammergericht, ohne die Zeugen zu hören, sich für berechtigt erachtet hat, das strikte Gegenteil von dem für erwiesen anzusehen, was auf Grund der Anhörung der Zeugen das Landgericht festgesetzt hat. Ein solcher Mißfall in die Fehler mittelalterlicher Prozeßgrundzüge ist ein in Zivilsachen äußerst seltener Vorstoß gegen die Grundsätze der Unmittelbarkeit und Mündlichkeit des Prozeßverfahrens.

Eine überaus seltene, formell auffallende Erscheinung ist es, daß das Kammergericht, ohne die Zeugen zu hören, sich für berechtigt erachtet hat, das strikte Gegenteil von dem für erwiesen anzusehen, was auf Grund der Anhörung der Zeugen das Landgericht festgesetzt hat. Ein solcher Mißfall in die Fehler mittelalterlicher Prozeßgrundzüge ist ein in Zivilsachen äußerst seltener Vorstoß gegen die Grundsätze der Unmittelbarkeit und Mündlichkeit des Prozeßverfahrens.

Gerichts-Zeitung.

Madeira-Gesellschaft und sein Ende.

In den vielen Zivil- und strafrechtlichen Streitigkeiten, zu denen die Madeira-Gesellschaft Veranlassung gegeben hat, wurde gestern wieder eine Station erreicht. Vor der achten Strafkammer des Landgerichts I wurde die Privatklage des Direktors Ernst Hofmann wider den Professor Dr. G. Pannwitz in Charlottenburg und die Widerklage des letzteren in der Berufungsinstante verhandelt. Das Schöffengericht hatte am 22. Dezember vorigen Jahres den Angeklagten wegen Verleumdung in drei Fällen zu je dreihundert Mark Geldstrafe eventuell zu neun Tagen Gefängnis verurteilt, den Widerangeklagten freigesprochen und die Kosten des Verfahrens dem Angeklagten auferlegt.

Gegen das schöffengerichtliche Urteil war von beiden Seiten Berufung eingelegt worden und über jeden Punkt der in der Privatklage berührten Verhältnisse wurde von beiden Seiten mit großem Eifer und scharfem Gehör gelauscht. Nach stundenlangem Hin und Her über diesen Punkt stellte Rechtsanwalt Suse den Antrag, den Prinzen Friedrich Karl zu Hohenlohe, den Geh. Hofrat Dr. jur. Hecht zu Mannheim u. a. zu vernehmen.

Interesse an diesem Madeira-Prozess hat die erwiesene Absicht, einem Monte Carlo in Madeira die Wege zu ebnen.

Einschränkung der Haftung des Tierhalters.

§ 833 des Bürgerlichen Gesetzbuchs macht den, der ein Tier hält, für den Schaden verantwortlich, den das Tier anrichtet. Die Agrarier laufen seit Jahren gegen diese Vorchrift Sturm. In neuerer Zeit legt das Reichsgericht den Vorläufer dieses Paragraphen in einer ganz den Wünschen der Agrarier entsprechenden Weise aus. Das zeigt auch folgender, jüngst vom Reichsgericht entschiedene Fall:

Die Witwe S. aus Rembera klagte gegen den Rittergutsbesitzer M. in Seegretha, da sie von einem Fuhrwerk des Letzteren am 15. Januar 1905 überfahren wurde, auf Zahlung von 100,50 M. und 900 M. jährlicher Rente. Sie stützt den Anspruch auf die Bestimmungen der §§ 831 und 833 B. G. B. Die Klägerin fuhr am 17. Januar 1905 mit einem kleinen Wagen vom Bahnhof Bergwitz in der Richtung nach Klitschena. An der rechten Seite der Deichsel war ein Hund angespannt, an der linken Seite ging die Klägerin. Sie fuhr auf der rechten Seite des sehr schlechten, ausgefahrenen, hartgefahrenen Weges.

Auswahl des Rutschers die erforderliche Sorgfalt beobachtet hat. In der gegen das landgerichtliche Urteil eingelegten Berufung stützte die Klägerin ihren Anspruch lediglich auf die Bestimmung des § 833 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, und das Oberlandesgericht Raumburg erklärte den Klagenanspruch jetzt dem Grunde nach für gerechtfertigt.

Gegen das oberlandesgerichtliche Urteil hatte der Beklagte M. Erfolg Revision eingelegt. Der IV. Zivilsenat des Reichsgerichts erklärte für Aufhebung des oberlandesgerichtlichen Urteils und gänzliche Abweisung der Klage. Zu seinen Entscheidungsgründen führt das Reichsgericht u. a. aus: Es komme bei der Unternehmung, ob die Pferde ihrem eigenen Triebe oder dem Willen des Rutschers folgten, nicht darauf an, welchen Willen R. als verständiger und erfahrener Rutscher hätte haben müssen, wenn er die Sachlage überblickt, wenn er die Klägerin gesehen und ihren Ruf gehört hätte; maßgebend sei bei der Beurteilung des Falles nur der Wille, den der Rutscher R. tatsächlich hatte.

Diese Entscheidung ist mit dem Wortlaut des § 833 schwer zu vereinigen. Dieser geht dahin: Wird durch ein Tier ein Mensch getötet oder der Körper oder die Gesundheit eines Menschen verletzt, so ist derjenige, welcher das Tier hält, verpflichtet, dem Verletzten den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 16, Aufgang 1, eine Treppe (Gandelsstraße) im Erdgeschoss, am Dienstag, 10.11., wochentags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gestern 7 Uhr. Sonnabend beginnt die Sprechstunde um 8 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Buchstabe und eine Zahl als Zeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

G. G. 23. Vor der Heirat müssen mindestens 200 Mark geliebt sein. Die Forderung ist nur innerhalb eines Jahres nach geschlossenem Ehegütlich, und in der Regel empfiehlt es sich, die Rückforderung nicht geltend zu machen, sondern weiter zu leben. — C. R. 27. Der Vertrag ist für Sie bindend, nur sind Sie berechtigt, falls der Vertrag auf längere Zeit läuft, bis spätestens am 3. Juli zum 30. September zu kündigen.

H. P. 17. Prinz Handwerkerfrage. Betragen Sie von der Berufs-gesellschaft einen berufsunfähigen Mitglied und legen Sie dann bei dem Schöffengericht für Arbeitsvermittlung Zeugnis ein. — P. B. 100. 1. Sie könnten den Betroffenen bei dem Amtsgericht seines Wohnortes auf Zahlung verklagen. 2. Der Antrag ist an das Polizeipräsidium zu richten. — W. 115. Eine Reklamation wäre zwecklos. — R. 12. 1. Ja. 2. Ja. — B. 10. Die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen, aber gering. — 70 B. 3. Sie könnten den Betroffenen bei dem Amtsgericht auf Zahlung verklagen. — C. 100. Leider nein.

Reklamation 82. 1. Nein, vorausgesetzt, daß kein Hornschleier vorgelegen. 2. Sie müssten darlegen, in welchem Verhältnis Sie zu dem Erbkäufer stehen. — H. P. 23. Lassen Sie es auf einen Prozeß ankommen. Derlei wird schwerlich zu Ihren Ungunsten ausfallen. — B. R. 710. Nach § 910 des Bürgerlichen Gesetzbuchs darf der Eigentümer eines Grundstücks herabsetzende Zweige eines Baumes oder Strauchs, die von einem Nachbargrundstück herabhängen, abschneiden und behalten, wenn er dem Besitzer des Nachbargrundstücks eine angemessene Frist zur Beseitigung bestimmt hat und die Beseitigung nicht innerhalb der Frist erfolgt. Dieses Recht steht jedoch dem Eigentümer nicht zu, wenn die Zweige die Benutzung des Grundstücks nicht beeinträchtigen. Klagen Sie eventuell auf Anerkennung nach der letzteren Richtung hin. — G. 24. 100. Leider sind Sie schadenlos, verpflichtet und die Herrschaft berechtigt, aufzurechnen. — G. C. 101. Die bittige Strafmarte Entschädigung würde Ihnen zweifellos ausfallen. — J. C. 19. Nein. — G. 24. 100. Die Beseitigung Ihrer Wohnung können Sie nicht hindern, das Verbot entspricht der dortigen Polizeiverordnung, eine Reklamation hätte keinen Zweck. — G. W. 100. Wiederholen Sie die Frage unter der Darlegung, welchem Handwerk Sie angehören und seit wann Sie selbständiger Handwerker sind. — W. 3. 75. Nein; die Rechtslage ist ausschließlich in dem Artikel Steuerfragen vom 28. März dargelegt. — Note Reife. 1. Nein. 2. Ja. — C. 77. Nein, verlangen Sie Beseitigung der Tierplage usw., drohen Sie, daß, wenn innerhalb einer von Ihnen zu bestimmenden angemessenen Frist der Uebelstand nicht beseitigt ist, Sie denselben auf Kosten des Wirts beseitigen möchten und handeln Sie dementsprechend. — C. 24. 17. Ja, es genügt aber eine Bezugnahme auf die Reklamation gegen die Staatssteuer. — S. 17. Das Jahr 1906, also 52 Wochen. — A. 3. 100. Nein.

W. R. 19. 1. In die Versicherungsanstalt Ködinger Part. 2. Die Hälfte der Rückmarken wird zurückgezahlt. Zweitmöglicher ist es weiter zu zahlen. 3. Für eine Einzahlung werden 6 bis 20 M. als angemessen erachtet. Die Laxe des Hebesummenvertrags hält 10 bis 30 M. für angemessen. 4. Wir kennen eine derartige Stelle nicht. — B. 2. 1. Wenn Sie sich im guten Glauben befinden haben, so kann der Hund von Ihnen nicht zurückgefordert werden. — S. P. 999. Sowohl die ausführliche neuere Kriminalstatistik, wie das statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich, in dem ein Auszug aus der Kriminalstatistik enthalten ist, ist in jeder öffentlichen Bibliothek einzusehen. Beide Bücher geben Ihnen Aufschluß über die von Ihnen gewünschten Daten. — W. 23. 1000. Nein.

G. 31. Stellen Sie die Rechnung selbst an. — G. 31. Die Eltern sind nicht haftbar. — G. 3. 27. Eine Klage auf Wiederherstellung wäre nicht ganz ausgeschlossen, wenn Sie beweisen, daß die Justizbeamten ihren ausdrücklich gemachten ist. Zuständig ist das Amtsgericht. — 9. Jhr. Wenn Sie zum 1. Mai zugezogen waren, so würde der Anspruch des Wirts berechtigt, sonst unberechtigt sein. — A. W. 100. Ihre Anfrage ist bereits befragt. — P. R. 26. Leider sind Sie zur Weiterzahlung und zur Zahlung der restierenden Raten verpflichtet. — Streitfrage 46. 1. Nein. 2. Eine Strafe verhängt nicht in dem Sinne, daß sie als Vorstrafe nicht erachtet. — Sachsch. Die Steuererlagen sind ausschließlich in einem längeren Artikel des „Vorwärts“ vom 28. März behandelt. — S. 2. 134. Nein.

W. R. 24. 1. Als Steuerjahr gilt das Kalenderjahr 1906. 2. Die Reklamation ist an den Vorsitzenden der Vermögenskommission zu richten, dessen Adresse aus der Veranlagung erhellt. 3. Ohne nähere Darlegung ist die Frage nicht verständlich. — Minister. Für die Reichsbeamten sind die rechtsgeschäftlichen Besonderegesetze, für die preussischen die preussischen Besonderegesetze maßgebend. Die Besetze erhalten Sie in jeder öffentlichen Bibliothek. — R. 975. Soweit erhältlich, hatten Sie für die Kosten nicht. — W. 23. 1000. Und nicht bekannt. — A. S. 2. 100. Das Vermögensbesitzgericht hat in dem Fall den Vormund zu ernennen. Vorschläge können beide machen. — H. P. 3. 2. 1. Ein Mädchen kann von 16 Jahren ab heiraten. Volljährig wird sie erst von 21. Lebensjahr. Bon da ab braucht sie die Erlaubnis des Vaters oder Vormunds nicht mehr. — H. 2. 9. 1. Die Herrschaft. 2. Leider ja. — R. 18. Die von Ihnen angeführten Gründe werden schwerlich als ausreichend für die Aufhebung des Vertrages erachtet werden. — B. G. 10. 2. 1. Ja. 2. Wenn Sie die Eigentum nachweisen können, nein. — W. 23. 1000. Sie würden zur Zahlung verurteilt werden. — C. 24. 22. 9000 M. — G. P. R. 1. Nach der überliegenden Rechtsprechung ist eine solche Forderung zulässig. Nach dem Gesetz und der früheren Ansicht der Gewerbeinspektion unzulässig. 2. Nein. — B. G. 100. 1. Die Beantwortung der Frage hängt von dem Inhalt des Vertrages ab, den Sie uns nicht mitgeteilt haben. 2. Die Klage gehört zur Familie. — G. 3. 1. Ja. 2. Sie müssen beim Gericht Ihre Ausfertigung abgeben. Formuliere zur Ausfertigungserklärung erhalten Sie in der Buchhandlung Vormünder und bei Hofmann, Blumenstr. 14. — S. 2. 1. 1. Nur soweit noch etwas von dem damaligen vorhanden ist. Dem Wirtler fällt die Hälfte des Nachlasses zu. Außerdem erhält er als Voraus die Wirtschaftsgüter. 2. u. 3. Das Gericht kümmert sich nur bei Minderjährigen um Erblassensachen. Nur wenn Volljährig sich nicht einigen, können Sie das Gericht anrufen. — S. P. 29. 1. Ja, aber Ihre Frau kann mit Erfolg die Interventionklage dann erheben. 2. u. 3. Sie leben außer Gütergemeinschaft. 4. Ja. 5. Um 10 M. monatlich. 6. Ja.

Mittwoch, den 1. Mai 1907:

Mai-Feier

der

sozialdemokratischen Wahlvereine

bestehend in

Konzert ♦ Gesang ♦ turnerischen Aufführungen ♦ Festreden usw.

Tagesordnung der Versammlungen: Die Bedeutung des 1. Mai.

== Berlin. ==

1. Kreis: Aliens Festsäle, Hasenheide 13/15.
2. Kreis: Volkbrauerei, Tempelhofer Berg.
3. Kreis: Neue Welt, Hasenheide.
Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.
4. Kreis: Dykers Gesellschaftshaus, Treptow.
Viktoria-Garten (früher J o e l), Treptow.
Ludwigs Parkrestaurant, Treptow.
Kellers Festsäle, Köpenstraße 29.
Brauerei Lipp's, am Friedrichshain.
Mentes Volksgarten, Vichtenberg, Köderstraße.
Zandouci, Kottbuserstraße 4a.
5. Kreis: Schweizergarten, am Königstor.

6. Kreis: Berliner Prater, Kastanien-Allee 6/7.
Fröbels Allerteater, Schönhauser Allee 148.
Grotterjan, Schönhauser Allee 180.
Ballschmieder, Badstraße 18.
Brunnen-Theater, Badstraße 58.
Volksgarten-Theater, Badstr. 8 (Behm- und Bellermannstraßen-Ecke).
Volkbrauerei II, Chausseestraße 58.
Kronenbrauerei, Alt-Moabit 47/48.
Pagenhofer Brauerei, Turmstraße 25/28.
Kunsthof, Berlebergerstraße 26.
Moabiter Schützenhaus, am Blöhensee.
Marienbad, Badstraße 35/36.

Referenten: Dr. David, Richard Fischer, Frank (Wannheim), Goldstein (Zwickau), Heine, John, Ledebour, Manasse, Hermann Müller, Pochsch, Ritter, Sassenbach, Singer, Robert Schmidt, Sonnenburg, Ströbel, Dr. Weyl, Weber.

Wahlkreis Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.

- Adlershof.** Vorm. 10 Uhr bei Bayer, Bismarckstr. 10. Ref.: Stadt. Th. Fischer.
Nachmittags 3 $\frac{1}{2}$ Uhr bei Wollheim, Bismarckstraße.
- Alt-Glienicke.** Vormittags 10 Uhr. Referent: Heise.
- Baumschulenweg.** Abends in Dyers Festsälen.
- Britz.** Vormittags 9 $\frac{1}{2}$ Uhr bei Schöneberg, Rudowerstraße 60.
Abends im Buschtrug, Rudowerstraße 51.
- Charlottenburg.** Abends im Volkshaus, Köpenstraße 3,
bei Schulz, Kaiser Friedrichstraße 24.
- Cöpenick.** Abends 7 Uhr bei Seibel, Gesellschaftshaus, Grünauerstraße 31,
bei Fröhlich, Schweizergarten, Lindenstraße.
Referenten: Fendel und Theodor Fischer.
- Friedenau.** Abends im Rheinschlöß, Rheinststraße 60.
- Groß-Besten.** Abends 8 Uhr. Referent: Päch.
- Groß-Lichterfelde.** Vormittags 10 Uhr bei Reiten, Chausseestraße 104.
Abends bei Reiten, Chausseestraße 104,
im Kaiserhof, Kranoldplatz.
- Grünau.** Vormittags 10 Uhr im Restaur. Jägerhaus, Bahnhofstr. 1. Ref.: Fendel.
Abends ebenda.
- Johannisthal.** Nachmittags 4 Uhr im Lindenhof, Friedrichstraße.
- Königswusterhausen.** Vormittags 10 Uhr bei Weber, Neue Mühle. Ref.: Wutzki.
Abends Referent Albin Mohs.
- Lankwitz.** Vormittags 10 Uhr bei Reitzger, Calandrest. Referent: Kubig.
Nachmittags 3 Uhr ebenda.
- Mariendorf.** Vormittags 1 $\frac{1}{2}$ Uhr bei Warasfeldt, Feldstraße 44.
Referent: Kubler.

- Miersdorf.** Vormittags 9 Uhr bei Eier. Referent: Bartel.
- Nieder-Schöneweide-Johannisthal.** Vormittags 10 Uhr in Gasselwerder.
- Nowawes.** Vormittags 9 $\frac{1}{2}$ Uhr im Volksgarten, Pfeilerstraße 31,
in den Deutschen Festsälen, Wilhelmstraße 3.
Referenten: Albrecht Fülle und Hans Weber.
- Rixdorf.** Nachmittags 4 Uhr bei Heidaus, Rudolphgärten,
bei Hoppe, Hermannstraße 49,
in Thiel's Festsälen, Bergstraße 152.
- Schmargendorf.** Abends im Wirtshaus, Bornemünderstraße 6.
- Schöneberg.** Abends in Cops Festsälen, Reisingerstraße 8.
- Steglitz.** Vormittags 10 Uhr im Birkenwäldchen, Schützenstraße,
Abends ebenda und bei Schellhase, Hornstraße 15a.
- Teltow.** Vormittags 10 Uhr. Referent: Grönewald.
- Tempelhof.** Nachmittags 4 Uhr bei Wokatz, Berlinstr. 2.
- Wannsee.** Vormittags 10 Uhr im Fürstenschloß. Referent: Kurt Heinig.
- Wilmerdorf.** Abends im Zuisenpark, Wilhelmstraße 112.
- Zehlendorf.** Vormittags 10 Uhr im Gesellschaftshaus, Karlstraße.
Referent: Wollermann.
- Zossen.** Vormittags 1 Uhr. Referent: Hermann Niets.
Abends 7 Uhr. Referentin: Anna Mesch.

Wahlkreis Niederbarnim.

- Bernau.** Vormittags 11 Uhr im Gylsum. Referent: Stoerner.
Nachmittags 2 Uhr im Schützenhaus.
- Bruchmühle.** Vormittags 10 Uhr. Referent: Stadt. Reinhold Käter.
- Erkner.** Vormittags 10 Uhr in Degebrodts Gesellschaftshaus. Referent: Stadthagen.
Nachmittags 7 $\frac{1}{2}$ Uhr ebenda. Referent: Max Kiesel.
- Friedrichsfelde.** Vormittags 10 Uhr bei Bude, Birjens-Allee 30.
Referent: Reichstags-Abgeordneter Albrecht.
- Friedrichshagen.** Vormittags 10 Uhr im Restaurant Contab.
Nachmittags 2 Uhr im Wilhelmshaus.
- Herzfelde.** Vormittags 10 $\frac{1}{2}$ Uhr im Lokal Genze. Referent: Julius Müller.
- Karlshorst.** Abends 8 Uhr bei Grahn. Referent: Blum.
- Kaulsdorf.** Vormittags 10 Uhr bei Mees, Berliner Chaussee. Referent: Zachan.
- Mahlsdorf.** Abends 6 Uhr bei Schiefe, Gannoverstraße. Referent: Käming.
Nachm. 2 Uhr in Waders Restaurant } Ref.: Stadt.
- Mühlenbeck.** Abends 7 Uhr im Gasthof zur Sonne (Borsch) } Karl Leid.
- Nieder-Schönhausen.** Vormittags 10 Uhr im Waldschlößchen,
Lindenstraße 1. Referent: Block.

- Ober-Schöneweide.** Abends 7 Uhr. Referent: Stadtverordneter
Ad. Hoffmann.
- Oranienburg.** Vormittags 10 Uhr. } Referent: Max Schütte.
Abends
- Pankow.** Vorm. 10 Uhr in Rosch's Gesellschaftshaus, Kreuzstraße 3/4.
Nachm. 3 Uhr zum Turfsüßen, Berlinstr. 102. Ref.: Ida Altmann.
- Rummelsburg.** Vormittags 10 Uhr bei Schöner, Neu-Seeland,
Nachmittags 2 Uhr ebenda.
- Schönwalde.** Nachmittags. Referent: Schenk.
- Stralau.** Nachmittags 3 Uhr bei Wittwach, III-Stralau 5. Referent: Davidsohn.
- Tegel.** Vorm. 10 Uhr bei Trapp, Bahnhofstr. 1. Referent: Reichstags-Abg. Ehrhart.
Abends 5 $\frac{1}{2}$ Uhr ebenda. Referent: Emil Kloth.
- Weißensee.** 2 Uhr. Schloß Weißensee. Konzert. Theater. Lebende
Bilder. Turnerische Aufführungen usw.
- Wilhelmsberg.** Abends. Referent: Mertins.
- Wilhelmsruh.** Abds. 8 Uhr in Pätz's Waldrestaurant. Referent: Heise.

Achtung, Gewerkschaften!

Öffentliche Mai-Versammlungen

am Vormittag des 1. Mai.

Sämtliche Versammlungen finden mit Hilfsarbeitern und Frauen statt.

Die Tagesordnung in sämtlichen Versammlungen lautet:

Die Bedeutung des 1. Mai.

Bekleidungs-Industrie. Gruppensammlung in den Patria-Festsälen, Or. Frankfurterstr. 28, vormittags 10 Uhr. Referent: Aug. Steinbrück, Oberfeld. Treffpunkt der Schneiderbranche: 9 1/2 Uhr, Restaurant Engel, Seydlitzstr. 30. Der Posamentierer: bei Blum, alle Potsdamerstr. 118. Der Wäschebranche: Restaurant Borde, Neue Königl. 7. Textilarbeiter, Gutmacher, Härtner, Kürschner, Bekleure usw. gehen direkt in die Gruppensammlung.

Handels-, Transport- u. Verkehrsgewerbe. Gruppensammlung im Deutschen Hof, Ludowikstr. 15, mittags 12 Uhr. Referent: Reichstagsabgeordneter Lehmann-Biesbaden. Handlungsgehülften und Gehilfen, Bureau-Angehülften, Kausleute, Lagerhalter, Handlungsreisende, Handelsreisende, Geschäfts-, Arbeits- und Drehtischführer, sowie Fensterputzer kommen im Versammlungsort zusammen.

Leitergerüstbauer, Speichereiarbeiter u. Fräsekkutscher. Sektionen des Z.-V. der Handels- u. Transp.-Arb. im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c, vorm. 10 Uhr. Referent: Karl Gekschold.

Holzarbeiter. Gruppensammlung: „Neue Welt“, Hafenside Nr. 108-114, vormittags 10 Uhr. Referent: Reichstagsabgeordneter Paul Singer. — Die Mitglieder der einzelnen Branchen versammeln sich am 8 Uhr vormittags in folgenden Lokalen:

Klavierarbeiter bei Wöhning, Admiralsstr. 180.
Stoßarbeiter bei Vargus, Brandenburger Ufer 6.
Tischlerarbeiten im Gewerkschaftshaus.
Möbelarbeiter bei Schmidt, Gartenstr. 6.
Machensmacher bei Strauß, Rixdorfstr. 123.
Kammacher bei Walter, Adalbertstr. 62.
Verlaminarbeiter bei Verret, Köpenickerstr. 32.

Bürstenmacher bei Lindemann, Rixdorfstr. 9.
Kistenmacher bei Vondach, Breslauerstr. 28.
Sobenteger im Gewerkschaftshaus.
Einischer
Stellmacher, Rosenthalerstr. 57.
Bergolber bei Mierowski, Andrastr. 25.
Korbmacher bei Krause, Wustenerstr. 30.

Die Tischler, Polierer, Maschinenarbeiter und Drechler treffen sich in den Lokalen, in denen sie ihre Verfassungen abhalten und gehen von dort nach der „Neuen Welt“. — Die Holzarbeiter der Mühlenbranche treffen sich früh 8 Uhr in Lichtenberg bei Wilmersdorf, Friedrichsbergstr. 115; Friedrichsberg: Baralein; Nimmelsburg: Göttsche, 11. — Die Holzarbeiter Nordbitts treffen sich früh 8 Uhr an der Roßdamer Brücke (West-Ende). Abmarsch Punkt 9 1/2 Uhr. — Jeder leistende Holz. erhält zur Kontrolle i. d. „Neuen Welt“ eine Holzmarke.

Schirmmacher. Die Mitglieder gehen direkt in die Versammlung der Holzarbeiter.

Böttcher treffen sich bei Mierowski, Andrastr. 25, vormittags 9 Uhr und gehen nach der „Neuen Welt“.

Schuhwaren-Industrie. Gruppensammlung vormittags 10 Uhr im Schweizergarten am Friedrichshain. Referent: Waldeck Wagnere.

Bauarbeiter. 3 Versammlungen: I. Altem, Hafenside 14/15 (Großer Saal), II. Kleiner Saal, III. Volkshaus, Badstraße 16. Referenten: G. Bauer, C. Bangschütz, Reddin.

Buchbinder u. Buchbinderei-Arbeiterinnen, Etui- u. Ledergalanterie-Arbeiter u. Arbeiterinnen. Vormittags 10 Uhr im City-Hotel, Dresdenstr. 52/53. Referent: Dr. Jabel.

Glasarbeiter, Glaser, Glasschleifer. Vormittags 10 Uhr bei Eiskin, Remelerstraße 57. Referent: Emil Girbig. Treffpunkt 9 Uhr: Eiskin, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15. — Glasarbeiter und Glasschleifer: Volksh., Marzischstraße 47.

Dachdecker. Vormittags 10 Uhr im Steinmüller Gesellschaftshaus, Steinmüllerstr. 42. Referent: Reichstagsabgeordneter Gustav Koch.

Asphalteure und Pappdachdecker. Vormittags 9 Uhr: Abstempelung der Namarken im Gewerkschaftshaus.

Graveure u. Ziseleure. Dresdenener Garten, Dresdenstr. 45, vorm. 10 Uhr. Referent: Redaktor Paul John.

Holz-, Stein- u. Gips-Bildhauer u. Modelleure. Vorm. 9 Uhr in der „Alhambra“, Wallner-Platzstr. 15. Ref.: Heinrich Schulz.

Maler und Lackierer. Vormittags 10 Uhr in Trüfels Festsälen, Neue Friedrichstraße 35. Referent: Paul Dupont.

Maurer. Berliner Bau-Bräuer, Tempelhofer Berg, vormittags 9 1/2 Uhr. Referent: Reichstagsabgeordneter Wolfgang Heine.

Porzellanarbeiter u. Schildermaler. Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal 1), vorm. 10 Uhr. Referent: Dr. Borchardt.

Putzer. Kellers Festsäle, Kopenstr. 29, vormittags 10 Uhr. Referent: G. Silberschmidt.

Gips- u. Zementarbeiter. Restaurant „Sandouci“, Rottbuhstr. 4a, vormittags 10 Uhr. Referent: E. Heilmann.

Hafenarbeiter (Breiterträger). Köpenicker Hof, Holzmarktstr. 72, vormittags 10 Uhr. Referent: Kurt Schmitt.

Metallarbeiter. Zwei Versammlungen vormittags 10 Uhr: 1. Palast-Theater, Burgstraße. Referent: Reichstagsabg. Bebel. 2. Buchbräuer, Chausseestraße 64. Referent: Stadt. G. Böde. — Bauanschläger treffen sich vormittags 7 1/2 Uhr im Zentral-Theater, alle Potsdamerstr. 30/32.

Nahrungs- u. Genußmittel-Gewerbe. Vormittags 10 Uhr, Kellers Festsäle.

Referent: Hugo Boehm. Treffpunkt: vormittags 8 Uhr, Restaurant „Kitt“, Brunnenstr. 30. Gastwirtgehülften: Treffpunkt: vormittags 9 Uhr im Verbandslokal, Or. Hamburgerstr. 18/19. Bäcker, Brauer, Küchler, Bierabzieher, Müller, Tabakarbeiter, Barbier, Gärtner und Kaffee gehen direkt in die Gruppensammlung.

Fabrik- und Hilfsarbeiter. Rosenthaler Hof, Rosenthalerstr. 11/12, vormittags 10 Uhr. Referent: C. Grubis.

Graphisches Gewerbe. Gruppensammlung: Buchbräuer, (H. Saal), am Tempelhofer Berg, vorm. 10 Uhr. Ref.: Paul Barthel. Alle dazu gehörigen Branchen: Buchdrucker, Buchdrucker-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, Schriftsetzer, Photographen, Stereotypsetzer, Lithographen und Steinbräuer, Klographen, Formsetzer und Letzterbräuer kommen in der Gruppensammlung zusammen.

Lederbearbeitung. Gruppensammlung: Marienbad, Badstraße 36 (Seidensummen), vormittags 10 Uhr. Referent: C. Gabis. Lederarbeiter, Ledergerber, Lederzwecker, Lederfärber gehen direkt in die Gruppensammlung. Handschuhmacher treffen sich früh 8 Uhr im Vereinslokal, Rosenthalerstr. 57.

Portefeuller. Vormittags 10 Uhr: Bertha Ritterstraße, Ritterstraße 75. Referent: Johannes Zassenbach. Treffpunkt: 1. Restaur. „Jahn“, Adalbertstr. 4. 2. Restaur. „Diebstahl“, Adalbertstr. 39. Vormittags 9 Uhr.

Sattler. Vormittags 10 Uhr: Huggenbogens großer Festsaal, am Rixdorp. Referent: Redaktor G. Ströbel.

Steinarbeiter, Granit- u. Marmorarbeiter. Vormittags 10 Uhr: Kronenbräuer, Alt-Rosd. Referent: Frau Maria Wehl.

Steinsetzer. Vormittags 10 Uhr: Kellers Gesellschaftshaus, Bergstraße 69. Referent: Dr. West.

Rammer. Vormittags 10 Uhr: Gensels Festsäle, Invalidenstraße 1a. Referent: H. Demick.

Stukkateure, Gipsgießer. Vorm. 10 Uhr: Müllerssäle, Kaiser Wilhelmstr. 18a. Ref.: Paul Krebs. Die Mitglieder treffen sich am 9 Uhr in den Festsälen des Verbandes.

Schmiede u. Kupferschmiede. Vormittags 10 Uhr: F. Wille, Brunnenstraße 188. Referent: Franz Schneider.

Schneider u. Schneiderinnen. Vormittags 10 Uhr: Germania-Prachtsäle, Chausseestraße 103. Referent: Emil Roth.

Tapezierer. Vormittags 10 Uhr: Wendts Festsäle (Tohn), Seußstraße 2. Referent: Otto Weis.

Töpfer. Vormittags 10 Uhr: Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (großer Saal). Referent: Reichstagsabgeordneter Ledebour.

Städtische Arbeiter. Vormittags 10 1/2 Uhr: Kellers Festsäle, Kopenstr. 29, kleiner Saal. Referent: Dr. Silberschmidt.

Zimmerer. Vormittags 10 Uhr: Bräuer Friedrichshain, großer Saal. Referent: Adolf Hoffmann.

Schlächter. Vorm. 9 Uhr im Englischen Garten, Alexanderstraße 27a. Referent: Redaktor Bloch.

Charlottenburg. 3 Versammlungen vormittags 10 Uhr: I. Volkshaus, Reichenstr. 3 (großer Saal); Maurer, Pauer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter.

II. Volkshaus, Reichenstr. 3 (kleiner Saal); Holzarbeiter, Maler, Steinsetzer, Töpfer, Porzellanarbeiter.

III. Schulz Festsäle, Kaiser Friedrichstr. 24 (unterer Saal); Handels- und Transportarbeiter, Fabrikarbeiter, Metallarbeiter, Bekleidungsbranche und die übrigen Gewerkschaften. Referenten: Karl Siebel, August Gebert und Emil Lehmann.

Schöneberg. Vormittags 10 Uhr bei Ock, Reiningenstr. 8: Versammlung sämtlicher Gewerkschaften. Referent: Ernst Bräuer.

Rixdorf. 3 Versammlungen: Vormittags 10 Uhr: 1. bei Thiel, Bergstr. 151/152; Maurer. Für die übrigen Gewerkschaften: 2. bei Hoppe, Hermannstr. 49/51. 3. bei Heidau, Rixd.-gärtenstraße. — Referenten: Davidsohn, Kämpfer und Jabel.

Köpenick u. Umgegend. Vormittags 10 Uhr im „Kaiserhof“, Grünstraße: Versammlung sämtlicher Gewerkschaften. Ref.: Joseph Garmann.

Erkner. Vormittags 10 Uhr im Gesellschaftshaus: Versammlung sämtlicher Gewerkschaften. Referent: Jakobson.

Weißensee. Vormittags 10 Uhr im Schloß Weltheuse: Versammlung sämtlicher Gewerkschaften. — Referent: Adolf Wuschel.

Stralau-Rummelsburg. Vormittags 10 Uhr bei Wwe. Schöner, Neu-Seeland: Versammlung sämtlicher Gewerkschaften. — Referent: F. Ebert.

Groß-Lichterfelde u. Umg. Vorm. 10 Uhr bei Weisen, Groß-Lichterfelde, Chausseestr. 104: Versammlung sämtlicher Gewerkschaften. Referent: Galda.

Friedrichsberg-Lichtenberg. Vorm. 10 Uhr im Schwarzen Adler, Frankfurter Chaussee 5: Versammlung sämtlicher Gewerkschaften. Referent: Wermuth.

Wilmersdorf. Vorm. 10 Uhr im Luisen-Park, Wilhelmstraße 112: Versammlung sämtlicher Gewerkschaften. Referent: Dr. Herzfeld.

Pankow. Vorm. 10 Uhr im Rosenthaler Hof, Kreuzstr. 24: Versammlung sämtlicher Gewerkschaften. Referent: Franz Köhler.

Reinickendorf. Vorm. 10 Uhr im Restaurant „Zobau“, Reindendorfer-Platz, Residenzstraße, Ecke Amendestraße: Versammlung sämtlicher Gewerkschaften. Referent: Siller.

Nieder-, Ober-Schöneweide, Johannisthal. Vorm. 10 Uhr im Rest. Gasselwerder: Allgemeine Versammlung. Referent: Franz Köhler.

Marienfelde. Vorm. 9 Uhr bei Berger, Marienside, Dorfstraße: Versammlung sämtlicher Gewerkschaften. Referent: Weberordneter Thurot.

Friedrichsfelde. Vorm. 10 Uhr bei Bude, Feinschmiedstr. 30: Versammlung sämtlicher Gewerkschaften. Referent: Reichstagsabgeordneter Wiedrich.

Tegel. Vorm. 10 Uhr bei Trapp, Bahnstraße 1: Versammlung sämtlicher Gewerkschaften. Referent: Reichstagsabgeordneter Erdhart.

Friedenau. Vorm. 9 Uhr im Rheinisch, Weinstraße 50: Versammlung sämtlicher Gewerkschaften. Referent: Julius Kallisch.

Schmargendorf. Vorm. 10 Uhr im Rest. Café Wein, Suderndorferstraße 8: Versammlung sämtlicher Gewerkschaften. Referent: H. Leopold.

Die Gewerkschaften resp. die Einberufer der Gruppensammlungen haben ihre Versammlungen selbst anzumelden. Bei den vorherigen Zusammenkünften bedarf es keiner Anmeldung. — Gleichzeitig werden die Bureau der Versammlungen beauftragt, über die Zahl der Versammlungsbesucher dem Gewerkschaftsbureau, Engel-Ufer 15, Gewerkschaftshaus, 1. Etage, Zimmer 1-2, schriftlich Kenntnis zu geben.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

A. JANDORF & Co

Spittelmarkt

Belle Alliancstrasse

Gr. Frankfurterstrasse

Brunnenstrasse

Kottbuser Damm

Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend soweit Vorrat.

Damen-Konfektion

- Kostüme** aus Tuch, Cheviot und modernen Fantasiestoffen, neueste Fassons, ganz besonders preiswert
8.75 11.25 15.50 21.50 26.50 37.50
- Staub- u. Reisepaletots** aus gemusterten Stoffen, Covercoat, Gambia, z.T. wasserdicht imprägn.
4.50 6.50 8.70 11.50 13.50 17.75
- Paletots** aus Stoffen englischen Charakters, hervorr. billig 7.35, 10.85
- Bolero-Jäckchen** aus schwarz. Tuch od. Corkscrew, streng modern, hübsch garniert 7.85, 10.75
- Kleiderröcke** fussfrei, ganz enorm billig 2.85, 3.75, 5.50, 6.50, 7.50
- Alpaka-Faltenrock** schwarz oder marineblau 8.35
- Kleiderrock** schwarz-weiss kariert, „Letzte Neuheit“ 4.35, 6.85

Damen-Gürtel

- Gürtel** weiss gepresstes Leder, in Medici-Form, hübsch ausgestattet 48 Pf.
- Stoff-Gürtel** in Façon gearbeitet, mit Gummi-Seitentteilen, schwarz oder weiss 48 Pf.
- Goldband-Gürtel** modern bedruckt, sehr elegant 85 Pf.
- Goldband-Gummigürtel** modern bedruckt, hochapart 1.95
- Weisser Stoff-Waschgürtel** m. Hohls., Medici-Form, in Faltengel. 70 Pf.
- Moderner Silberbrokat-Gürtel** mit Leder-einfassung, ca. 6 cm breit 1.25
- Ein Posten Lackleder-Gürtel** mit eleganten Auflagen, in allen modernen Farben 68 Pf.

Ein Posten gestickter Tüll-Stoffe für Passen und Blusen Meter 85, 1.25, 1.65	12000 Stück Spachtel-Passen u. Plastrons in neuen mod. Fassons, Stück 68, 95, 1.25, 1.45, 1.65, 1.95	Ein Posten Spachtelkragen u. Manschett-Garnit. in eleganter Ausführung, Garnitur 75, 95, 1.25, 1.45
---	---	--

Blusen und Blusenhemden

- aus gestreiftem Chemise 1.25 | aus weissem India-Mull mit Borch-Einsätzen 2.35 | aus Leinen (mittlert. mit reich gesticktem Vordertheil) 3.95
- aus weissem Victoria-Lawn mit Stick. 1.95 | aus gestreiftem Percal hübsche Façon 2.95 | aus fein. weiss. Victoria-Lawn mit reich gesticktem Vordertheil 4.50
- Kornblumen-Piquets 12 theilig 23, 42 Pf. | Ein Posten Laub-Piquets 15, 28, 35, 48 Pf. | Hahnenschlappen 65, 95 Pf.
- Kirschen in schattierten Farben Dutzend 15, 20, 25 Pf. | Straussfedern schwarz oder weiss 1.50
- Röschen-Piquets in allen modernen Farben 28, 45, 75, 95 Pf. | Rosen-Piquets m. Laub verb., in hübsch. Farb. 38, 75, 95, 1.45

Moderne Form mit Chiffon, Stoff-Garnitur und Posen... 3.65



Capelin-Form mit Laubkopf, sehr reichher Rosen-, Band- und Tüllgarnitur 11.25



Glockenform mit sehr eleg. Laub-, Blumen-, Tüll- und Seidenband-Garnitur 9.50



Strohform mit Liberty- und Schilfgarnitur... 3.95



Eleg. Breton-Form aus Chiffon u. Fantasie-Gelecht m. vornehmer Blüthenranke, Rosentuff und Seidenbandgarn. 12.50



Mod. Glockenform mit Kirschen-Ranke u. reicher Taffelband-Garn. 8.75



Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste! Auf Wunsch der organisierten Parteigenossen von Werder a. N. richten wir an die organisierte Arbeiterklasse...

Bezirk Waidmannslust. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Sonnabend, den 4. Mai 1907, abends 8 1/2 Uhr...

Spanbau (Nonnenkamm). Die Versammlung im Lokal von Schulz („Zum Nonnenkamm“) findet umfänglich bereits heute...

Berliner Nachrichten.

Berlin und seine Vororte.

Das Ergebnis der Beratungen der gemischten Deputation (Magistrat und Stadtverordnete) zur Vorberatung von Maßnahmen über die Abwehr der bekannten Forderungen der Vororte...

Das ganze Hin und Her zwischen Berlin und den Vororten würde sich erübrigen, wenn wir ein wirkliches Groß-Berlin hätten. Der hier angesogene § 53 des Kommunalabgabengesetzes...

Die Mittel, die als Repressalien gegen die an sich berechtigten Forderungen verschiedener Vorortgemeinden von Berlin von der gemischten Deputation in Vorschlag gebracht werden...

Die Schwebbahn in der Verkehrsdeputation.

In der gestrigen Sitzung der städtischen Verkehrsdeputation führte zunächst der Wunsch der Kontinentalen Gesellschaft, zur Erleichterung von Schwebbahnen vor der Deputation Erleichterungen für die Herstellung der verlangten Probebreite...

Ursache ermöglichen und überhaupt einen Zweck haben solle. Die Deputation glaubte daher, bei ihren früheren Beschlüssen beharren zu müssen. Die Deputation habe bereits das äußerste Entgegenkommen...

In Angelegenheiten des Tunnelprojekts der Großen Straßenbahngesellschaft wurde der Entwurf eines Schreibens an den Polizeipräsidenten...

Die anderen Punkte der Tagesordnung mußten abgelehnt werden.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 2. Mai d. J., nachmittags 5 Uhr. Berichterstatter über die Vorlagen betreffend den Abschluß eines Vertrages...

Umleitung von 15 Straßenbahnlinien. Die Straßenbahn ist genügend, wegen Ausdehnung der Anzeigensanlagen der Rosenthaler- und Weinmeisterstraße...

Die Wertzuwachssteuer.

Bekanntlich ist in der Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung vom 21. März d. J. das Prinzip der Wertzuwachssteuer, welches im § 7 Absatz 1 der Magistratsvorlage festgelegt ist...

Leider lagen solche Anträge, als der Ausschuss am Montag zu seiner ersten Sitzung zusammentrat, nicht vor. Die Beratung mußte daher bei § 7 Absatz 2 einsehen, welcher besagt, daß es für die Berechnung des Wertzuwachses belanglos sein solle...

Für die nächste Sitzung sind Anträge in Aussicht gestellt, die eine Verrechnung der Wertzuwachssteuer auf die Umsatzsteuer bezwecken...

Der Fahrplan der Teltower Kreisbahn tritt vom 1. Mai an in Kraft und dürfte die Berliner Ausflügler sicher interessieren. Der erste Zug der nunmehr elektrisch betriebenen Bahn geht...

um 6,25 Uhr auf der Endstation Stahnsdorf ein. Zwei weitere Züge werden um 6,30 und 7,15 Uhr morgens abgelassen. Von 8,00 Uhr morgens ab folgen sich die Züge mit 40 Minuten Abstand ununterbrochen bis 11,25 Uhr abends...

Die 33. Mastviehanstellung ist gestern auf dem städtischen Viehhofe eröffnet worden; sie dauert bis zum 2. Mai. Die Anstellung ist gut besetzt. Vor allem hat die Stadt Berlin zahlreiche Ausstellungsobjekte geliefert...

Von der Wertzuwachssteuer wollen auch die Vororte Nutzen ziehen. Nachdem im Rummelsburger Grundbesitzerverein und in einer Volksversammlung Vorträge über die Wertzuwachssteuer gehalten worden waren...

Alle im Jahre 1895 geborenen Kinder müssen in diesem Jahre wiedergeimpft werden. Ferner müssen alle die, welche seit Vollendung ihres 12. Jahres erst ein- oder zweimal ohne Erfolg wiedergeimpft sind...

Ueber ein sonderbares Verfahren der Universitätsklinik in der Fiegeleistraße gegen einen Kranken wird lebhaft Beschwerde geführt. Der Kutscher P. war in der Ohrenklinik in der Fiegeleistraße längere Zeit in Behandlung...

Der Kutscher Hans Bagdinski ist seit dem 18. Dezember 1906 bei uns wegen beiderseitiger Ohrenentzündung in Behandlung. P. ist jetzt soweit gebessert, daß er entlassen werden kann. Da P. aber fast erblindet ist...

Die Kasse konnte diesem Wunsche auf sofortige Abholung des Patienten nicht nachkommen. Einmal war das Schreiben eben erst eingelaufen und gar keine Möglichkeit vorhanden, für den Mann sofort eine Unterkunft zu schaffen...

Königl. Universitäts-Klinik und Poliklinik für Ohrenkrankheiten. Berlin, den 23. April 1907.

An die Ortskrankenkasse für Tempelhof und Hasenheide. Hiermit überweise ich Ihnen den Kutscher Hans Bagdinski, der heute aus der Ohrenklinik entlassen ist...

Das Verfahren der Universitätsklinik ist doch ein recht sonderbares. Es mag ja für die Klinik recht bequem sein, insofern schnell Platz zu schaffen, indem man Patienten einfach nach der Kasse bringt...

Auf der Prüfungsfahrt verunglückt. Ein schwerer Automobilunfall hat sich gestern morgen in der Reinickendorferstraße zugetragen. Der 43jährige Chauffeur Heinrich Wenzel...

Zwei schwere Straßennunfälle trugen sich am Montag nachmittag zu. Gegen 3 Uhr wurde an der Ecke der Kalm- und Göttenstraße der Radfahrer Joseph Voserold, Manneinstr. 3 bei Rolle wohnhaft...

Die Leichen eines Liebespaars wurden gestern Vormittag am Stiefsee in der Nähe von Nischelberge auf der Spandauer Seite gefunden. Der Mann ist etwa 19 bis 20 Jahre alt, er trug einen dunkelgrünen Leberrock, einen Jacketanzug mit weißer Weste und Schnürstiefeln mit Ledersohle. Das Mädchen scheint einige Jahre älter zu sein; es ist mit schwarzem Rock, weißer Bluse und grauer Jacke bekleidet. Man fand keinerlei Geld noch Ausweispaapiere bei den Toten. Ein aufgefundenen Gepäckstück vom Stettiner Bahnhof läßt darauf schließen, daß die Lebensmüden von auswärts kamen.

Das Engelstief, von Widaellirchplatz bis zur Adalbertsbrücke, wird heutzutage umflossert von 2. Mai ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Berliner Adressbuch. Der zweite Nachtrag zum Jahrgang 1907 ist soeben erschienen und gelangt von morgen ab zur Ausgabe. Derselbe enthält alle seit Erscheinen der Hauptausgabe angemeldeten Wohnungsänderungen, Geschäftseröffnungen und Geschäftsverlegungen, Zugänge, Verichtigungen usw. Außer dem vollständigen Inhalt des ersten Nachtrages sind insbesondere die Ergebnisse des Aprilumzuges und die jetzt schon feststehenden, im Laufe des Jahres stattfindenden Wohnungs- und sonstigen Veränderungen eingehend berücksichtigt. Auch dieser zweite Nachtrag wird allen Abnehmern des diesjährigen Adressbuchs in der Hauptexpedition des „Berliner Lokal-Anzeigers“, SW., Zimmerstr. 37-41, und in dessen sämtlichen Filialexpeditionen bis Ende Mai d. J. unentgeltlich verabfolgt.

Abonnenten der Straßenbahn können ihre Abonnementsmarken im Werte von 7,70 Mark, 10,20 Mark und 20,40 Mark jetzt auch wieder im „Hausbau des Westens“, Tauenzienstraße (Wittenbergplatz) erhalten. Der Verkauf erfolgt im Parkterre am Schallerbaum des Reichsbahns.

Ein Leichentransport! Aus der Auferstehungsgemeinde wird uns über einen Leichentransport berichtet, der sich unter sonderbaren Umständen vollzogen hat. Das dreijährige Kind eines Malers S. aus der K.-straße war gestorben und sollte auf dem Friedhof dieser Gemeinde beerdigt werden. Die Familie lebt in bescheidenen Verhältnissen, daher mußte sie sich die Benutzung eines Leichentwagens verschaffen. Es wurde beabsichtigt, den Sarg mit der Leiche von der Wohnung aus nach dem Friedhof hinauszutragen. Man kam das in Berlin öfter beobachtet, daß unbemittelte Familien auf diese Weise selber den Transport von Sinderleichen bewerkstelligen. Insofern, daß der Kisterer der Auferstehungsgemeinde wurde der Mutter des verstorbenen Kindes mitgeteilt, daß nur Leichen von Kindern des ersten Lebensjahres hinausgetragen werden dürfen. Da aber die Familie die Leichen der Benutzung eines Leichentwagens nicht erlangen konnte, so wurde nun der kleine Sarg in einen Kinderwagen gestellt und in ihm nach dem Friedhof hinausgeführt. Zwei der Familie befreundete Arbeiter waren bereit, den Transport zu übernehmen. Abends um 1/2 Uhr brachen sie auf und wanderten im Dunkeln vom Viehhofsdorf über das noch nicht bebauten, ungesegnete Terrain des Nordostens hinaus nach Weihensee, wo der Friedhof liegt. War hatte die Familie es unterlassen, sich den Schein zu verschaffen, der zur Einstellung der Leiche in die Leichenhalle erforderlich ist. Aber da die Gebühren für die Grube bereits auf der Kisterer bezahlt und alle sonstigen Formalitäten erledigt waren, so wurde angenommen, daß Schwierigkeiten nicht entstehen könnten. Zur Vorsicht gab der Sarglieferant den beiden Arbeitern einen Zettel mit, worin er den Friedhofinspektor von dem Sachverhalt in Kenntnis setzte. Um 1/10 Uhr kam die Leiche auf dem Friedhof an. Dort ergab sich nun, daß der Inspektor in schroffer Form die Aufnahme der Leiche rundweg verweigerte, weil kein Hallenschein vorgezeigt werden konnte. Als die Arbeiter erklärten, dann müßten sie die Leiche dort draußen zurücklassen, drohte der Inspektor, er würde einen Wechsellager herbeiführen. Da der Inspektor trotz allen Parlamentierens sich völlig unzugänglich erwies, so entschlossen sich die beiden Arbeiter, die Leiche wieder mitzunehmen. In Nacht und Nebel wanderten sie mit ihrem Kinderwagen und dem Sarg nach Berlin zurück. Durch einen Wächter mußten sie sich die Haustür öffnen lassen, um die Leiche abgeben zu können. Am anderen Vormittag wurde die Leiche wieder nach Weihensee hinausgeschafft und nach Vorweisung des Hallenscheins aufgenommen, und am Nachmittag fand dann die Beerdigung statt. Als auf dem Friedhof Frau S. dem Inspektor Vorwürfe wegen seines Mangels an Entgegenkommen machte, behauptete dieser, die Arbeiter seien betrunken gewesen. Diese Behauptung wurde sogleich auf dem Friedhof zurückgewiesen. Auch und ist berichtet worden, daß von Vertraulichkeit keine Rede sein könne. Injures Erachtens spricht gegen diese Behauptung eigentlich schon der Umstand, daß der Inspektor die beiden Leute mit der Leiche wieder nach Hause schickte. Wenn er die Arbeiter für „betrunken“ hielt, so verließen wir nicht, wie er ihnen dann die Leiche noch überlassen dürfte. Ist es vereinbar mit den Pflichten eines Friedhofinspektors, daß er „betrunkenen“ Männer in der Nacht eine Leiche in einem Kinderwagen von Weihensee nach Berlin zurückbringen läßt?

Feuerwehrbericht. In der vorletzten Nacht kam ein gefährlicher Brand in der Prenzlauer Allee 88 in einem Schuppen aus. Als der Brand gegen 2 Uhr nachts bemerkt wurde, hatten die Flammen schon eine große Ausdehnung erlangt und den angrenzenden Stall erfaßt. Die in diesem Stall untergebrachten Pferde konnten bis auf eins, das schon erstickt war, gerettet werden. Der 8. Zug nahm sofort mehrere Schlauchleitungen vor. Es gelang, eine weitere Ausdehnung des Brandes zu verhüten. Der Schuppen mit Ästen und Tonnen und der Stall sind niedergebrannt. Die Entschung konnte nicht ermittelt werden. Gestern früh um 5 Uhr brannte in der Müllerstraße 122 ein Stall, Ferkelhöfen und anderes. Der 13. Zug wurde nach der Friedrichstraße 109 gerufen. Dort war ein Automobil-Omnibus durch Festbrennen einer Brenne in Brand geraten. Fette, Öle, Regale und anderes brannten in einem Lagerraum in der Wassertrierstraße 68. Die Feuerwehr mußte kräftig löschen, um die Gefahr zu beseitigen. Ferner hatte die Wehr in der Weihenburgerstraße 44 zu tun, wo in einer Küche Feuer ausgekommen war. Außerdem rückte die Wehr noch nach der Königstraße 14, Alexandrinenstraße 105, Neuen Wilhelmstraße 7, Kaiser Wilhelmstraße 18a und anderen Stellen zum Feuer aus.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung lag am Montag das Hauptprogramm für das neu zu errichtende Rathaus vor, nachdem in der vorhergehenden Sitzung die Wahlsache bereits endgültig entschieden war. Auch vom seitens des Magistrats beantragt worden, die Hochbaudeputation mit dem Entwurf des Bauprojekts zu betrauen, eine Ausschreibung also nicht vorzunehmen. Nach einer kurzen Debatte wurde die ganze Angelegenheit einem aus 13 Mitgliedern bestehenden Ausschuss überwiesen.

Zur Ausstattung der neu errichteten Säuglingsfürsorgeanstalt und zur Beschaffung von Büchern für die städtischen Fürsorgestellen bewilligte die Versammlung 1100 M.

Längere Auseinandersetzungen brachte der Antrag des Magistrats, im städtischen Arbeitsnachweis für erfolgreiche Vermittlung weiblicher Dienstboten von den Herrschaften eine Gebühr von 3 M. zu erheben. Der Magistrat begründete die Gebühr damit, daß bei dem jetzigen Zustande die Inanspruchnahme des städtischen Arbeitsnachweises in dem Maße für Vermittlung von weiblichen Gefinde fordernd sei. Während im März 1906 auf 248 Herrschaften noch 227 Dienstboten kamen, meldeten sich im März dieses Jahres für 477 Herrschaften nur noch 197 Dienstboten. Die Ursache dieser Erscheinung wäre darin zu suchen, daß die gewerblichen Stellenvermittlungsbüros das Vertrauen der stellungsuchenden Mädchen zu dem städtischen Nachweis zu erschüttern bemüht sind. Das Vertrauen der Dienstboten zu dem Nachweis könne nur gehoben werden, wenn ebenso wie bei der gewerblichen Stellenvermittlung eine Gebühr genommen wird. Dadurch würden diejenigen Herrschaften, welche jetzt infolge der Verbüßenszeit durch allzu häufigen Wechsel ihres Dienstpersonals

die tüchtigen und zuverlässigen Dienstboten von der Benutzung des Nachweises abschrecken, vornehmlich dem Nachweis ferngehalten. Auch würden viele Herrschaften den Nachweis benutzen, die jetzt glauben, in einem unentgeltlichen Nachweis keine guten Dienstboten zu finden. Stadtv. Dr. Vohberg (Lib.) wünscht eine Abstufung dieser Gebühr nach der Höhe des zu zahlenden Lohnes und stellt einen dementsprechenden Antrag. Er empfiehlt das Inserieren in auswärtigen Blättern, um die stellungsuchenden Mädchen nach dem Schöneberger Nachweis heranzuziehen. Auch hält er es für unrichtig, Stellen nach außerhalb Schönebergs zu vermitteln. Stadtv. Dümmig (Soz.) tritt den Ausführungen des Vorredners entgegen und erklärt, daß er mit dem Antrage des Magistrats einverstanden sei, unter der Bedingung, daß diese Gebühr nur verhältnismäßig auf ein Jahr erhoben wird. Eine Abstufung der Gebühr nach der Höhe des zu zahlenden Lohnes würde gleichbedeutend sein mit einer Prämie für diejenigen Herrschaften, die ihre Dienstboten schlecht entlohnen. Nachdem auch der Vertreter des Magistrats sich gegen den Antrag des Stadtv. Vohberg ausgesprochen hatte, wird derselbe abgelehnt und die Magistratsvorlage verfassungsweise auf ein Jahr eine Gebühr von 3 M. zu erheben, angenommen.

Der Antrag des Stadtv. Kunze betr. Schaffung einer Stadtschulkrankenkasse ist von dem eingeleiteten Ausschuss abgelehnt worden. Die Versammlung beschließt einstimmig gemäß dem Antrag des Stadtv. d. Glasenapp verlanget, daß die Gemeindeglieder in der Zeit vom 15.-30. Juli ausbezahlt werden, statt wie bisher in der Zeit vom 15.-30. August, um den einzelnen Parteien die Gelegenheit zu bieten, schon früher in den Wahlkampf einzutreten. Vom Magistrat wurde aber darauf aufmerksam gemacht, daß die Auszahlungszeit im August auf einmündigen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vor einigen Jahren eingeführt ist. Es wäre doch nicht angelegentlich, jetzt wieder den alten Zustand zu schaffen. — Der Antrag wurde einstimmig abgelehnt, nicht einmal die Unterzeichner desselben stimmten dafür. Von liberaler Seite wurde bei dieser Gelegenheit der Wunsch ausgesprochen, daß es gelingen möge, bei den nächsten Stadtverordnetenwahlen einig zusammenzugehen und jede Agitation von Parteigrundsätzen aus überflüssig zu machen.

Charlottenburg. Eine Protestversammlung gegen das Verbot des Freien Kindergartens in Charlottenburg wird am Montag, den 6. Mai, in den „Germania-Prachtgärten“, Chausseestr. 103, stattfinden. Es soll ein wichtiger Protest werden gegen das System der Bevormundung und Frömmelerei, dem auch dieses wertvolle Kulturwerk zum Opfer fallen soll. Zahlreiche Beteiligung ist dringend erwünscht.

Wilmerdorf. Zum erstenmal feiert die Wilmerdorfer Arbeiterschaft den 1. Mai in einem größeren Lokal, in dem nach langem Kampf eroberten Luisenpark, Wilhelmstraße 112. Es wird deshalb von der gesamten Arbeiterschaft erwartet, daß sie sich sowohl in der Vormittagsversammlung, wie auch nachmittags zu den festlichen Veranstaltungen zahlreich einfindet, damit sich diese Kundgebung der Wilmerdorfer Arbeiterschaft zu einer imposanten gestaltet.

Groß-Lichterfelde. Die Baufirma Mertens u. Sohn in der Ferdinandstraße hat den viel mißbrauchten § 11 des Prechtgesetzes in Betrug gefaßt, um den Unfall an der Kreisstraße in einem möglichst milden Lichte für sie erscheinen zu lassen. Die Firma behauptet in ihrer Berichterstattung, daß die Schutzvorrichtung vollkommen vorweisfähig gewesen und noch vor einigen Monaten vom Gewerbeinspektor revidiert worden sei; dem gegenüber muß betont werden, daß wohl die sogenannte Haube, aber nicht der Spalteisen, der ebenfalls zu der Schutzvorrichtung gehört, vorhanden war. Erst nach dem Unfall wurde er angebracht. Daß dem Verleihen verboten gewesen sei, an der Kreisstraße zu arbeiten, ist ebenso unzutreffend. Von einem solchen Verbot ist niemand etwas bekannt und auch der Verunglückte bestreitet dies. Richtig, aber recht belanglos ist, daß nur zu zwei, nicht zu drei Verletzten geschickt worden ist. Daß im Betriebe Verbandszeug vorhanden gewesen sei, ist unwaar. Nur in der Privatwohnung des Herrn Mertens befindet sich eine sogenannte Hausapotheke, aber kein Verbandszeug und -material. Auch bisher mußten die Arbeiter stets bei kleineren Verletzungen, die in einem solchen Betriebe nicht immer vermieden werden können, sich Wunde von den dort beschäftigten Schmieden holen, die diese sich auf eigene Kosten anschaffen. Jetzt allerdings befindet sich ein Verbandskasten mit Material auch im Betriebe. Diese Wendung zum Besseren erfolgte erst infolge der Rotiz im „Vorwärts“. Die Firma verwendet viel Scherfsinn darauf, den „Urheber“ derselben zu ermitteln und in den Kollegenkreisen scheint diese lächerliche Absicht der Unternehmer bis zu einem gewissen Grade leider Unterstützung zu finden. Die Arbeiter mögen aber bedenken, daß es weit verdienstlicher ist, Rißhände, unter denen sie alle, der eine mehr, der andere weniger, zu leiden haben, aufzudecken, zu kritisieren und deren Beseitigung anzustreben, als sich in allerhand Mutmaßungen über den angeblichen Verfasser der Rotiz zu ergeben.

Steglitz. Zur Gemeindevahl. Die bereits mitgeteilt wurde, sind die Gemeindevahlen auf Montag, den 6. Mai, verschoben worden. Nach einer Bekanntmachung des Gemeindevorstandes sind nunmehr an diesem Tage in jedem Wahlbezirk zwei Vertreter zu wählen und zwar je ein Hausbesitzer und ein Mieter, da gleich die Ersatzwahl für den erst vorigen Jahr gewählten, nämlich verstorbenen Gemeindevorstand Sebastian mit vorgenommen wird. Der Sozialdemokratische Wahlverein muß also neben den drei Kandidaten Ahmann, Krug und Leimbach noch einen vierten aufstellen. Zu diesem Zwecke findet am Freitag, den 8. Mai, abends 8 Uhr, eine Versammlung bei Schellhase statt, zu der sich hoffentlich die Mitglieder zahlreich einfinden. Auch Gäste sind willkommen.

Johannisthal. Opfer seines Berufes. Schwer verletzt in das Krankenhaus Wehmann eingeliefert wurde vorgestern mittag der Rangierer August Rieger aus Rummelsburg. Derselbe war auf dem Rangierbahnhof Nieder-Schöneweide-Johannisthal angefallen und gegen 12 Uhr damit beschäftigt, drei vom Rangierberg abgelaufene Güterwaggons auf ein anderes Gleis zu leiten. R. rutschte hierbei so unglücklich von dem Trittbrett des ersten Wagens ab, daß er auf das Gleis fiel und ihm die Räder der nachfolgenden Waggons den linken Oberschenkel zermalmen. Der Schwerverletzte wurde mittels Extrazuges nach der Unfallstation am Görliyer Bahnhof befördert und von dort aus nach dem oben erwähnten Krankenhaus übergeführt. Rieger, der im 40. Lebensjahre steht, ist verheiratet, Vater zweier Kinder und steht bereits seit 17 Jahren im Dienst.

Wiesdorf. Große Entrüstung hat das letzte Eisenbahnunglück in der Einwohnerschaft Wiesdorfs hervorgerufen. Das ablehnende Verhalten der Eisenbahndirektion gegen die bereits vor Jahren geforderte Unterfütterung am Übergang der Ranzahnerstraße wurde in einer Protestversammlung scharf beurteilt. Zum Schluß wurde folgende Resolution an die Eisenbahndirektion abzusenden beschlossen: „Die heute hier versammelten Mitglieder des Bürgervereins geben ihrer Entrüstung über die unhaltbaren Zustände am Übergang der Ranzahnerstraße beim Bahnhof Wiesdorf, welche zu dem bedauerlichen Unglück führten, dem zwei Menschenleben zum Opfer gefallen sind, ihren Ausdruck. Sie erwarten, daß die Eisenbahndirektion durch Unterfütterung der genannten Straße schleunigst Maßnahmen trifft, die derartige Vorkommnisse für die Zukunft absolut ausschließen.“

Rummelsburg.

In den Flammen und Leben gekommen ist in der Dienstnachts die 43jährige Witwe Platte aus der Lesingstr. 6-7. Frau P. wollte gestern gegen 12 Uhr abends die Petroleumlampe auslösen und warf dieselbe auf unvorsichtige Weise um. Im Nu waren die Kleider der P. von den Flammen ergriffen und die Witwe selbst gleich in wenigen Minuten einer Feuerqual. Durch die Hilferufe der Anwohner wurden ihre beiden Kinder, Mädchen im Alter von 8 und 10 Jahren, aus dem Schlafe geweckt und diese alarmierten die Hausbewohner, die sofort durch Liebertorfen von Decken und Betten die Flammen zu erlöschten suchten. Dies gelang auch alsbald, doch hatte die Witwe bereits so schwere Brandwunden erlitten, daß ihre Lebensführung nach dem Krankenbause notwendig war. Hier ist die bedauernswerte Frau alsbald nach ihrer Einlieferung ihren Verletzungen erlegen.

Vermischtes.

Wie wird man — populär?

Ein nettes Geschichtchen vom Kronprinzen wird aus Pelschau berichtet. Dort fuhr am letzten Donnerstag mittags ein Arbeiter der Spinnerei Wäthen auf seinem Rade nach dem benachbarten Görz, um dort, wie gewöhnlich, zu Mittag zu essen. Etwas auf dem halben Wege konnte er aber des starken Windes wegen nicht weiter und stieg ab. Sich umblinzelnd, gewahrte er ein Automobil, das von Pelschau kam; es fuhr bei dem Radfahrer ein kurzes Stück vorbei, hielt dann aber plötzlich an. Darauf wurde die Coupetüre des Automobils geöffnet und ein junger Herr fragte den Radfahrer, ob es ihm angenehm wäre, mitzufahren, da er mit dem Rade bei dem Sturm doch nicht mehr vorwärts komme. Dankend nahm der Mann das Anerbieten an, lud sein Rad auf den Vorderstuhl, setzte sich dazu und fuhr bis zu seiner neben dem Görzener Bahnhof gelegenen Wohnung per Auto. Hier sehr schnell angelangt, erklärte H. am Ziele zu sein, bedankte sich und stieg ab. Da frag ihn der freundliche Herr, ob er denn wisse, mit wem er gefahren sei. Als H. verneinte, schlug der Herr seinen Leberrock zurück und erklärte, daß er der Kronprinz des Deutschen Reiches sei. Wenn man das von einem französischen oder amerikanischen Prinzen erzählte, würden wir sagen: Der versteht sich auf Klame.

Vulkanbruch auf Stromboli.

Ein vulkanischer Ausbruch auf der Insel Stromboli erfolgte Montagvormittag 9 1/2 Uhr; er war von einer sehr heftigen Detonation begleitet, durch die die Bevölkerung in Schrecken gesetzt wurde. Der Vulkan warf ungefähr fünf Minuten lang Massen glühender Steine aus, welche die in der Nähe des Kraters liegenden Weinberge in Brand setzten. Einige Häuser und zwei Kirchen sind beschädigt; zwei Kinder sind leicht verletzt worden.

Aus Palermo wird hierüber berichtet: Die vulkanischen Eruptionen des Stromboli haben nachgelassen, indessen ist der angerichtete Schaden sehr bedeutend. Auch mehrere Wohnhäuser sind zerstört. Der Vulkan ist noch immer in dichten Rauch eingehüllt. Ein Torpedoboot ist von Messina abgegangen, um den Einwohnern Schutz zu gewähren.

In der Grube ertrunken. Wie aus Lütich gemeldet wird, sind neun Arbeiter infolge eines Einbruchs von Wasser in die Kohlengrube Angleur ums Leben gekommen. Bis Montagabend sind fünf Leichen geborgen worden.

Feuer im Theater. Im Apollotheater zu Budapest geriet durch Fortwerfen einer brennenden Zigarette während der Vorstellung ein Vorhang in Brand. Hinzueilenden Soldaten gelang es, das Feuer zu erlöschten und großes Unglück zu verhüten.

Eine Pulverexplosion. Im Hafen von Antivari brach ein Brand aus, der ein Gebäude ergriff, wo große Mengen Pulver und Dynamit lagerten. Es entstand eine fürchterliche Explosion, wobei eine Frau auf der Stelle getötet, 27 Personen lebensgefährlich und 41 mehr oder minder schwer verletzt wurden. Zahlreiche Häuser sind dem Einsturz nahe.

Jugentgleisung. In der Nähe von Neapel erfolgte vorgestern eine Jugentgleisung, wobei ein Wagen während eines Zeitraumes von dreiviertel Stunden über einem Abgrund schwebte. Bei dem Unfall sind zwölf Personen schwer verletzt worden.

Ueberfall auf der Eisenbahn. In berganiger Nacht wurde der auf der Station Gorjainowo haltende Personenzug überfallen. Ein Versuch, die Kronpost zu rauben, mißlang, doch nahmen die Täter den in Zuge befindlichen privaten Kassenboten 30 000 Rubel ab. Die Täter sind entkommen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 30. Heft des 26. Jahrgangs erschienen. Das Heft enthält folgende Artikel: Robert Schwegel f. — Die Kaiserin. — Zur Wärbung J. Aners. Von Baruk. — Positive Leistungen der Sozialdemokratie. Ein Beitrag zur Geschichte der Bewegung. Von Hermann Rollenhuth. (Schluß). — Der internationale Gewerkschaftsbericht für 1905. Von Wilhelm Janson. — Die bürgerlichen Parteien und der Militarismus. Von Karl Emil. — Hierarchie im Reich: Deleone Simon, Schule, und Brot. Von Heinrich Schulz. Wilhelm Herzberg, Begleiter durch das neue bayerische Wahlgesetz nebst Wahlkreisbestimmung. Von ev. — Notizen: Bericht der kimmerischen sozialdemokratischen Arbeiterorganisation (im Kaufhaus). Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Die zweite Mai-Nummer des „Wahren Jacob“ ist soeben erschienen und stellt zugleich ein Gedenkbuch für Ignaz Wier dar. Neben der Wiedergabe eines vorzüglichen Bildes Wiers bringt sie einen Nachruf aus der Feder Eduard Bernstein, der vornehmlich die erste Heft der „Neuen Zeit“ vor dem Hintergrund des Sozialistengesetzes behandelt. — Außerdem enthält die Nummer die beiden farbigen Bilder „Zum ersten Mai“ (nach Bödlin) und „Der Jar in Bergeleben“ sowie die Illustrationen „Im ersten Mai“, „Der Beginn der liberalen Kecke“, „Wittenslust des Kriminalhauptmanns Paul Dietrich“, „Der Streiber“, „Dreibrüder auf dem See“, „Das Kellereß des Gottententelochs“ und „Ein feierlicher Vorstoß“. Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „Völkermord“, „Kaisler“, „Der Schrei“, „Vobjedonosow“, „Winternacht“, „Der Schmelz“, „Das kleinere Uebel“, „Weltuntergang“, und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch das satirische Feuilleton „Sperles Holmes im Reich der Ballins“. Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Weizen 11a 66-70 pr. 100 Pfd., 11a 60-65, 11a 56-59, Weizen 11b 64-68, 11a 54-62, Rüböl, fett 52-58, do. mager 42-50, Preßer 50-62, Sullen, bän. 53-60, do. holl. 0,00, Raffinirt, Doppellender 105-120, Raffinirt 1a 89-92, 11a 70-84, 111a 0,00, Rüböl per gen. 51-65, do. holl. 55-62, bän. 57-64, Baumwollöl Raffinirt 65-70, 11a 63-65, 11a 58-63, Schafe 53-56, Schafwolle 48-54, Schmalz, mit Abschlag per Pfd. 0,70-0,73, Raffinirt 0,00, Kothsch, Abschlag 0,56-0,60, Damsch, 0,00, Wollschmeine 0,40-0,50, Preßlinge 0,00, Rindfleisch per Stck 0,70-0,90, Kalber, alte, per Stck 1,50-2,50, do. 11a 1,30-1,40, do. junge 1,20-1,30, Wolfgänger 1,10-1,75, Lenden 0,50-0,55, italienische 0,00, Enten per Stck 0,00, dito 0,18, per Stck 0,00, dito Hamburger per Stck 2,50 bis 4,75, Gänse, Hamburger per Pfd. 1,10-1,25, dito 0,00, Gänse per 100 Pfd. 85-110, groß, mittel 0,00, Jander mittel 0,00, do. klein u. matt 135, Schafe holl. 11a 95-100, do. groß 0,00, klein 0,00, Kule, groß 125-131, do. klein 0,00, do. mittel 0,00, do. unsortiert 0,00, Blößen 37-47, do. Stump 32-43, do. matt 0,00, Karopen unsortiert 62-65, do. 10er 0,00, do. 35er 0,00, Heie 0,00, Wand 38-40, Punkte 51, Barle 90, do. matt 0,00, Karawischen 93, Weizen 0,00, Weis 0,00, Enappen 0,00, Amerikanischer Weis 1a neuer per 100 Pfd. 110-130, do. 11a neuer 90-100, do. 11a neuer 75, Seelachs 20-25, Sprollen, Kiefer, Wall 1,00-1,50, Danziger, Rife 0,50-0,70, Rindern, Kiefer, Steige 1a 3-4, do. mittel per Rife 2-3, Dams, Steige 4-5, halbe Rife 2,00, Wollins, per Ball Rife 2,00-2,50,

Stroh, 2.00—2.50, weise, groß per 100 1.10—1.50, mittelgroß 0.80—1.10, klein 0.60—0.80. Derringe p. Schod 3—9, Schellfische 3.50—4.50, 1/2, Riste 2—2.75. Stroh, geräuch. p. 100 2.50—3.00. Derringe, 1902er 80—85, 1906er 75. Schottische Holzerlinge 1905 0.90, large 40—44, full 38—40, med. 36—42, deutsche 37—44. Derringe, neue Rostes, per 1/2, Te. 60—120. Sardinen, russ. 30g 1.50—1.80. Bratheringe, Bähje (4 Liter) 1.50—1.75. Reunonen, Schod 11, kleine 5—6, Nieten-14. Tier, Sand, per Schod 2.00—3.50. Butter per 100 Pfd. la 108—110, Ha 103—106, IIIa 100—102, abfallende 90—95. Saure Gurken Schod 4.50, Pfefferkörner 4.50. Kartoffeln per 100 Pfd. magnum bonum 2.75—3.25, Daberste 2.75—3.25, Rosen 0.90, weise 2.50—2.75. Spinat per 100 Pfd. 10—12. Karotten per 100 Pfd. 20—25. Sellerie, blasse, per Schod 4.00—10.00, do. pommerische 15.00—20.00. Zwiebeln große, per 100 Pfd. 0.60, do. kleine 3.50—4.00, do. hirsige (Best-) 0.60, Charlotten 0.60, Peterhüte, grün, Schod 1.00—1.50. Knoblauch

per Schod 0.60. Rellig, Bohr. per Schod 2.40—4.80. Rohkräben per 100 Pfd. 3.50—4.00. Zeltomer Kräben per 100 Pfd. 0.00. Weisse Kräben, große 0.00, kleine 0.00. Rote Kräben 0.00. Blumenkohl, italienischer per Schod 3.00—6.00. Kohlräben per Schod 2.00—2.50. Wirtungskohl holländ. per Schod 15—20. Koffohl holländ., per Schod 20—25. Weiskohl, dän. per 100 Pfd. 4.00—5.00. Stofenkohl per 100 Pfd. 0.00. Sprattkohl per 100 Pfd. 8—10. Nhabarber 100 Bund 3.75—4.50. Bienen, per 100 Pfd. blasse 12—18, böhm. 0.00, Ital. 0.00. Kiepel, per 100 Pfd., blasse 8—20, Tiroler, Riste 0.00, Galische, Riste 70—100, Amerikanische in Pfl. 15.00—30.00, Ital. Riste Ia 5.00—15.00, extra 18.00 bis 25.00. Birnen, Weßina, 300 Stück 7.00—10.00, 360 Stück 7.00—10.00, 200 Stück 6.00—12.00. Äpfel, per Riste 0.00, Rancia 200er Riste 6—9, do. 300er 7—10, Valencia 420er Riste 13—24.00, do. 714er 18—22.00, Weßina, 100er 4.00—6, 150er 4.75—6, 16er 8—13.00, 200er 7.50—12, 300er 8—13, Blut-100er 7—7.50, do. 150er 7—8.00, 80er 7.00—8.00.

Stationen	Barometer	Wind	Wolken	Wetter	Temp. n. G.	Temp. u. G.	Stationen	Barometer	Wind	Wolken	Wetter	Temp. n. G.	Temp. u. G.
St. Petersburg	754.2	SW	2	bedeckt	8	10	Sankt Petersburg	756.0	SW	2	wolkig	1	3
Danzig	753.5	SW	2	Dampf	6	8	Berlin	754.5	SW	1	wolkig	8	8
Breslau	755.5	SW	2	bedeckt	6	8	Frankfurt	755.5	SW	2	bedeckt	6	8
Wien	759.5	SW	5	bedeckt	9	12	Paris	758.5	SW	3	bedeckt	9	12

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 1. Mai 1907.
Bleibt trübe mit leichten Regenfällen bei mäßigen westlichen Winden, später aufklarend und etwas wärmer.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Mittwoch, den 1. Mai
Anfang 7 1/2 Uhr.

Rgl. Oberhaus. Menz. (Anfang 7 Uhr.)
Donnerstag: Die Abreise. Cav. rusticana. Die Guppenfee.
Rgl. Schauspielhaus. Wallenstein Lager. Die Niccolomini.
Donnerstag: Die Madonnen.
Neues Rgl. Oberhaus. Der Gigantebaron.
Donnerstag: Die Hedermaus.
Deutsches. Robert und Bertram.
Kammerstücke: Frühlings Erwachen.
Donnerstag: Robert und Bertram.
Seiffing. Die Stützen der Gesellschaft.
Donnerstag: Florian Geier.
Neues Schauspielhaus. Alt-Heidelberg.
Donnerstag: Herzog Hochzeit.
(Anfang 8 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.

Sorbing. Die Regimentstochter.
Donnerstag: Opern-Aufführungen.
Berliner. Der Hund von Baskerville.
Donnerstag: Sherlock Holmes.
Zentral. Thelma Eggers Brautnacht.
Donnerstag: Diefelbe Vorstellung.
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Mina von Barnheim.
Donnerstag: Helmat.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Moloch. Der zerbrochene Krug.
Donnerstag: Traumulus.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Schiller-Theater.)
Am grünen Weg.
Donnerstag: Diefelbe Vorstellung.
Königliche Oper. Ramzelle Altkauf.
Donnerstag: Diefelbe Vorstellung.
Westen. Die lustige Witwe.
Donnerstag: Diefelbe Vorstellung.
Kleines. Heimkehr.
Donnerstag: Das Andudsel.
Neues. Der Dieb.
Donnerstag: Diefelbe Vorstellung.
Reifen. Haben Sie nichts zu verzollen?
Donnerstag: Diefelbe Vorstellung.
Volkstheaterhaus. Quarenreber.
Donnerstag: Diefelbe Vorstellung.
Deutsch-Amerikanisches. Ramzelle Altkauf.
Donnerstag: Diefelbe Vorstellung.
Thalia. Wo die Liebe hinhält.
Donnerstag: Diefelbe Vorstellung.
Latien. Geflohen.
Trionon. Fil. Josefette — meine Frau.
Donnerstag: Diefelbe Vorstellung.
Bernhard Hofe. Diefelbe Vorstellung.
Donnerstag: Die Heger-Wally.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Donnerstag: Diefelbe Vorstellung.
Gebr. Herrnfeld. Ein verrücktes Hotel.
Donnerstag: Diefelbe Vorstellung.
Wintergarten. La Tortajada.
Spezialitäten.
Donnerstag: Diefelbe Vorstellung.
Apollon. Der lustige Witwe. Spezialitäten.
Donnerstag: Diefelbe Vorstellung.
Kaffee. Heirat auf Probe. Spezialitäten.
Donnerstag: Diefelbe Vorstellung.
Walhalla. Spezialitäten.
Jutimes. Eine vom Volke. — Japansreich.
Folies Caprice. Eine Nacht in der Apotheke.
Donnerstag: Diefelbe Vorstellung.
Balast. Spezialitäten.
Passage. Mal was Anderes. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Landstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Die Feuergevalten der Erde.
Donnerstag abends 8 Uhr: Durch Dänemark und Südschweden.
Sternwarte. Invalide. 57/62.
Ferdinand Bonn

Berliner Theater.
Anfang 8 Uhr.
Der Hund von Baskerville.
Donnerstag bis Sonnabend:
Sherlock Holmes
Neues Schauspielhaus
Anfang 7 1/2 Uhr:
Alt-Heidelberg.
Donnerstag:
Herthas Hochzeit.
Anfang 8 Uhr.

DERNHARD ROSE THEATER
Or. Hauptstr. 132.
Galt. v. Käthe Wille Bach
Busch-Viesel.
Original-Vollstück mit Gesang in 4 Akten von Wilhelm.
Morgen: Die Geier-Wally.
Billetverkauf ohne Vorverkaufsgeld: täglich von 10—1 Uhr und 6—9 Uhr an der Theaterkasse.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Feuergevalten der Erde.
Morgen abends 8 Uhr:
Durch Dänemark und Südschweden.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich nachm. 4 Uhr:
Gr. Militär-Konzert.
Eintritt 1 Mk., von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unt. 10 Jahren die Hälfte.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Der Dieb.
Morgen und folgende Tage:
Der Dieb.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
Heimkehr.
Donnerstag: Das Andudsel.
Freitag: Heimkehr.
Sonnabend: Das Andudsel.

Lortzing-Theater
Follenhainstr. 7/8.
Mittwoch, den 1. Mai 1907:
Die Regimentstochter.
Anfang 8 Uhr.
Abonnements gültig!
Donnerstag: Ethernies Konferatorium, Anfang 7 1/2 Uhr: Lammhänger (Szenen d. 2. Akt). Ragarete (3. Akt). Der Waffenschmied (Szenen d. 1. Akt). Romeo u. Julia (Duet des 4. Akt). Rigoletto (2. Akt).

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Sujarenfieber.
Schiller-Theater N.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
Abends 8 Uhr:
Am grünen Weg.

Zentral-Theater.
Täglich 8 Uhr:
Thelma Eggers Brautnacht.
Vollstöße mit Gesang in 3 Akten und 6 Bildern von Ernst Brucher.
Sommerpreise: 2.10, 1.00, 1.10, — 60.
Sonnabend, den 4. Mai cr.: Die Rachtigall aus dem Hergang von Dr. Julius Thade. Vorher: Satens Ebenbild.

Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Mittwoch und Donnerstag:
Geschlossen.
Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Anfang 8 Uhr.
Haben Sie nichts zu verzollen?
Schwan in 3 Akten v. R. Demmequin und R. Weber.
Robert de Trioclin: Rich. Alexander.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultze.
Massary. Wolf. Bender. Giampietro. Josephi.
Rauchen überall gestattet.
Sonntag, 5. Mai, nachm. 3 Uhr:
Auf in's Metropol.

Brunnen-Theater
Badstraße 58. Direkt.: Barnh. Ross.
Freitag, den 3. Mai 1907:
Maria Theresia und ihr Hof.
Historisches Lustspiel in 5 Akten.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Voranzeige! Am 1. Bingsfesttag, 10. Mai: Eröffnung d. Sommer-Spielzeit.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Mina von Barnheim.
Lustspiel in 5 Aufzügen v. Gotthold Ephraim Lessing.
Donnerstag abends 8 Uhr:
Helmat.
Freitag, abends 8 Uhr:
Helmat.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Moloch.
Eine unvollendete Tragödie (2 Akte) von Friedrich Hebbel. — Hierauf:
Der zerbrochene Krug.
Ein Lustsp. in 1 Akt v. Heint. Heib.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Traumulus.
Freitag, abends 8 Uhr:
Traumulus.

Freie Volksbühne
Sonntag, den 5. Mai, nachmittags 3 Uhr:
Neues Schauspielhaus.
4./5. Abteilung:
Paracelsus.
Die letzten Masken.
Das Fest des Sankt Matern
Berliner Theater.
15. u. 16. Abteilung:
Der Richter von Zalamea.

3. Oper im Lortzing-Theater
nachmittags 8 Uhr:
UNDINE.
Die Opernhefte liegen in allen Zahlstellen für die Besucher der Opernvorstellungen aus.
228/20 Der Vorstand. I. Vertr.: G. Winkler.

Apollon Theater
9 1/2 Heute: 9 1/2
Zum erstenmal in Berlin!
Hartstein
mit seinem glänzenden Schläger:
Der lustige Witwe.
Vorher 8 Uhr:
Debüts der neuen Spezialitäten.

WINTER GARTEN
Premiere
Neues Programm.
Morgen:
La Tortajada.
Neues Programm.
W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brannenstr. 16.
Heute: **Geschlossen.**
Sonnabend:
Große Extra-Vorstellung.
Zum ersten Male:
Wo die Liebe hinfällt.
Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Morgen Donnerstag:
Gastspiel Bernh. Hofe-Theater.
Maria Theresia und ihr Hof.
Historisches Lustspiel in 5 Akten.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Billetverkauf bei Brügel u. Oberbeck, Turm- und Neulichtstr. 66, und im Theaterrestaurant.

„Zum Sportshaus“ Ziegenhals bei Zenthen
Dampfer- und Bahnstation.
Tel.: 895-Bücherb. 175.
Empfehle mein herrlich am Krossinsee und Hochwald gelegenes Lokal den merkten Vereinen, Genossenschaften, Fabriken und Gesellschaften zu Dampferausflügen. Zwei große Zelte, Regelhäuser, Kaffeehäuser und Volksbeisitzungen aller Art. Um baldige Anmeldung, bittet **Max Horschel**.
Avis! Auch in diesem Jahre findet am **Glumelafesttag (9. Mai)** norm. 8 1/2 Uhr, ab Station Kahnt & Hertzog, Stralauer Brücke, die beliebte **Extra-Dampferfahrt mit Musik** nach meinem Lokal statt. Dampferpartien und kleine Gesellschaften mit Damen, welche sich daran beteiligen wollen, erhalten Billets a Berlin 60 Pf., Kinder 30 Pf. bei den Gastwirten **Koskamp, Stralauer Brücke 4, Verder, Stralauer Brücke 4, Waganke, Stralauer Brücke 6**, und bei mir. Der großen Nachfrage wegen bitte Billets schon vorher zu besorgen.
47182*

Folies Caprice
Linienstr. 132, an der Friedrichstr.
Eine Katastrophe.
Hierauf:
Eine Nacht in der Apotheke.
Anfang 8 Uhr.
Verkauf an der Theaterkasse und bei Berthel.

Berliner Ulk-Trio.
Feix Schauer
Stralauerstr. 1.

Vom 1. Mai
Rohtabak I. Fränkel
Brunnenstraße
179 4086 179

Bären Kaffee
ein kräftiger aromatischer, stets gleichmäßiger Kaffee. Original 1/2 Pfd. Packung zu 60, 70, 80, 90 und 100 Pf. in circa 2000 Geschäften.

Kasino-Theater
Lothringstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Abends 18. Mai einstudiert:
Heirat auf Probe.
Gesangsspieler in 3 Akten von Buchbinder und Kren.
Som 19. bis 27. Mai (Schluß d. Saison)
„Niek Carter“.
Sonntag 4 Uhr: Keldje Zente.

Walhalla-Variété-Theater
Weinbergweg 19/20, Köpenick, Lor.
Heute 8 Uhr:
Große Premiere
14 neue Spezialitäten 14
Im Tunnel: Frei-Konzert.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Am Montag 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.
Reichshallen-Restaurant.
Militär-Konzert.

Sanssouci, Kottbuser
Strada 4a.
Direktion Wilhelm Kolmer.
Sonn-, Rom-, Donnerstag:
Hofmanns
Norddeutsche Sänger und Tanztruppen.
Stets neues aktuelles Programm.
Sonn- u. Mo. 8 Uhr.
Für die nächste Saison sind sämtliche Sonnabende bereits besetzt. Noch einige Mittwochabende sind frei.

Steidl-
Theater- und Konzerthaus, Brückenstr. 2 (a. d. Jannow-Br.)
Zum Anzeigen:
Bureau Plepenrink, das originellste, brattigste und der **Steidl-Sänger**
Anfang 8 Uhr. Sonntag 4 Uhr.
Vorher Konzert.
Am Steidl-Restaurant:
Gr. Dyberski-Konzert.
Vorzügliche Küche!
Tageskasse 11—2 Uhr.

Buggenhagen
Moritzplatz.
Jeden Mittwoch u. Sonnabend:
Humoristisches Konzert
und **Freitag.**

Trionon-Theater.
Heute und folgende Tage:
Fräulein Josefette — meine Frau.
Anfang 8 Uhr.
Gustav Behrens-Theater.
Berlin W., Goldstraße 8.
Das herrliche Mai-Programm
Neu! Thomas Betsy Compagnie.
Gr. amerikan. Exzentrik-Part.

Neu! Handwerkerstreit
Naurer (Basse), Rimmernann (Dir. Gust. Behrens), Maler (B. Sandel), Moser (Jugo Frids), sowie die anderen erstklassigen Spezialitäten.
3. Schluß die tolle Kuchst. -Operette: Meschuckmann im Sünspann Berlin.
Anfang 8 Uhr, Sonntag 6 1/2 Uhr.

Buggenhagen
Moritzplatz.
Jeden Donnerstag:
Gustav Gottschalks
Gesellschafts-Konzert
(Walzer- und Operetten-Abend).

Elysium, Landsberger
Allee 40/41.
Heute Mittwoch, den 1. Mai:
Nordd. Sänger.
Gr. Ball.
Zum Benefiz der Handwerker.
Anfang 7 Uhr. Entree 20 Pf.

Otto Pritzkow, Münzstr. 16.
Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis)
Theater lebender Photographien.
Der Untergang des Dampfers „Berlin“.
108 Tote, 12 Gerettete.
Don ganzen Tag Vorstellung.

Am 1. Mai
Bleibt auch in diesem Jahre mein Geschäft geschlossen.
Arbeitsanträge **Wih. Fahr**,
Brunnenstr. 116.
Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Maß, schnell, durch. Zulein, von 20 Mark an. **Moritz Laband**,
Oranienburger Strasse 4, I.

Verlangt bei Euren Zigarren-Händlern
Wichtelmännchen!
Beste 6 Piennig-Zigarre,
Vertreter: Leo Ansbach, Berlin O., Schillingstraße 36.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Freitag, den 3. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Koppenstr. 29:

Vertrauensmänner-Versammlung für sämtliche Bezirke und Branchen.

Tages-Ordnung:
Bericht über die Verhandlungen vor dem Einigungsamte.
Jede Werkstatt muß vertreten sein. Mitgliedsbuch nebst Karte legitimiert.

Verband der Tapezierer.

Ortsverwaltung Berlin.
Die Waierversammlung findet vormittags 10 Uhr in
Wendts Industrie-Festhale, Beuthstr. 20 statt.
Von seiten des Verbandes findet kein Ausflug statt, vielmehr werden die Kollegen ersucht, sich am Nachmittage vollzählig an den Veranstaltungen der Partei zu beteiligen.
Die Ortsverwaltung.

Restaurant Gewerkschafts-haus.
Vom 1. Mai ab: Täglich
Gr. Frei-Konzert der Berliner Schrammeln.
Reichhaltige Abendkarte.
R. Augustin, Engel-Str. 15.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
Sektion der Gips- und Zementbranche.
Gruppe: Rabitzputzer u. Träger.
Freitag, den 3. Mai, abends 8 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Saal 1, Engel-Str. 15:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Regelung der Beitragszahlung laut Beschluss des neunten Verbandstages, 4. Gewerkschaftliches.
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es notwendig, daß alle Kollegen erscheinen und erwartet zahlreichen Besuch.
139/6 Der Gruppenvorstand.

Erster Mai!
Mein Koffin-Musiktheater spielt heute zur Feier des Tages den Sozialisten- und die Parzellisten. Gänge willkommen.
Wirtshaus „Stadt Cüstrin“
Zoostr. 5.

Von der Reise zurück 3966
Dr. Gustav Bradt, Arzt.
Spezialarzt für Hals-, Nasen-, Ohrenleiden. 80., Wienerstr. 20.
Von der Reise zurück 202/4
Dr. med. R. Hirsch,
Spezialarzt für Haut-, Horn- und Geschlechtsleiden.
Danzigerstr. 98.
47542

29 Gardinenhaus Bernhard Schwarz Ballstr. 29 Flur-Ging.

Stegdecken
Billigt direkt in der Fabrik
72. Wallstr. 72.
wo auch alle Stegdecken aufgearbeitet werden. Bernhard Strohmandel, Berlin S 14. Muster-Katalog gratis.

Arbeiter-Berufs-Kleidung
Aeltestes Spezial-Geschäft
3 Mühlendamm 3
und Kottbuserdamm 95.
Adolf Wecker.

Damen-Konfektion direkt aus der Fabrik.
Kein Laden!
Nach beendeteter Engros-Saison auch Einzelverkauf
enorm billig
Uebergangs-Paletots
Capes Jacketts Staubmäntel Kostüm-Röcke Mädchen-Paletots
Robert Baumgarten
Hansvogel-Platz 11, 1. Etage (an der Jerusalemstraße).
Bei Vorseigung dieses Inserates an der Kasse werden 5% Rabatt vorgütet.
Auch Sonntags geöffnet!



Inf Inkorinnen
imponf
bei mir gekauft
Portieren 3.50
Gardinen
Teppiche
Stegdecken, 3.10
2 Shawls . . . 12.50
1 Lambrequ . . . 5.75
Restbestände 1-4 Fenster, bedeutend unter Preis.
ein grosser Posten mit kleinen Druckfehlern, esser billig.
eigene Fabrikation 7.50 5.25

Teppichhaus Georg Lange, Chaussee-Strasse 73-74.
Achtung! Werder. Achtung!
Restaurant Schwarzer Adler.
Inhaber Max Koch, Fischerstr. 98. 3860*
Parteilokal. - Dampfheg.
Allen Parteigenossen, Gewerkschaften und Vereinen empfehle bei Ausflügen nach Werder meine Lokalitäten zur freundlichen Berücksichtigung.

Kenner rauchen
Zenith-Zigaretten

Maifeier!
Größtes Spezial-Geschäft für Arbeiter-Bekleidung.
Kohnen & Jöring 4755 L
Hauptgeschäft: Alexanderstr. 12.
II. Geschäft: Landsberger Allee 145. II

unstreitig Das grösste Spezial-Geschäft Deutschlands
für Bettfedern ist die erste
Bettfedern-Fabrik
mit elektrischem Betriebe

Gustav Lustig

Berlin, Prinzenstr. 45 u. 46.
Die Firma führt nur
Bettfedern Daunen
zu 0,55, 1,00, 1,25, 1,50, 1,75, 2,00, 2,25, 2,50, 3,00, 3,50 bis 5 Mk. per Pfd.
zu 2,85, 3,50, 4,50, 5,50, 6,50 bis 8 Mk.

Sertige Betten,
bestehend aus Oberbett, Unterbett, 2 Kissen
zu 12, 15, 19, 22, 25, 28, 36, 43, 51, 60, 75, 90 bis 105 Mk.
Bettinlette und andere Bettartikel.
Besonders empfehlenswerte Bettenfüllung:
Echt chinesische (gesetzl. geschützt)

Monopoldaunen Pfund Mk. 2.85.

Der beste Beweis für die Güte meiner Bettfedern ist der
Umsatz im Jahre 1906:
2389 Zentner
Bettfedern

wiederum ca. 200 Zentner mehr als im Jahre 1905.
Kein zweites
Bettfedern-Detail-Geschäft kann einen auch nur annähernden Umsatz nachweisen. Gleiche anderweitige Angaben sind unwahr; man lasse sich daher nicht täuschen.

Neu eingetroffen zwei Waggons
Metallbettstellen
besonders preiswert, u. A.:
Metallbettstelle No. 238
mit Zugfeder-matratze



106 x 203 cm mit 33 mm starken Pfosten, oberen Messingstangen, Messingglocken, Messingkugeln und Messingverzierungen über den Fussrollen
Mk. 39,50.
Mit 6 Füllungsstäben, 90 cm breit
zum Ausnahmepreise von M. 36
Andere Metallbettstellen schon von 5 Mark an.
Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet.

Sozialdemokratischer Verein im 5. Berliner Reichstagswahlkreis.
Unser braver Parteigenosse
Oskar Kiebling
(1. Abteilung)
ist, wie wir erst jetzt erfahren, am 19. April verstorben.
Ehre seinem Andenken!
245/17 Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maurer
Johann Olschewski
(8. Bezirk)
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwochnachmittag 4 Uhr von der Leichenhalle des neuen Michael-Richthofes (Mariendorfer Weg) aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
232/15 Der Vorstand.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zahlstelle Rixdorf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
Johann Olschewski
am Sonntag, den 28. April, verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 1. Mai, nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Michael-Richthofes am Mariendorfer Weg aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
139/7 Der Vorstand.

Deutscher Buchbinder-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Buchbinder
Georg Leuchte
am 28. April gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am 1. Mai, mittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofs in Friedrichsfelde statt.
Um rege Beteiligung ersucht
23/15 Die Ortsverwaltung.

Am 28. April verstarb plötzlich die Frau unseres Genossen Hugo Mann, Petersburgerstr. 34,
Amalie Mann
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung erfolgt am 1. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Andreas-Friedhofes in Wilhelmshagen aus. 47562
Zahlreiche Beteiligung erbiten
Die Genossen der 33. Abteilung.

Dankfagung.
Für die herzliche Teilnahme und Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Sohnes Alfred sagen mir allen Beteiligten meinen besten Dank.
414b
Robert Holtsch nebst Frau.
Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und zahlreichen Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes
Johannes Skrobala
sage ich allen Freunden und Kollegen, insbesondere denen von der Firma Stehling u. Thomas, meinen herzlichsten Dank.
3935
Wwe. Marie Skrobala nebst Kindern.

Allen Freunden und Bekannten herzlichsten Dank für die rege Teilnahme und reiche Blumenpende bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Steinigers
Emil Groth.
Mathilde Groth geborene Schönaß, Auguststr. 48. 4065

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, sieht am Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4
Am 1. Mai bleibt die Seilerfabrik von
W. Glase
Kochhannstraße 2 geschlossen.
4095 W. Niklas.
Staniol von Schafolde und Halden laufen
Tuch, Schwedterstr. 248.
Roth, Hildboldt, Merzow, 42.

Verfassungen.

Der Wahlverein des sechsten Kreises hatte am Dienstag eine Agitationsversammlung im Steinhilber Gesellschaftshaus veranstaltet.

Bei uns gilt es erst, aus dem Scheinparlamentarismus einen wirklichen zu machen. Redner ging dann auf den letzten Wahlkampf näher ein und besprach das Wahlergebnis.

Agitation und Kritik nichts eingebüßt. Wenn auch die Zahl der Siege geringer geworden sei, so erregen wir doch die gleiche Aufmerksamkeit.

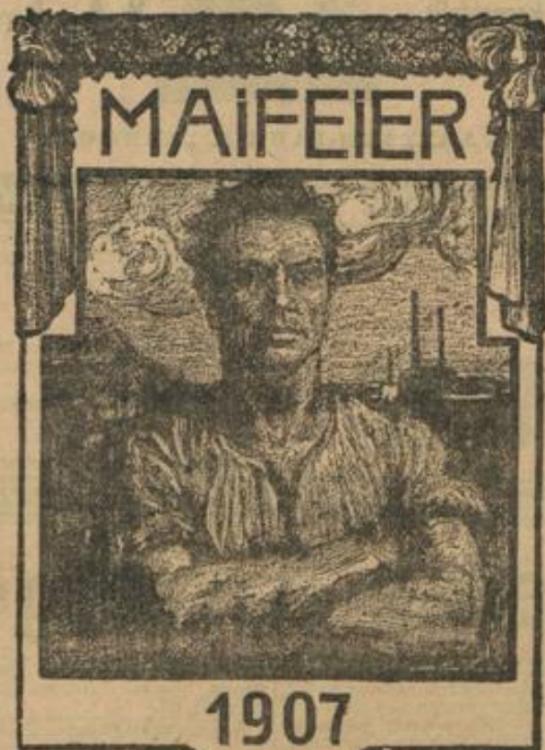
Ueberall zu haben!

Die Maifest-Zeitung

ist soeben erschienen.

Preis 10 Pfennig.

Das Titelbild, von dessen künstlerischer Ausführung die nebenstehende Abbildung Zeugnis ablegt, zeigt den feiernden Arbeiter, der am Weltfeiertage der Fabrik den Rücken gekehrt hat.



Verkleinertes Titelbild.

Ueberall zu haben!

Die Maifest-Zeitung

ist soeben erschienen.

Preis 10 Pfennig.

Aus dem sorgfältig ausgewählten Inhalt seien genannt die Beiträge: „Der Protest des Mai“ von Karl Emil.

Jeder Arbeiter, jede Arbeiterin, alle Festteilnehmer sollten das Blatt kaufen!

Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin, Lindenstraße 69.

Partei-Expeditionen:

- Zentrum I: Fritz Hinte, Mauertstr. 89. Zentrum II: Albert Dabnich, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße. 2. Wahlkreis, Borsig: Gustav Schmidt, Bismarckstr. 52, Hof...

Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werte dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen.

Bitte ausschneiden.



Singer Nähmaschinen.

Einfache Handhabung! Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!

Weltausstellung Grand Prix Paris 1900: Weltausstellung St. Louis 1904.

Unentgeltlicher Unterricht, auch in moderner Buchführung. Elektromotoren für Nähmaschinenbetrieb.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges. Berlin W., Leipzigerstr. 92. Filialen in allen Stadtteilen.

Frühjahrs-Anzüge Frühjahrs-Paletots



Unerreichte vollendete Auswahl in sparten, reichhaltigsten Sortimenten.

Viele Tausende Exemplare auserlesenster Geschmacksrichtungen.

Nur eigene Erzeugnisse.

60.- 55.- 50.- 45.- 40.- 36.- 33.- 30.- 27.- 24.- 21.- 18.- 15 M.

Unübertroffene Ausmusterungen vornehmster Moden und Fassons.

Viele Tausende Exemplare auserlesenster Geschmacksrichtungen.

Nur eigene Erzeugnisse.

50.- 45.- 40.- 35.- 33.- 30.- 27.- 24.- 21.- 18.- 15 M.

Vornehme Maß-Anfertigung.

Baer Sohn

Spezialhaus größten Maßstabes

Chausseestrasse 24a-25 11 Brückenstrasse 11

Gr. Frankfurterstr. 20

Der Katalog Nr. 31 (neueste Moden 1907) wird auf Wunsch kostenlos zugesandt.

Möbelfabrik Julius Apelt

6 Adalbert-Strasse 6 Hochbahnhof Kottbuser Tor

Großes Lager kompletter Wohnungs-Einrichtungen. Musterzimmer, Salons, Herrenzimmer, Schlafzimmer, farbige Küchen...

Ausverkauf zurückgesetzter Möbel zu billigen Preisen bis zur völligen Räumung in den alten Geschäftsräumen.

Mit Ihren geringen Ersparnissen können Sie Ihr Glück machen.

Glück machen.

Ordentlichen, nüchternen Schloßern, Routenren usw. geben wir schon bei geringer Anzahlung

Rotorenwagen wodurch sie ein glänzendes Einkommen erzielen, besonders da jetzt die Fahrtage um 1/2 erhöht ist.

Berliner Automobilhaus- und Industrie-Gesellschaft m. b. H., Berlin W., Uhländstr. 170.

Teilzahlung

monatlich 10 M. Bessere Herren-Garderobe nach Maß (billigste Preise). J. Tomporowski, 2. Etage, Nähe Bellefianceplatz, Rasse 10%, billiger.

Kratz Radikal-Wanzenlöter

fl. 1.75 u. 1.00, Probe 50 Pf. garantiert unter Garantie alle Wanzen und Brut.

Schwaben-Puder

sch. 1.75 u. 1.00, Probe 50 u. 30 Pf.

Fritz Kratz, Drogen, Reinickendorferstr. 119 (am Bf. Wedding und Bernstr.).

